

# Das Parlament

Berlin, Montag 15. Februar 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 7-8 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Lob für die Länderkammer

Frank-Walter Steinmeier „Bollwerk unserer arbeitenden Demokratie“, ein „verfassungspraktischer Alleskönner“, der Bund und Länder, Exekutive und Legislative, Politik und Verwaltung, Parteien und Koalitionen miteinander verzahnt: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dem Bundesrat für seinen „großen Beitrag zum Gelingen unserer Demokratie“ gedankt. Er stabilisiere unser Land, sagte er am Freitag in Berlin in der 1000. Sitzung der Länderkammer seit ihrem ersten Zusammentreten im September 1949 (siehe auch Seite 10). Steinmeier verteidigte den Föderalismus, der aktuell in der Corona-Krise in der Kritik steht. „Unsere Demokratie gelingt nicht trotz der unterschiedlichen Sichtweisen, sondern erst dank des Zusammenwirkens und des Ausgleichs all dieser legitimen Perspektiven und Interessen.“ *ah/dpa*



Er stabilisiere unser Land, sagte er am Freitag in Berlin in der 1000. Sitzung der Länderkammer seit ihrem ersten Zusammentreten im September 1949 (siehe auch Seite 10). Steinmeier verteidigte den Föderalismus, der aktuell in der Corona-Krise in der Kritik steht. „Unsere Demokratie gelingt nicht trotz der unterschiedlichen Sichtweisen, sondern erst dank des Zusammenwirkens und des Ausgleichs all dieser legitimen Perspektiven und Interessen.“ *ah/dpa*

**ZAHL DER WOCHE**

9

Gesetze aus dem Bundestag standen vergangenen Freitag im Bundesrat zur abschließenden Beratung, 34 Gesetzentwürfe aus dem Bundeskabinett und zwölf Vorlagen aus Brüssel zur Stellungnahme. Außerdem auf der Tagesordnung: 14 Initiativen aus den Ländern sowie vier Verordnungsentwürfe der Bundesregierung.

**ZITAT DER WOCHE**

## »Bindeglied zwischen Bund und Ländern.«

Reiner Haseloff (CDU), amtierender Bundesratspräsident und Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, betont, dass es der Länderkammer immer wieder gelinge, „Gegensätze zwischen den unterschiedlichen parteipolitischen Überzeugungen in eine konstruktive Einigung zu überführen“.

**IN DIESER WOCHE**

**INNENPOLITIK**  
**Gesundheit** Kontroverse über die Fortgeltung einer epidemischen Lage Seite 4  
**Recht** Gesetz zu besseren Bekämpfung von Geldwäsche beschlossen Seite 5

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Haushalt** Streit um Schuldenbremse und die Definition einer Notlage Seite 6

**KULTUR UND BILDUNG**  
**Forschung** Debatte um die Neutralität der Wissenschaft Seite 9

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Veränderte Spielregeln

**CORONAKRISE** Aus Sorge vor aggressiven Virusmutanten bleibt es vorerst beim Lockdown

Die Neuinfektionen gehen zurück, der harte Lockdown zeigt Wirkung, aber die Angst bleibt. Virologen warnen davor, den Teilerfolg zu gefährden. Nun fährt die Politik zweigleisig: Einerseits werden Lockerungen in Aussicht gestellt, andererseits wird der Lockdown nochmals verlängert. Die besonders ansteckenden Mutationen des Virus sind längst verbreitet, bei einer neuerlichen Öffnung könnten die Infektionszahlen rasant steigen, erklärte die Virologin Melanie Brinkmann vom Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung (HZI) in Braunschweig in Interviews. Eine Inzidenz von 50 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner innerhalb einer Woche sei nicht ausreichend, um das Virus zu besiegen. Eine solche „Mittelinzidenz“ würde mit kurzen Unterbrechungen zu einem Dauer-Lockdown bis in das Jahr 2022 führen. Sie schlägt als Richtwert eine Inzidenz von zehn vor. Nachdem die bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz über Weihnachten mit rund 200 einen Höchstwert erreicht hatte, lag sie zuletzt bei rund 62, also in Reichweite der 50, der neue Richtwert ist allerdings die 35.

**Raketenantrieb** Brinkmann sagte dem „Spiegel“, das Coronavirus habe mit den Mutanten „einen Raketenantrieb“ bekommen. Der Wettlauf zwischen Impfungen und Mutationen sei längst verloren. Die „Spielregeln“ haben sich also verändert. Brinkmann gilt als Verfechterin einer harten Linie, was bei politischen Entscheidern nicht immer gut ankommt, denn viele Menschen scheinen an ihrer Belastungsgrenze angekommen zu sein. Als eine Friseurin aus Dortmund unlängst weinend in einem YouTube-Video schilderte, wie verzweifelt ihre Lage sei, fand das bundesweit Beachtung und Anteilnahme. Im Einzelhandel, bei Gaststätten und Hotelbetrieben wird die Zukunft immer düsterer gesehen. Der Handelsverband warnte vor mehr als 50.000 Insolvenzen.

Immer drängender wird auch die Forderung, Kitas und Schulen zu öffnen, obgleich das Risiko für Infektionen sich dadurch erhöht. Viele Kinder werden beim Homeschooling technisch und inhaltlich abgehängt (siehe Interview Seite 2). Zudem zeigt einer Studie zufolge fast jedes dritte Kind ein Jahr nach Beginn der Pandemie psychische Auffälligkeiten. Und so bleibt die Abwägung zwischen Auflagen und Lockerungen ein politischer Drahtseilakt. Schon vor der neuen Bund-Länder-Runde vergangene Woche deutete sich eine Verlängerung des harten Lockdowns an, den die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin dann auch beschlossen, mit Einschränkungen allerdings. Generell sollen die Auflagen vorerst bis zum 7. März in Kraft bleiben. Frisuren sollen unter Hygieneauflagen schon ab dem 1. März wieder öffnen dürfen. Begründet wird dies mit der Bedeutung für die Körperhygiene, auf die gerade ältere Menschen angewiesen seien.

**Länderkompetenz** Was Kitas und Schulen angeht, verwies Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf die Bildungskompetenz der Länder, die in eigener Verantwortung über die Öffnung entscheiden könnten. Sie habe kein Vetorecht, sagte sie bei der Vorstellung der Beschlüsse. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sagte, die Länder wollten die Schulen bereits im Februar schrittweise öffnen. Berlin plane dies für den 22. Februar, andere Länder orientierten sich auch an diesem Termin. Sollte die Inzidenz stabil unter 35 sinken, sind weitere Lockerungen vorgesehen, zunächst für den Einzelhandel, Museen, Galerien und Betriebe mit körpernahen Dienstleistungen. Merkel erläuterte die Beschlüsse vergangene Woche in einer Regierungser-

**Frisureure dürfen schon ab dem 1. März wieder öffnen und berichten bereits von einem Ansturm der Kunden auf freie Termine.**

klärung im Parlament. Sie appellierte an die Bevölkerung, in dieser entscheidenden Phase der Pandemie ausdauernd und geduldig zu bleiben.

**Wendepunkt** Merkel sprach von einer nationalen Kraftanstrengung und versicherte: „Ich vergesse keinen einzigen Tag, was die notwendigen Maßnahmen für jeden Bürger bedeuten.“ Die Auflagen würden auch keinen Tag länger als nötig aufrecht erhalten. Inzwischen gingen die Neuinfektionen zurück. „Die notwendige Trendumkehr ist gelungen.“ Die jetzt verfügbaren Impfstoffe wertete Merkel als „Wendepunkt in der Pandemie.“ Sie warnte zugleich vor den Mutationen des Virus, insbesondere den Varianten aus Großbritannien, Südafrika und Brasilien. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis die Mutationen die Oberhand gewännen. „Darauf müssen wir uns einstellen.“ Die Mutanten könnten die Erfolge kaputt machen. Merkel nannte die Lage schwierig und widersprüchlich. Es sei weiter nötig, die meisten Maßnahmen beizubehalten. Eine dritte Corona-Welle müsse verhindert werden. Merkel betonte: „Dieser Winter ist hart, aber wir haben unser Ziel immer klarer vor Augen.“

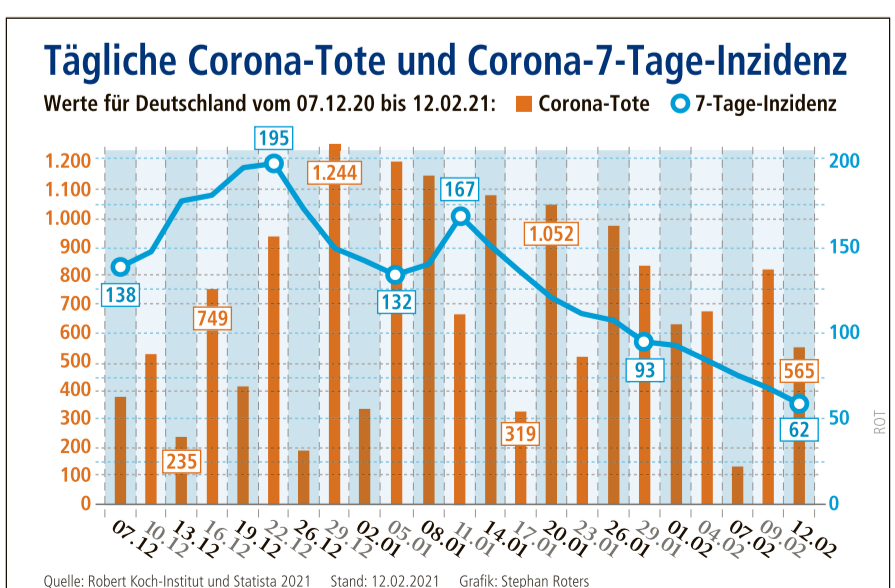
**Heftige Attacken** Von der Opposition kam teilweise harsche Kritik am Vorgehen der Bundesregierung. AfD-Fraktionschefin Alice Weidel rügte: „Das unwürdige Schauspiel geht in die nächste Runde.“ Eine „Kungelrunde“ beschleie im Hinterzimmer weitreichende Eingriffe in das Leben und die Freiheit der Bürger. Die Kanzlerin

lege vorher fest, was dabei heraus kommen solle und das Parlament dürfe hinterher ein bisschen darüber debattieren. Sie befand: „Was für eine peinliche Inszenierung, was für eine dreiste Zurschaustellung von Arroganz der Macht.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich räumte ein, die vergangenen Wochen seien für alle Bürger anstrengend gewesen, viele seien an ihre Grenzen gekommen. Die neuen Beschlüsse seien eine weitere Last, aber angemessen, nötig und gut begründet, denn die Erfolge seien zerbrechlich. Er fügte hinzu: „Impfungen bleiben der entscheidende Hebel zur Besserung.“ Es gebe Anlass, zuversichtlich in das neue Jahr zu starten.

**Enttäuschung** FDP-Fraktionschef Christian Lindner rügte, die Beschlüsse seien längst bekannt gewesen, bevor sie im Parlament behandelt wurden. „Ich rate ab, diesen Umgang mit dem Parlament zu ständigen Staatspraxis werden zu lassen.“ Der FDP-Chef gestand zu: „Wir haben es unverändert mit einer gefährlichen Pandemie zu tun.“ Es gebe inzwischen aber eine Erschöpfung in der Gesellschaft. Die Erwartungen seien groß gewesen. „Diese Hoffnungen sind enttäuscht worden, denn viele Menschen haben sich mehr erwartet als einen frischen Haarschnitt.“ Die Regierung hänge sich von einem Gipfel zum nächsten, ohne eine Perspektive zu geben. Das sei „einfallslos, aber nicht alternativlos“. Lindner kritisierte auch, dass mit dem neuen Inzidenz-Zielwert von 35 statt 50 die wesentliche Entscheidungsgrundlage ausgetauscht worden

sei. Das gefährde die Akzeptanz in der Bevölkerung und befördere Zweifel. Widerspruch kam von Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU), der daran erinnerte, dass die Inzidenzwerte 50 und 35 im Infektionsschutzgesetz (IfSG) aufgeführt und damit nicht willkürlich festgelegt seien. Er warf der FDP vor, aus der Krise parteipolitisch Kapital schlagen zu wollen, das sei „erbärmlich“. Die Zahlen zeigten, dass der Lockdown wirke. Er äußerte sich allerdings betroffen über die vielen Toten unter den Hochbetagten. „Da müssen wir uns als Gesellschaft fragen, ob wir alles richtig gemacht haben.“

**Katastrophen** Brinkhaus forderte eine Strategie zur langfristigen Stärkung der Gesellschaft. Das gelte für Schulen wie für den öffentlichen Gesundheitsdienst. „Diese Pandemie wird nicht die letzte Katastrophe sein.“ Er fügte hinzu: „Wir müssen den Umgang mit Katastrophen üben, das muss die Lehre aus dieser Pandemie sein.“ Linksfraktionschef Dietmar Bartsch bemängelte wie Lindner, dass erst nach den Beschlüssen von Bund und Ländern der Bundestag damit befasst sei. Dies sei inakzeptabel. „In der Krise zeigt sich die Stärke der Demokratie und ihrer Institutionen, der Bundestag gehört dazu.“ Bartsch ging auch auf die vielen Opfer in Alten- und Pflegeheimen ein und sagte: „Das Sterben in den Heimen ist vielleicht das dunkelste Kapitel der letzten Jahrzehnte.“ Er forderte die Regierung auf, selbstkritischer zu werden und Fehler einzugestehen. „Es ist nicht nur das Virus, das krank macht“, auch der Umgang damit richte Schaden an. Es müsse Schluss sein mit Selbstgerechtigkeit. Ein effektiveres Krisenmanagement fordern auch die Grünen. Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt kritisierte, dass die Wirtschaftshilfen bei den Betroffenen zu spät ankämen. Zu lange seien Kleinunternehmer ohne Hilfe geblieben. „Die Wirtschaftshilfen sind ein riesiges Versagen der Bundesregierung.“ Göring-Eckardt forderte gemeinsame politische Anstrengungen: „Diese 20er Jahre können die goldenen 20er Jahre werden, wenn wir zeigen, dass wir Krisen tatsächlich gemeinsam bewältigen.“ *Claus Peter Kosfeld*

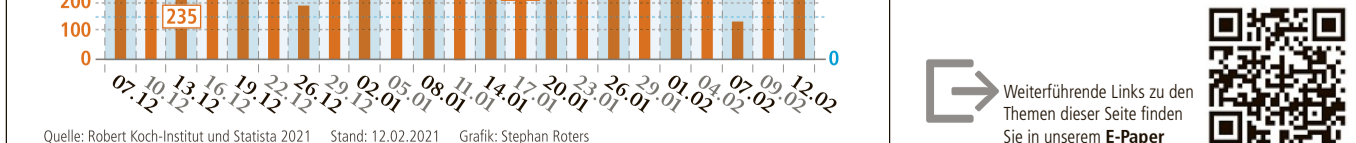


**EDITORIAL**

## Eine Frage des Timings

VON ALEXANDER HEINRICH

Es wird oft gesagt und es stimmt ja auch: Krisen sind die Stunde der Exekutive. Die Frage, die sich nach mittlerweile einem Jahr Corona-Pandemie stellt, ist aber mehr und mehr, wie großzügig man die Zeiteinheit fürs Krisenmanagement bereit ist zu bemessen – ob also die Stunde sehr lang ausfallen darf oder nur sehr kurz. Für die einen läuft die Uhr weiter – und sie verweisen zum Beispiel auf unwägbar und womöglich kreuzgefährliche Virusmutationen. Für andere ist die Zeit der Exekutive hingegen abgelaufen: Massive Grundrechtseingriffe jedenfalls ließen sich nicht mehr mit immer neuen Hinterzimmer-Runden von Bundeskanzlerin und Länderchefs rechtfertigen. Die Opposition hat in der vergangenen Woche erneut die aus ihrer Sicht mangelnde Parlamentsbeteiligung beim Corona-Management kritisiert. Wenn man einen Blick auf das Timing wirft, kann man es ihr nicht verdenken: Die Bundeskanzlerin erklärte sich am vergangenen Donnerstag im Plenum erst, nachdem die Würfel am Vortag gefallen waren und die Ministerpräsidenten eine weitgehende Verlängerung des Lockdowns bereits verkündet hatten. Wenn nun manch ein Zeitgenosse aber meint, aus solchen Spannungen zwischen Exekutive und Legislative ableiten zu müssen, Deutschland sei auf dem Weg in eine „Corona-Diktatur“, ist das ein vollkommen unverhältnismäßiger Vorwurf. Es ist der Bundestag, der auf gesetzlicher Grundlage eine epidemische Lage nationaler Tragweite festgestellt hat und der diese Feststellung jederzeit widerrufen kann. Der Vorwurf übergeht auch eine ganze Reihe von Gerichtsurteilen, die so manches von der Exekutive ernommene Instrument gegen die Corona-Ausbreitung revidiert haben. Mehr denn je zeigt sich beim schleppenden Impfstart aber, dass wechselseitige Schuldzuweisungen zwischen Bund und Ländern wenig vertrauensfördernd sind. Beide Ebenen sind gefordert: Gebraucht werden neben mehr Impfstoff eine bessere Terminvorgabe für das Impfen, mehr Schnelltests, ein noch gezielterer Schutz von Hochrisikogruppen, die gemeinsame Software der Gesundheitsämter zur Kontaktnachverfolgung. Immer wieder im Gespräch ist außerdem die Änderung der Impffreiheitsfolge. Nicht nur Teile der Opposition, auch Verfassungsrechtler sehen in dieser Frage die Stunde der Legislative gekommen. Wegen der besonderen Grundrechtsrelevanz mahnen sie ein Gesetz für das Impfprogramm an.





GASTKOMMENTARE

LEHRER UND ERZIEHER FRÜHER IMPFEN?

Vorne auf die Liste

PRO



Timot Szent-Ivanyi, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Bei allen Debatten über Einschränkungen zum Schutz vor dem Corona-Virus stand in den vergangenen Monaten eine Gruppe besonders im Fokus: Kinder und Jugendliche. Politiker von Bund und Ländern betonen immer wieder, wie wichtig es ihnen sei, die Schließung von Schulen und Kindergärten auf ein absolutes Minimum zu reduzieren...

Geht gar nicht

CONTRA



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Keine Frage, Lehrer sind besonders wichtig. Busfahrer, Verkäufer oder Polizisten aber auch. Sie und andere gehen jeden Tag volles Risiko, um das öffentliche Leben in der Corona-Krise für alle aufrechtzuerhalten. Warum bei den Impfungen also die eine bereits priorisierte Berufsgruppe anderen vorgezogen werden sollte, erschließt sich nicht.

Die Unterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern, die zu Hause gute Lernbedingungen haben, und anderen, die diese Voraussetzungen nicht haben, sind durch den langen Lockdown noch größer geworden. Was muss nach Ihrer Einschätzung getan werden, damit keiner den Anschluss verliert?

Die Länder werden nun in eigener Verantwortung schrittweise wieder zum Präsenzunterricht kommen. Das ist wichtig, weil das Recht auf Bildung einen eigenen Wert hat. Bildung in Schule, in Kita und auch an Hochschulen entfaltet eine soziale Wirkung.

Schon jetzt wird von einer »Generationsbildungsvorteil« gesprochen. Ist das eine Sorge, die auch Sie haben?

Wir haben zumindest Hinweise darauf, dass Schülerinnen und Schüler, die es sozioökonomisch am schwersten haben, es jetzt doppelt und dreifach schwer haben. Damit meine ich diejenigen, die keinen eigenen Schreibtisch im Zimmer haben, weil sie es sich mit ihren Geschwistern teilen, die keinen Computer haben oder die Eltern haben, die ihnen nicht helfen können...

Wie muss denn eine systematische Unterstützung von Schülerinnen und Schülern aussehen, die jetzt Lernlücken aufweisen? Die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz Britta Ernst (SPD) hat von einem gemeinsamen Kraftakt gesprochen, der jetzt notwendig sei.

Um einen konkreten Punkt zu nennen: Die Kultusminister haben vorgeschlagen, dass es Geld für besondere Förderangebote geben soll. Das halte ich für wichtig. Man muss mit den Schülerinnen und Schülern sprechen, um herauszufinden, wo gibt es einen besonderen Bedarf. Dann müssen schulische oder außerschulische Lernmöglichkeiten geschaffen werden...

In fast jedem Bundesland gibt und gab es unterschiedliche Konzepte für Schulen in der Corona-Krise. Ist der Bildungsföderalismus an seine Grenzen gestoßen, muss nachjustiert werden?

Ich denke schon. Die Pandemie hat gezeigt, dass die Bundesländer nicht gut aufeinander abgestimmt waren. Das hat in der Öffentlichkeit kein gutes Bild abgegeben und Vertrauen in politische Entscheidungen gestört. Ich nehme wahr, dass die Bürgerinnen und Bürger sich Vergleichbarkeit wünschen, einfache Ansagen, die überall gelten. Auf der anderen Seite müssen wir auch einem unterschiedlichen Infektionsgeschehen gerecht werden.

Befürworten Sie bundeseinheitliche Richtwerte, um Schulen wieder öffnen zu können?

»Zurück in die Schulen«

OLIVER KACZMAREK Der Bildungspolitiker plädiert für Präsenzunterricht und fordert mehr Kompetenzen für den Bund



© Deutscher Bundestag/Inga Haar

Ich hätte mir verbindliche bundesweite Stufenpläne gewünscht, an die sich dann auch alle Länder gleichermaßen halten.

Viele Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Welche Unterstützung brauchen Lehrer in der Pandemie?

Zweifelslos haben viele Lehrerinnen und Lehrer am Anfang der Pandemie allein dastanden, weil wir keine Erfahrungen mit Schulschließungen hatten. Gleichzeitig muss ich auch sagen, dass unheimlich viele

Lehrer sehr kreativ gewesen sind, um den Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern zu halten und einen regelmäßigen Unterricht zu ermöglichen. Lehrer müssen jetzt mehr Unterstützung durch Fortbildungen bekommen. Die Digitalisierung im Unterricht wird zunehmen. Dafür müssen Plattformen geschaffen werden, damit sie auch rechtssicher auf Unterrichtsmaterialien zugreifen können.

für digitale Bildung zu schaffen. Da erwarte ich, dass der Bund auch tätig wird.

Die Corona-Krise hat die fehlende Digitalisierung der Schulen überdeutlich gemacht. Was sind die Gründe für den Nachholbedarf?

Wir haben uns einfach viel zu lange Zeit gelassen, auch um Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien über den Rückstand Deutschlands beim digitalisierten Lernen umzusetzen. Dazu gehört auch die Umsetzung des Digitalpaktes Schule mit dem Aufbau einer digitalen Infrastruktur, schnellem WLAN in Schulen und der Bereitstellung von digitalen Endgeräten.

Die Gelder wurden von den Bundesländern zu schleppend abgerufen. Was ist der Hauptgrund?

Die Anträge waren am Anfang zu kompliziert. Das haben wir vereinfacht. Ich bin ein großer Verfechter von Eigenverantwortlichkeit von Schule. Damit meine ich nicht, dass eine Schule alles allein machen muss und der Staat sich nicht mehr darum kümmert.

Was halten Sie von der Forderung nach einer bevorzugten Impfung von Lehrern und Erziehern?

Das ist eine schwierige Entscheidung. Wir haben uns ja bewusst dafür entschieden, die Impfreihenfolge streng an die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission zu koppeln. Bund und Länder haben nun einen Prüfauftrag in dieser Frage vereinbart. Doch zunächst brauchen wir einfach mehr Impfstoff und gute Impfstellen.

Welche Lehren muss nach Ihrer Überzeugung das deutsche Bildungssystem jetzt aus der Corona-Krise ziehen?

Die Corona-Pandemie hat sehr deutlich gemacht, dass wir weniger Individualität der Bundesländer, sondern Vergleichbarkeit und Kooperation brauchen. Wir brauchen Möglichkeiten, das digital unterstützte Lernen zu erweitern, eine verlässliche Betreuungsstruktur durch Ganztagschulen und eine besondere Aufmerksamkeit und Ressourcen für Schülerinnen und Schüler, die es ohnehin schon schwer haben.

Das Interview führte Susann Kreuztzmann. |

Oliver Kaczmarek ist seit 2009 für die SPD Mitglied des Bundestages. Er ist bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion.



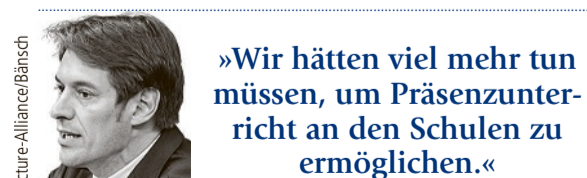
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Lehrer: Götz Frömming

Wie intelligente Opposition geht, hat Götz Frömming verstanden. »Man kann dem Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz nur zustimmen«, sagt der Bundestagsabgeordnete mit Blick auf dessen Kritik an den jüngsten Schulbeschlüssen – »ernüchternd« und »das Chaos ist komplett« hatte der Abiturient Dario Schramm über unterschiedliche Bedingungen für die Prüfungen gewettert.

Infektionsgeschehen unter den besonders gefährdeten und schützenswerten Bevölkerungsgruppen der Hochbetagten, Gebrechlichen und mehrfach Vorerkrankten hat die Schließung der Schulen und Bildungseinrichtungen keine nennenswerte Bedeutung.



»Wir hätten viel mehr tun müssen, um Präsenzunterricht an den Schulen zu ermöglichen.«

Situation aussetzen, um eine Infektion wirklich zu riskieren.« Dass nicht wenige in seiner Partei das Coronavirus anfangs als Humbug abtaten, ficht ihn nicht an. »Es gibt eben in der AfD Extreme zwischen Besorgten und Unbesorgten. Auch der Bundesgesundheitsminister beschwichtigte Anfang 2020 mit Blick auf China die bevorstehende Pandemie.«

Frömming ist ein AfD-Urgestein. 2013 gehörte er zu den Mitgründern in Berlin, übernahm Leitungsfunktionen in der Partei. Vorher war er bei den Freien Wählern aktiv und nochmal vorher hatte er eher links gedacht, war Mitglied im Naturschutzbund BUND gewesen. »Ich muss zugeben, dass ich viele Jahre Anhänger der Grünen war. Die waren damals die einzigen, die Umweltschutz formulierten.« Was dann geschah, beschreibt er als einen »Reifeprozess«.

Das Parlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Fotos Stephan Roters

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 €

Redaktionsschluss 12 Februar 2021

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Aus Politik und Zeitgeschichte

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG

Leserservice/Abonnement FAZIT Communication GmbH

Chefredakteur N.N.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah) v.i.S.d.P.

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition

Verantwortliche Redakteure Claudia Heine (che)

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung »Das Parlament« wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





Musste sich vergangene Woche im EU-Parlament teils harsche Kritik von den Abgeordneten anhören: Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

© picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Johanna Geron/dpa/ZBW/Waltraud Grubitzsch/Collage: Stephan Roters

# Wettlauf mit der Zeit

**EUROPA** Trotz großer Erwartungen wird Brüssel die Impfstoffproduktion nicht so schnell hochfahren können

Ursula von der Leyen begann mit den guten Nachrichten. In Polen seien 80 Prozent der Bewohner von Altenheimen geimpft worden, in Dänemark sogar 93 Prozent, sagte die EU-Kommissionspräsidentin vergangene Woche bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt zur EU-Impfstoffstrategie in diesem Jahr. In Italien, fuhr sie fort, hätten schon mehr als vier Prozent der Bevölkerung eine Impfung erhalten. „Die Impfkampagne in Europa hat vielerorts an Fahrt aufgenommen“, so von der Leyen im Europäischen Parlament in Brüssel.

Es war eine gute Dosis Zweckoptimismus, die sie zur Schau darstellte, nachdem die CDU-Politikerin ausdauernd zur Kritik an ihrer Person und ihrer Behörde geschwiegen hatte. Nüchtern betrachtet ist Europas Fortschritt beim Impfen, trotz einzelner positiver Entwicklungen, quälend langsam. Während in Israel mittlerweile annähernd 70 Prozent der Bevölkerung mindestens eine Impfdosis erhalten und in den USA 14 Prozent, weist in der EU kein einziges Land eine zweistellige Impfquote auf. Der Vergleich bei der vollständigen Immunisierung fällt genauso wenig schmeichelhaft aus.

Die Corona-Pandemie geht ins zweite Jahr, und der Impfstoff birgt das Versprechen auf Normalität – doch er kommt bisher in viel zu kleinen Dosen an.

„Zu spät, zu wenig“ Gerade deutsche Politiker haben in den vergangenen Wochen die Schuld für die frustrierende Situation in Brüssel gesucht. „Richtig scheiße gelaufen“ sei die Impfstoffbestellung, soll Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) in einer Kabinetsitzung gesagt haben. Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern (SPD), beschwerte sich in einer Talkshow, es sei „zu spät, zu wenig“ be-

stellt worden. Eine Formel, die auch die „Bild“-Zeitung nicht müde wird zu wiederholen – auch wenn sie nicht den Kern des Problems trifft.

Von der Leyen zeigte eine gewisse Selbstkritik bei ihrem Auftritt. „Wir waren zu optimistisch bei der Massenproduktion“, sagte sie. Außerdem räumte sie ein, dass die EU-Kommission sich vielleicht zu sicher war, dass das Bestellte tatsächlich geliefert würde. Ende Januar hatte der britisch-schwedische Hersteller AstraZeneca angekündigt, die Lieferungen im ersten Quartal auf die Hälfte zusammenszureichen. Daraufhin schuf die EU-Kommission einen Transparenzmechanismus, der verhindern soll, dass Pharmaunternehmen versprochene Dosen in Drittländer schicken.

Der Mechanismus, der nicht recht zu einer Organisation passt, die den Freihandel hochhält, zusammen mit einem Fauxpas zum Brexit-Protokoll, der mittlerweile behoben ist, ließen von der Leyen in der letzten Januarwoche als sehr unglückliche Krisenmanagerin erscheinen.

Nachdem die Kritik auch in Brüssel deutlich anwuchs, stellte sich die Kommissionspräsidentin der Debatte im Europaparlament. Dabei zeigte sich, dass die großen Parteien dort die gemeinsame Beschaffung von Impfstoff im Grundsatz weiter mittragen. Die Abgeordneten folgen von der Leyens Logik, wonach Europa mit einer zentralen Einkaufsstrategie besser fährt, als wenn die Hersteller die Interessen einzelner Länder ausspielen könnten.

Im Detail zeigten sich die Abgeordneten allerdings sehr unzufrieden. Nicola Beer, Vizevorsitzende der Liberalen, monierte: „Echte Aufklärung blieb aus.“ Den Abgeordneten fehlt bisher Einblick in die Verhandlungen der EU-Kommission mit den Herstellern und die Vertragsklauseln. Von den insgesamt sechs Lieferverträgen, die die Kommission abgeschlossen

hat, sind nur drei veröffentlicht. Wichtige Passagen sind geschwärzt, etwa bleiben die genauen Haftungsbedingungen und Liefermengen unter Verschluss.

**Mangelnde Transparenz** Bisher ist erstaunlich wenig über den Prozess der Beschaffung bekannt. Alle EU-Staaten waren über einen Lenkungsausschuss eingebunden. Die Namen der Teilnehmer behalten die Länder jedoch weitgehend für sich. „Auch die Mitglieder des Verhandlungsteams kennen wir nicht“, kritisiert Jutta Paulus, Europaabgeordnete der Grünen. Details der Verhandlungen oder Sitzungsprotokolle sind ebenfalls nicht öffentlich. Ohne diese zentralen Informationen ist aber nur schwer nachvollziehbar, welche Kriterien bei der Beschaffung der Impfstoffe im Vordergrund standen. Kritiker werfen der EU-Kommission vor, zu sehr den Preis gedrückt haben. Die gibt dagegen zu verstehen, dass vor allem Haftungsfragen die Verhandlungen in die Länge gezogen hätten. Pfizer habe versucht, die Haftung weitgehend abzulehnen, sagt ein Insider, weshalb der Vertrag mit Biontech/Pfizer erst im November unterschrieben wurde.

Von der Leyen kündigte nun die Bildung einer Kontaktgruppe zwischen EU-Kommission und Parlament an, die für mehr Transparenz sorgen soll. Rasmus Andresen

(Grüne) mahnt, dass diese Gruppe kein „Feigenblatt“ sein dürfe. „Alle relevanten Dokumente, Korrespondenz und natürlich die Verträge müssen auf den Tisch“, fordert er. „Ansonsten verlieren wir weiteres Vertrauen in der Bevölkerung.“

Auffällig wenig konnte von der Leyen im EU-Parlament zum weiteren Hochfahren der Produktion von Impfstoff sagen – genau hier liegt aber das Problem. Anders als in den USA spielten Produktionskapazitäten bei den Verhandlungen nur eine untergeordnete Rolle. Die EU-Kommission und die Unterhändler aus den Mitgliedstaaten verließen sich darauf, dass die Hersteller die angekündigten Mengen auch liefern würden. Dass die Produktion von Impfstoffen aber ein komplexer Prozess ist, bei dem gerade am Anfang mit Produktionschwankungen zu rechnen ist, wurde in Brüssel offenbar nicht bedacht.

Die USA stellten dagegen schon im Frühjahr 2020 annähernd zehn Milliarden Dollar an Staatsgeldern bereit, um alle Phasen der Entwicklung von Impfstoffen zu finanzieren: klinische Versuche, den Aufbau von

Produktionskapazitäten und selbst Abfüll- und Verpackungsanlagen. All das war Teil des Programms „Operation Warp Speed“, das dafür sorgen sollte, dass Bürger so schnell wie möglich geimpft werden können. Den US-Experten war bewusst, dass die Lieferkette komplett aufgebaut werden musste. Die Europäer merken jetzt, dass schon eine Lücke ein Problem bedeutet.

Der Impfstoff von Johnson & Johnson etwa muss zum Abpacken in die USA geschickt werden, was in Europa Sorgen auslöst, er könnte wegen Exportrestriktionen dort zurückgehalten werden. Der EU fehlt eine Behörde wie Barda in den USA, die Geld zu den Herstellern kanalisiert und den Innovationsprozess begleitet. Diese soll nun unter dem Namen Hera geschaffen werden. Von der Leyen kündigte zudem eine Taskforce geleitet von Industrieminister Thierry Breton an, die den Aufbau von Produktionskapazitäten vorantreiben soll. Der Franzose gilt als einer, der mit Konzernbossen ein ernstes Wort reden kann, weil er selbst reichlich Erfahrung aus Top-Positionen in der Wirtschaft mitbringt.

Allerdings spricht viel dafür, dass sich selbst bei gutem Willen die Kapazitäten nicht schnell hochfahren lassen. Biontech etwa hat vergangene Woche in seinem neuen Standort Marburg die Produktion seines Impfstoffs aufgenommen. Die Kapazität des Werks beläuft sich auf 750 Millionen Dosen. Unklar ist, wann die volle Kapazität erreicht werden wird. Und so muss Europa sich darauf einstellen, dass der Impfstoffmangel noch mehrere Monate anhält, vielleicht sogar bis in den Frühsommer.

**Suche nach Alternativen** Mitgliedstaaten wie Ungarn und Tschechien sehen sich bereits nach Alternativen um. Ungarn hat so wohl das russische Sputnik V Vakzin als auch das Produkt des chinesischen Herstellers Sinopharm per Notfallzulassung genehmigt. China und Russland beliefern auch Nachbarstaaten der EU, etwa Serbien, und betreiben so regelrecht Impfstoffdiplomatie. Die grüne Europaabgeordnete Paulus, selbst Pharmazeutin, kritisiert, dass Politiker unrealistische Erwartungen geweckt hätten. Von der Leyen hält indes explizit an dem Ziel fest, bis zum Ende des Sommers 70 Prozent der Erwachsenen in Europa zu impfen.

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

»Alle relevanten Dokumente und die Verträge müssen auf den Tisch.«  
Rasmus Andresen (Grüne)  
Europaabgeordneter

## Schneller und zentralisierter

**GROSSBRITANNIEN** Auf der Insel wurden schon mehr als 13 Millionen Menschen geimpft

Während in Deutschland und in der EU darüber gestritten wird, wann endlich mehr Impfstoff kommt, sind die Briten schon einen Schritt weiter. „Wir müssen uns auf eine Welt einstellen, in der wir jeden Herbst Impfungen zum Auffrischen haben. Eine Art Gripeschutzimpfung für Alte und gefährdete Menschen, die gegen Mutationen schützt“, bereite Premier Boris Johnson seine Nation in der vergangenen Woche bereits auf die nächste Stufe vor.

Mehr als 13 Millionen Menschen hatte der National Health Service (NHS) bis zum 10. Februar geimpft. Die von Johnson vor Weihnachten ausgegebene Zielmarke, bis Mitte Februar die vier höchsten Risikogruppen immunisiert zu haben, war damit so gut wie erreicht: alle Menschen älter als 70 Jahre, solche mit schweren Vorerkrankungen und Mitarbeiter von Pflegeheimen sowie jene, die an der Covid-Front in Kliniken eingesetzt sind.

Mindestens drei Gründe gibt es für den Erfolg des Vereinigten Königreichs im Kampf gegen das Virus. Die Briten begannen bereits am 8. Dezember mit dem Impfen, fast drei Wochen vor der EU. London hatte sich gegen eine Zulassung durch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) entschieden und lieber seine eigenen Prüfer ans Werk gehen lassen. Anfang Dezember kündigten diese schließlich an, dass sie das in Deutschland entwickelte Vakzin von BionTech für den Einsatz erlauben.

Das zentralisierte Gesundheitssystem im Königreich ist der zweite Grund, warum die Massenimpfung so schnell anlaufen konnte. 93 Prozent der Bürger werden vom NHS behandelt und sind in seinen Karteien verzeichnet. Mithin waren administrative Hürden wie etwa Datenschutz kein Problem. Die Menschen der höchsten Risikokategorien wurden zügig kontaktiert. Derweil wurde der Impfstoff auf mehrere Kliniken im Land verteilt und die Impfungen zunächst dort durchgeführt.

Vier Wochen später kam das Präparat von AstraZeneca hinzu, das Anfang Januar erstmals vergeben wurde. Von da an ging alles noch schneller vonstatten, weil der an der Universität Oxford entwickelte Impfstoff leicht zu lagern ist. Die Behörden richteten Impfzentren im ganzen Land ein, in Fußballstadien und auf Rennbahnen. Auch mit Hilfe des Militärs wird nun massenhaft geimpft – laut NHS-Chef Simon Stevens pro Minute 140 Menschen.

**Ohne Engpässe** Der dritte Grund für den Impferfolg hat zu Zerwürfnissen mit der EU geführt. Im Gegensatz zum Kontinent hat die Insel keine wirklichen Versorgungsengpässe erlebt. Während die EU-Kommission wegen ihres Streits mit AstraZeneca über Lieferungen nunmehr Exportkontrollen verhängt hat, gab es in Großbritannien nur vereinzelte Meldungen über fehlende Versorgung.



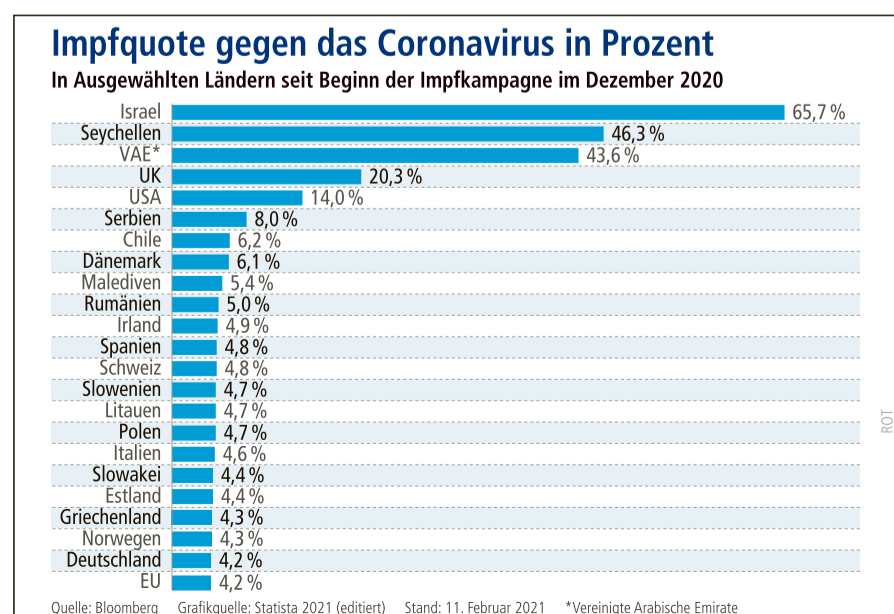
Vor einem Impfzentrum des NHS in London

Die Pharmafirma weist kategorisch den Vorwurf Brüssels zurück, das Königreich sei bevorzugt worden. AstraZeneca-Chef Pascal Soriot begründete den Engpass in der EU mit Anlaufschwierigkeiten bei der Produktion. Diese habe es auch in Großbritannien gegeben. Weil aber die Briten drei Monate früher Verträge abgeschlossen hätten als Brüssel, seien diese überwunden gewesen, als das Impfprogramm startete. Zudem begannen britische Pharmafirmen schon im Februar 2020 das Produktionspotenzial für Impfstoffe auszubauen.

„Die Herstellung eines Impfstoffs dauert normalerweise Jahre. Es ist schwierig, so komplexe Prozesse zu beschleunigen. Ein Rennauto baut man auch nicht in sechs Stunden“, sagt Kate Bingham. Die Risikokapital-Managerin wurde von Boris Johnson im Mai 2020 an die Spitze der neu gegründeten „UK Vaccine Task Force“ gesetzt. Bingham sah den Job wie jeden Investmentjob, bei dem es im speziellen Fall „darum ging, so schnell wie möglich Leben zu retten“. Die EU hingegen habe eher nach bekannten Beschaffungsmustern gehandelt, was langsamer vonstatten ging.

Der britische Impferfolg kann aber nicht vergessen machen, dass das Land die meisten Toten in Europa zu beklagen hat. Mehr als 115.000 Menschen sind bisher am Virus gestorben. Wegen des durch die B.1.1.7-Mutation verursachten Anstiegs der Infektionen nach Weihnachten wird die Zahl der Toten auf absehbare Zeit hoch bleiben.

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Neue Fristen

**PANDEMIE** Künftig soll der Bundestag alle drei Monate darüber entscheiden, ob die Corona-bedingten Sonderbefugnisse der Bundesregierung erhalten bleiben



Im März 2020 hat der Bundestag die epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt und dem Gesundheitsministerium zusätzliche Kompetenzen gewährt. © Stephan Roters

Die Koalitionsfraktionen halten die Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite weiterhin für gerechtfertigt. Somit könnten die zu Beginn der Corona-Krise im März 2020 in den Bevölkerungsschutzgesetzen und dem Infektionsschutzgesetz geregelten zusätzlichen Kompetenzen für den Bund erhalten bleiben. Gleiches gilt auch für die Entschädigungsregelungen – beispielsweise für erwerbstätige Eltern. Seinerzeit war eine Befristung der Corona-bedingten Sonderregelungen bis Ende März 2021 festgeschrieben worden. Eine neue starre Frist sieht der von Union und SPD vorgelegte Gesetzentwurf (19/26545), der vergangenen Freitag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, nicht mehr vor. Vielmehr soll drei Monate nach Feststellung der Lage das Parlament erneut darüber beraten und möglicherweise die Regelung weitere drei Monate ausweiten. Eine Neuerung ist die Aufnahme von Impfzielen im Infektionsschutzgesetz (IfSG), womit der rechtliche Rahmen für die Prioritäten beim Impfen gestärkt werden soll. Vorgesehen ist zudem eine externe wissenschaftliche Evaluation der Regelungsgesamtheit bis zum 31. Dezember 2021, deren Ergebnis dem Bundestag bis Ende März 2022 vorliegen soll. Während der Debatte gab es Kritik seitens der Opposition an der Koalitionsvorlage. Blanko-Vollmachten für die Bundesregierung – auch wenn es nur drei Monate sind – seien nicht akzeptabel, sagte Christine Aschenberg-Dugnus (FDP). Achim Kessler (Die Linke) kritisierte, dass der Bundestag erneut Regelungskompetenzen an die Bundesregierung abgebe. Kordula Schulz-Asche

(Grüne) vermisst ein nachvollziehbares Krisenmanagement, während Robby Schlund (AfD) ein sofortiges Ende des Lockdowns und die Aufhebung der pandemischen Lage forderte.

**Evaluierung** Karin Maag (CDU) verwies hingegen darauf, dass der Bundestag und nicht die Bundesregierung, „falls es weiterhin der epidemischen Lage geknüpft. Regelungen, die zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidenten getroffen werden, könnten nur auf Grundlage eines solchen Beschlusses überhaupt Rechtswirksamkeit entfalten. „Wir regeln das Wesentliche – die Details setzen die Regierungen fest“, sagte die Unionsabgeordnete. Für Hilde Mattheis (SPD) ist die geplante Evaluierung ein wichtiger Punkt. Gleichwohl seien ihr die diesbezüglichen Regelungen nicht weitgehend genug. „Wir hätten das Infektionsschutzgesetz gerne befristet“, sagte die SPD-Abgeordnete. Sie betonte, das Parlament sei sich seiner Verantwortung bewusst. Es reiche nicht, die Maßnahmen fortzuführen – sie müssten auch konkretisiert und fortentwickelt werden, wie etwa mit der Impfstrategie. „Lasst uns noch drei Monate alle Rechtsverordnungen weiter gelten lassen und dann hier im Parlament die aktuelle Situation wieder diskutieren und schauen, ob weitere Lockerungen greifen können“, schlug die SPD-Abgeordnete vor.

Aschenberg-Dugnus (FDP) begrüßte, dass in dem Gesetzentwurf Impfziele festgelegt werden. Gut sei auch, dass die epidemische Lage künftig alle drei Monate durch den Bundestag festgelegt werden muss. Beides seien im Übrigen Forderungen ihrer Fraktion gewesen, sagte die FDP-Abgeordnete. Nicht nachvollziehbar ist aber aus ihrer Sicht, warum die Koalition sich weigere, „bei der Impfpriorisierung per Verordnung die Zustimmung des Bundestages einzuholen“. Das sei notwendig, „denn bei der Verteilung des Impfstoffes handelt es sich zweifelsfrei um einen ganz tiefen Grundrechtseingriff“. Es sei daher die Pflicht des Bundestages, diese wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen. Der Linken-Abgeordnete Kessler warf der Bundesregierung vor, nur auf Sicht zu fahren, obwohl eine langfristige Strategie be-

nötigt werde. Mit Blick auf die Mutationen des Virus forderte er, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Produktion von Impfstoffen auszuweiten. Um diese weltweit herstellen zu können, müssten die Patente für Impfstoffe freigegeben werden, verlangte Kessler. Die rechtlichen Möglichkeiten dazu habe der Bundesgesundheitsminister, „und die ethische Verantwortung“ erst recht.

**Stufenplan** Unions- und SPD-Fraktion seien nicht bereit, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen, bemängelte Schulz-Asche. Einschränkungen der Freiheitsrechte müssten in einer Demokratie, „gerade während einer Pandemie“, begründet werden. Hier müsse nachgebessert werden, forderte die Grünen-Abgeordnete. Benötigt werde auch ein nachvollziehbares Krisenmanagement. Stattdessen gebe es von der Bundesregierung im Dreiwochenrhythmus autoritäre Ansagen. Schulz-Asche plädierte für einen Stufenplan als einen Weg aus der Pandemie, „mit bundesweiter Einheitlichkeit von Regeln und Anpassungen an das jeweilige Infektionsgeschehen regional“. Robby Schlund sieht mit dem Gesetzentwurf den Zusammenbruch der ambulanten Gesundheitsversorgung vorprogrammiert. Es fehle an Schutzmaßnahmen für die niedergelassenen Praxen. „Wir geben Ihnen jetzt schon die Schuld an der Enteignung der Vertragsärzte und dem Verlust der freien und unabhängigen Beruflichkeit“, sagte er. Es sei nicht hinnehmbar, dass Ermächtigungen und Grundrechtseinschränkungen „weiter unsere Landschaft beherrschen“. Eine Lösung hätte aus seiner Sicht das AfD-Rastermanagement sein können, das seine Fraktion vor einem Jahr vorgeschlagen habe. Götz Hausding

## STICHWORT

### Epidemische Lage

**> Aufhebung** Die epidemische Lage von nationaler Tragweite gilt als aufgehoben, wenn der Bundestag den Beschluss nach drei Monaten nicht erneuert.

**> Impfziele** Genannt wird unter anderem die Reduktion schwerer oder tödlicher Krankheitsverläufe sowie der Schutz von Personen mit besonders hohem tagesbedingtem Infektionsrisiko.

**> Evaluation** Bis Ende 2021 soll eine externe wissenschaftliche Evaluation der Regelungsgesamtheit zur epidemischen Lage von nationaler Tragweite erfolgen.

## Konzepte für einen Stufenplan

**STRATEGIE** Die Opposition will für Bürger und Unternehmen die Planbarkeit verbessern

Die Opposition fordert einen Stufenplan in der Coronakrise, um der Bevölkerung und der Wirtschaft eine klare Perspektive zu geben. In der ersten Beratung der Anträge von FDP, Grünen und Linken vergangene Woche machten auch die Koalitionsfraktionen deutlich, dass Auflagen nachvollziehbar und planbar ausgestaltet sein müssten. Redner von Union und SPD warnten aber davor, die Dynamik des Infektionsgeschehens zu unterschätzen und die Planbarkeit zu überschätzen. Die Grünen-Fraktion fordert in ihrem Antrag (19/26530) eine Strategie, die anhand konkreter Ziele und Meilensteine den Bürgern Orientierung, Hoffnung und Perspek-

tive und der Wirtschaft, dem Handel und der Kultur Planungssicherheit gibt. Die Abgeordneten schlagen einen bundeseinheitlichen Stufenplan vor, der sich an Indikatoren wie dem regionalen Infektionsgeschehen, dem Impffortschritt und der Belastung des Gesundheitswesens orientiert.

**Corona-Ampel** Auch die FDP-Fraktion fordert einen bundesweit einheitlichen Stufenplan. Bürger und Unternehmen bräuchten Planbarkeit und Perspektive, heißt es in dem Antrag (19/26536). Die Bürger müssten wissen, welche Maßnahmen galten und mit welchen Entwicklungen zu rechnen sei. Die FDP schlägt zudem einen monatlichen Lagebericht vor, der mit einer Corona-Ampel illustriert wird. Die Linke besteht darauf, dass alle für das Gemeinwesen relevanten Entscheidungen im Parlament getroffen werden müssen. Im Antrag der Linken (19/25882) heißt es zudem, es müsse klar definiert werden, un-

ter welchen Voraussetzungen welche Maßnahmen die Landesregierungen oder andere Behörden beim Erreichen oder Unterschreiten welcher Kennzahlen für die einzelnen Kreise treffen müssten oder sollten.

**Risikostufen** Michael Theurer (FDP) rügte, auch nach Monaten der Pandemie sei es nicht gelungen, die Logik des Lockdowns zu durchbrechen. Ein Stufenplan sei nötig, damit aus dem Lockdown kein Knock-Out der Wirtschaft werde. Janosch Dahmen (Grüne) sagte, es wäre eigentlich Aufgabe der Bundesregierung, für ein nachvollziehbares Risikostufenschema zu sorgen und nicht nur auf Sicht zu fahren. Der FDP warf er vor, mit ihrem Konzept würde das Tor zur dritten Coronawelle geöffnet. Der vorgeschlagene Zeitplan sei verantwortungslos. Ein Stufenplan müsse realistisch und verantwortungsvoll sein. Achim Kessler (Linke) wertete es als erfreulich, dass FDP und Grüne sich den Forde-

rungen der Linken nach einem konkreten Stufenplan angeschlossen hätten. Detlev Spangenberg (AfD) erklärte, Stufenpläne seien das eine, vernünftiges Handeln sei noch besser. So müssten Risikogruppen geschützt und die Hygienemaßnahmen eingehalten werden. Das wichtigste sei aber: „Keine Panik“. Rudolf Henke (CDU) räumte ein, das Thema Stufenplanbildung habe eine große Bedeutung. Alle wünschten sich einen einheitlichen Stufenplan, der müsse aber auch passen. Es gebe außerdem schon viele Mutationen des Virus. Henke plädierte dafür, an der Sache orientiert gemeinsam zu diskutieren. Auch Heike Baehrens (SPD) gestand zu, alle sehnten sich nach einer klaren Perspektive und einem Weg in die Normalität. Die Frage sei allerdings, wie es Berechenbarkeit im Kampf gegen ein unberechenbares Virus geben könne, das auch noch Mutanten bilde. Das schränke die Planbarkeit ein. pk

## Erleichterter Zugang zur Grundsicherung

**SOZIALES** Kritik am Sozialschutz-Paket III der Koalition

Ende Januar hatte ein breites Bündnis aus Sozialverbänden und Gewerkschaften gefordert, wegen der Belastungen der Corona-Krise den Regelsatz in der Grundsicherung auf 600 Euro zu erhöhen. Die rund 40 Verbände und Institutionen reagierten damit unter anderem auf die kurz zuvor politisch beschlossene FFP-2-Maskenpflicht in einigen Bundesländern. Und nicht nur die Masken sind teuer, auch das fehlende Mittagessen in Schulen zum Beispiel bedeutet für Familien im Hartz-IV-Bezug eine große finanzielle Belastung, muss für Kinder doch nun schon seit Wochen zu Hause gekocht werden. Das, was die Koalitionsfraktionen nun mit dem Sozialschutz-Paket III vorgelegt haben, bezeichnen viele Sozialverbände deshalb als unzureichend. Am vergangenen Freitag debattierte der Bundestag erstmals über den Gesetzentwurf (19/26542) von Union und SPD, der im Wesentlichen die in den Sozialschutz-Paketen I und II beschlossenen Maßnahmen verlängert.

**150 Euro Kinderbonus** Der Entwurf sieht zu einem vor, den erleichterten Zugang in die Grundsicherungssysteme sowie die erleichterte Vermögensprüfung beim Kinderzuschlag bis zum 31. Dezember 2021 zu verlängern. Außerdem werden die Sonderregeln zu den Bedarfen für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Schulen, Kitas und Werkstätten für behinderte Menschen bis zum 30. Juni 2021 verlängert. Erwachsene Leistungsberechtigte erhalten eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 150 Euro je Person für das erste Halbjahr 2021. Auch der besondere Sicherstellungsauftrag für Träger sozialer Einrichtungen nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) soll bis Ende Juni 2021 verlängert werden. Ferner bleiben auch Erleichterungen im Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) im Jahr 2021 bestehen. Claudia Heine

In der Debatte betonte Bundesarbeits- und sozialminister Hubertus Heil (SPD), „es muss unser Ziel sein, die gesamte Gesellschaft zusammenzuhalten“. Er verstehe die Kritik, dass die Maßnahmen nicht ausreichen, aber es sei auch „nicht Nichts“, so der Minister. Seine Parteikollegin Dagmar Schmidt bezeichnete es als „zynisch“, die 150 Euro Einmalzahlung als „nichts“ abzutun. Peter Weiß (CDU) lobte das Gesetz als Ausdruck eines handlungsfähigen Sozialstaats, der zeige, dass man die Ärmsten nicht allein lasse. Grüne und Linke kritisierten den Gesetzentwurf als völlig unzureichend. Katja Kipping (Die Linke) warf der Regierung vor: „Sie haben das Thema elf Monate lang ignoriert, elf Monate, die für die Ärmsten zusätzliche Existenzängste bedeuteten.“ Wie sie, so forderte auch Sven Lehmann (Grüne) einen nicht nur einmaligen Corona-Zuschlag auf die Grundsicherung. Zu der Einmalzahlung sagte er: „Ich hätte erwartet, dass Sie das hier totschweigen, weil es so peinlich ist.“ Lehmann forderte, wie auch Pascal Kober (FDP), die Unterstützung für soziale Dienstleister nicht nur bis Juni zu befristen. „Die Träger brauchen doch eine langfristige Perspektive“, forderte Kober. Er kritisierte scharf, dass die Auszahlungen erst im Mai geplant sind und nannte dies „eine traurige Farce“. Norbert Kleinwächter (AfD) warf der Regierung unter anderem vor, die Studenten vergessen zu haben. Zwar sei eine Erhöhung in der Grundsicherung richtig, aber so pauschal, wie sie geplant sei, schaffe sie neue Ungerechtigkeiten. Der Bundestag debattierte in der vergangenen Woche außerdem über einen Antrag (19/26526) der Fraktion Die Linke für ein Mindest-Kurzarbeitergeld in Höhe von 1.200 Euro monatlich, um insbesondere Geringverdienende zu unterstützen. Beide Vorlagen werden nun in den Ausschüssen weiter beraten. Claudia Heine

## Mehr Personal und eine zeitgemäße Technik

**VERSORGUNG** Öffentlicher Gesundheitsdienst gewürdigt

Mit einer knappen Frage war das Problem auf den Punkt gebracht: „Wie kann ein Fisch schwimmen, wenn das Wasser fehlt?“, gab der FDP-Abgeordnete Andrew Ullmann zu bedenken. Die Corona-Pandemie hat ein Schlaglicht darauf geworfen, dass die Gesundheitsämter unterfinanziert sind. Ein Antrag (19/24436) der Grünen-Fraktion zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) traf denn auch auf Wohlwollen der meisten Redner aus den anderen Fraktionen. Gleichwohl wurde der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD bei Enthaltung von FDP und Linken abgelehnt.

**Mehr Einfluss** Schon vor Corona habe es in den Gesundheitsämtern personelle Engpässe gegeben, sagte Alexander Krauß (CDU). Der Bund habe 2020 vier Milliarden Euro bereitgestellt für Personal und Digitalisierung, ohne eine eigene Zuständigkeit gehabt zu haben. Die Bundesseite müsse mehr Einfluss bekommen. So sah es auch Hilde Mattheis (SPD). Gerade jetzt habe sich gezeigt, wie lange es dauere, Vereinbarungen auf den Weg zu bringen. Der Föderalismus stelle hier eine Hürde dar. Sie fragte, warum der ÖGD nicht eine selbstständige Behörde sei, eine zupackende Institution, die eine Stärkung der Gesundheitsämter bedeute. Ullmann hob auf die Kontrollen der Corona-Maßnahmen ab: Wären sie intensiver

gewesen, hätte den Bürgern vieles erspart werden können, meinte er. Der ÖGD werde zur Bewältigung von Krisen gebraucht. Harald Weinberg (Die Linke) sprach von Corona als einem „Ungleichheitsvirus“, wie ohnehin gelte: „Wer arm ist, stirbt früher.“ Der kaputtgesparte ÖGD sei systemrelevant und müsse gestärkt werden. Kirsten Kappert-Gonther (Grüne) sagte, sie nehme der Koalition ihr Eintreten für eine stärkeren ÖGD ab, fügte aber an: „Machen! Sie stellen die Regierung.“ Die vier Milliarden Euro seien vom Bund einmalig für den ÖGD gezahlt worden. Es komme aber auf Nachhaltigkeit an. Die Ausgaben für die Gesundheitsämter müssten dauerhaft mindestens verdoppelt werden. Drei Anträge der AfD-Fraktion (19/20115, 19/24655, 19/17130) wurden von den übrigen Fraktionen abgelehnt. Darin ging es um eine transparentere Arbeitsweise der Weltgesundheitsorganisation (WHO), um Modalitäten bei der Übermittlung von Gesundheitsdaten und eine Stärkung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Paul Podolay konzentrierte sich auf die WHO. Er sprach von einer „korrupten Organisation“. Deutschland sei 2020 der größte staatliche Geldgeber der WHO gewesen. Die Zahlungen müssten eingestellt werden, sofern dort nicht demokratische Entscheidungsprozesse durchgeführt werden könnten. Franz Ludwig Averdunk

## Viel zu hohe Eigenanteile

**PFLGE** Stetig steigende Heimkosten sind ein Problem

Die Linksfraktion fordert die Einführung einer solidarischen Pflegevollversicherung. Derzeit finanzierten Menschen mit Pflegebedarf in einem Pflegeheim bis zu drei Viertel ihrer Heimkosten selbst, heißt es in einem Antrag (19/24448) der Fraktion, der in der vergangenen Woche in erster Beratung auf der Tagesordnung stand. Auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie die Zuzahlungen zu den Investitionskosten wüchsen rasant. Die Abgeordneten fordern ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Einnahmesituation der Pflegeversicherung, das unter anderem die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Pflegeversicherung auf 15.000 Euro pro Monat vorsieht. Die Eigenanteile in stationären Pflegeeinrichtungen müssten auf 450 Euro gesenkt und gedeckelt werden bis zur Einführung einer Pflegevollversicherung 2025. Susanne Ferschl (Die Linke)sagte, mittlerweile koste ein Heimplatz im Schnitt rund

2.000 Euro im Monat. Immer mehr Pflegebedürftige bezögen Sozialhilfe. Das sei eine Fehlentwicklung, die Menschen unverschuldet in Armut treibe. Kordula Schulz-Asche (Grüne) forderte eine doppelte Pflegegarantie. Jeder Mensch müsse die Pflege bekommen, die er brauche. Zudem dürften Pflegekosten nicht arm machen. Eigenanteile müssten gesenkt und festgeschrieben werden. Auch Union und SPD lassen Reformwillen erkennen. Claudia Moll (SPD) sagte, gute Pflege dürfe nicht an der Finanzierung scheitern. Sie forderte langfristig eine Vollversicherung. Der Pflegevorsorgefonds sollte zur Verbesserung der Pflege eingesetzt werden. Emmi Zeulner (CSU) betonte, nötig sei eine „starke Reform“ mit reduzierten Eigenanteilen. Nicole Westig (FDP) sprach sich für eine kapitalgedeckte Pflegevorsorge aus. Eine Vollversicherung könne nicht gelingen, weil es immer weniger Beitragszahler gebe. Jörg Schneider (AfD) warnte vor einer „sozialistischen Mottenkiste“. pk







Schätzungen zufolge gelangen jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Geldwäsche in den Wirtschaftskreislauf. Dem will die Koalition einen wirksameren Riegel vorschieben.

© picture-alliance/ZB/Sascha Steinach

## Absage an AfD-Vorstoß zu Einbürgerung

**INNERES I** Ein AfD-Vorstoß zur Verschärfung des Einbürgerungsrechts ist im Bundestag auf einmütigen Widerstand der übrigen Fraktionen getroffen. Im Plenum beschleunigten deren Redner den Antragstellern vorige Woche Unkenntnis der geltenden Rechtslage, Rassismus und völkisches Denken. Die Frage sei, ob der Maßstab der Verfassungstreue, den die AfD an Einbürgerungswillige anlegen wolle, auf ihre eigenen Mitglieder anwendbar sei, hieß es. In einem Gesetzentwurf (19/2546) und einem begleitenden Antrag (19/26547) verlangt die AfD, Bewerbern die Einbürgerung grundsätzlich zu versagen, wenn sie zuvor die Behörden über ihre Identität getäuscht haben, sowie Vorstrafen insbesondere für Gewalt- und Betrugsdelikte bei der Entscheidung stärker zu berücksichtigen. Bewerber sollen 60 Pflichtstunden Staatsbürgerkunde absolvieren und die Nationalhymne singen müssen, wenn ihnen die Urkunde überreicht wird. Nach geltenden Recht seien die „Konditionen für eine Einbürgerung von Öffnungsklauseln durchlöchert wie ein Schweizer Käse“, sagte Gottfried Curio (AfD) und warnte, „südlich der Sahara“ säßen „hundert Millionen“ künftiger Antragsteller „auf gepackten Koffern“. Die geltenden Einbürgerungskriterien seien von „ideologischer Voreingenommenheit“ geprägt. Es sei „traurig, dass wir wieder einen Nachmittag für Nachhilfe aufwenden müssen“, entgegnete Philipp Amthor (CDU) und wies darauf hin, dass die Koalition 2019 die Kriterien im Staatsbürgerschaftsrecht deutlich nachgeschärft habe: Die Antragsteller hätten es eben nur nicht gelesen. „Ein schöneres Kompliment kann man unserem Land doch nicht machen, als dass man sagt, ich möchte dazugehören“, erklärte Amthor. „Es ist ein genuin patriotisches Anliegen, wenn man zum deutschen Staatsvolk gehören möchte.“

# Schmutzige Knete

**RECHT** Koalition setzt Gesetz zur besseren Geldwäsche-Bekämpfung gegen Oppositionskritik durch

**V** ergeblich bemühte sich die Opposition vergangene Woche, das Projekt „Geldwäsche-Bekämpfung“ der Koalition scheitern zu lassen. AfD, FDP, Linke und Grüne ließen kein gutes Haar an dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, konnten sich gegen Union und SPD aber nicht durchsetzen. Nach kontroverser Debatte wurde das Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche (19/24180) in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung (19/26602) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. Die Koalitionspartner wiesen die Kritik der anderen Fraktionen zurück. Jan-Marco Luczak (CDU) sagte, nur wenn es gelinge, die Geldwäsche einzudämmen, könne man es auch schaffen, die dahinterstehenden Straftaten einzudämmen und der Organisierten Kriminalität den Boden zu entziehen. Es sei Ziel der Union gewesen, das Gesetz zu einem wirklich scharfen Schwert gegen Organisierte Kriminalität und gegen Verbrechen umzugestalten. Das habe man geschafft. „Wir erleichtern die Strafverfolgung und wir er-

leichtern die Abschöpfung von inkriminiertem Vermögen“, unterstrich Luczak. Dies sei besonders wichtig, wenn es um die Bekämpfung von Clankriminalität geht, denn auch Nutzungen aus Folgesurrogaten, etwa von Mieteinkünften, könnten eingezogen werden.

Johannes Fechner (SPD) sagte, Kriminalität dürfe sich nicht lohnen. Deswegen müsse man härter gegen Geldwäsche vorgehen. Nach dem sogenannten All-Crime-Ansatz mache sich zukünftig jeder strafbar, der seine Geldbeute aus einer Straftat waschen will. „Wir können nicht zulassen, dass illegale Gelder durch Straftaten erlangt werden und die Gewinne dann in den legalen Wirtschaftskreislauf eingeführt werden und der Täter sie so nutzen kann“, betonte Fechner. Auch was Geld-

wäsche durch Immobilienkäufe angeht, werde seine Fraktion am Ball bleiben. Zutreffend sei, so Fechner, dass die Regelungen Personal bei Polizei und Justiz binden. Aber auch aus diesem Grunde sei der Pakt für den Rechtsstaat geschlossen worden. Die Opposition stieß sich vor allem an der Ausweitung des Straftatbestands der Geldwäsche. Bisher war es nötig, dass das Geld aus ganz bestimmten Straftaten wie Men-

schenhandel, Drogengeschäfte und Schutzgelderpressung stammt. Für die Linke sagte Friedrich Straetmanns, der Entwurf sei „untauglich, an den tatsächlichen Problemen etwas zu ändern“. Die Einbeziehung aller Straftaten werde zu einer erheblichen Überforderung der Behörden führen. Dass dies durch eine Personalaufstockung abgedeckt werden kann, dürfe stark bezweifelt werden. Das Vertrauen in den Rechtsstaat werde beschädigt, denn ein Vollzugsdefizit sei vorprogrammiert. Straetmanns verwies darauf, dass allein im Immobilienbereich zirka 20 bis 30 Milliarden Euro jährlich in Deutschland gewaschen werden. Dagegen müsse man vorgehen, aber nicht, indem man den Straftatbestand verwässert.

»Mehr Heu« Auch Canan Bayram von den Grünen hielt den Entwurf nicht für praktikabel. Die Organisierte Kriminalität freue sich schon auf das Gesetz, denn sie müsse nicht mehr befürchten, bei der Geldwäsche entdeckt und angeklagt zu werden. Schon 2019 seien fast 115.000 Geldwäscherdachtsmeldungen bei der Financial Intelligence Unit, der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, eingegangen, und es würden jedes Jahr mehr. Davon seien 98 Prozent von der Staatsanwaltschaft eingestuft worden. Durch die Ausweitung auf jede mögliche Straftat werde „die Suche nach dem schmutzigen Geld als Nadel im Heuhaufen durch mehr Heu, das Sie da

noch reingeben, aussichtslos“. Es müsse verhindert werden, dass schmutziges Geld durch Immobilienkäufe gewaschen wird. Für die FDP lehnte Jürgen Martens den Entwurf ab. „Gute Gesetzgebung ist das nicht“, sagte er. Um jegliche Taten einbezogen zu können, sei die EU-Geldwäsche-Richtlinie bis an die Grenzen und möglicherweise darüber hinaus gedehnt worden, kritisierte Martens. Das Gesetz sei problematisch und verfassungsmäßig nicht in Ordnung. Geldwäsche werde nicht wirksam bekämpft; dafür werde alles getan, um die Ermittlungsbehörden „in Arbeit absaufen zu lassen“.

Stephan Brandner (AfD) kritisierte, dass die Frist für die Umsetzung der EU-Geldwäsche-Richtlinie nicht eingehalten wurde, und warf der Regierung vor, sich stattdessen mit anderen weniger wichtigen Gesetzen beschäftigt zu haben. Auch inhaltlich sei der Entwurf schlecht. Der angestrebte Durchbruch im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität komme über einen untauglichen Versuch nicht hinaus. Das Ergebnis sei „Schaufensterpolitik“. Die von anderen Fraktionen geforderte bessere Transparenz beim Immobilieneigentum im Zusammenhang mit der Geldwäsche lehnte Brandner ab. *Michael Wojtek*

**> STICHWORT**

**Das Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche**

**> Strafverfolgung** Der bisherige Katalog strafbarer Delikten wird durch den sogenannten All-Crimes-Ansatz ersetzt. Strafverfolgung soll so erleichtert werden.

**> Verschleierung** Die Verschleierung von Vermögen aus Straftaten soll generell als Geldwäsche gewertet werden. Bestraft wird auch leichtfertige Hilfe dabei.

**> Abschöpfung** Inkriminiertes Vermögen kann auch abgeschöpft werden, wenn sich der Verdacht einer Straftat erst später bestätigt oder es umgewandelt wurde.

**> Umfang** Durch Geldwäsche fließen pro Jahr geschätzt rund 100 Milliarden Euro in den Wirtschaftskreislauf, davon 20 Milliarden im Immobilienbereich.

Anzeige

## FDP: Tage für kranke Kinder

**FAMILIE** Die FDP-Fraktion spricht sich für zusätzliche Kinderkrankentage unabhängig vom Status der Krankenversicherung der Eltern während der Corona-Pandemie aus. In einem Antrag (19/26527), den der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals beriet und in die Ausschüsse überwies, fordert sie die Bundesregierung auf, in Anlehnung an das von der nordrhein-westfälischen Landesregierung beschlossene Hilfsprogramm die Zahl der Kinderkrankentage für alle selbstständigen und freiberuflichen, freiwillig oder gesetzlich versicherten Eltern von Kita- und Schulkindern unter zwölf Jahren zu erhöhen. Die Liberalen weisen darauf hin, dass die von der Bundesregierung initiierte Erhöhung der Kinderkrankentage nur für gesetzlich krankenversicherte Eltern gilt. Abgelehnt wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen das Votum der FDP und der AfD ein Antrag der Liberalen auf Verlängerung des Elterngeldes im Fall von coronabedingten Kita-Schließungen (19/26192). Ebenfalls abgelehnt wurde mit den Stimmen der Koalition ein FDP-Antrag (19/21589) auf regelmäßige Tagungen im Familienministerium zur aktuellen Lageeinschätzung zum Pandemiegeschehen. Lediglich FDP und AfD stimmten dafür, Grüne und Linke enthielten sich. *aw*

## Mehr Befugnisse für die Bundespolizei

**INNERES II** Die Koalition will die Rechtsgrundlagen der Sicherheitskräfte modernisieren

Für einen Bundesinnenminister ist es keine ganz alltägliche Erklärung, mit der Horst Seehofer (CSU) am Freitag in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs „zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei“ (19/26541) seinen Dank an die Koalitionsfraktionen begründete: Die beiden Fraktionen nämlich „haben den Gesetzentwurf geschrieben und konsentiert – diese Verständigung war innerhalb der Bundesregierung nicht möglich“, sagte Seehofer und räumte ein, mit der angestrebten Modernisierung nicht mehr in der ablaufenden Legislaturperiode gerechnet zu haben. Dabei sei diese Modernisierung „überfällig“, da das Bundespolizeigesetz aus dem Jahr 1994 stamme und seither im Wesentlichen unverändert sei. Ein großer Bereich des Gesetzes betrifft nach den Worten des Ministers „den polizeilichen Datenschutz, die Datenerhebung, die Datensicherung, die Datenübermittlung“. Daneben sehe der Entwurf „viele erforderliche Befugnisse“ der Bundespolizei im Bereich der Gefahrenabwehr vor. Dazu gehörten etwa die Überwachung der Telekommunikation, die Identifizierung und Lokalisierung von Mobilfunkkarten und -endgeräten, der Einsatz technischer Mittel gegen fernmanipulierte Geräte, die Möglichkeit, eine Meldeauflage oder ein Auf-

enthaltverbot zu erlassen, sowie Bestimmungen zum Schutz von Zeugen. Auch solle „zur Absicherung unserer Polizeibeamten“ auch auf Bundesebene eine „ganz klare Rechtsregel“ für den sogenannten „finalen Rettungsschuss“ eingeführt werden. Christian Wirth (AfD) sagte, mit der Vorlage würden Rechtsgrundlagen für die Arbeit der Bundespolizei geschaffen, die „seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten überfällig“ seien. Der Entwurf werde aber nicht einmal dem Status quo gerecht. So sei etwa die Cyberabwehr völlig ausgenommen. Ulla Jelpke (Linke) kritisierte, bei der Verankerung neuer Befugnisse für die Bundespolizei gehe es um den „weiteren Ausbau polizeilicher Überwachung“. Die Einführung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) solle der Bekämpfung etwa von Schleusern dienen, die das Leben von Flüchtlingen gefährden. Wenn es der Koalition aber um die Flüchtlinge gehe, solle sie „gefälligst für sichere Fluchtwege“ sorgen. Benjamin Strasser (FDP) begrüßte etwa die neuen Zuständigkeiten der Bundespolizei bei Abschiebungen. Mit dem Entwurf wolle die Koalition aber auch eine „Quellen-TKÜ plus“ einführen, die „zu einer höchst verfassungsrechtlich bedenklichen Situation“ führen werde. So solle nicht nur die

laufende Telekommunikation überwacht, sondern auch rückwirkend auf Kommunikation zurückgegriffen werden, „die zwischen der richterlichen Anordnung und dem konkreten Einsatz liegt“. Auch Irene Mihalic (Grüne) wandte sich gegen die Einführung der „hochumstrittenen Quellen-TKÜ“. Zugleich verwies sie darauf, dass mit neuen Befugnissen auch die Erwartungen an die Bundespolizei stiegen, dort aber derzeit mehr als 8.000 Stellen unbesetzt seien. Mathias Middelberg (CDU) hielt den Grünen mit Blick auf die Quellen-TKÜ vor, sie seien „nicht bereit, der Polizei die Kompetenzen zur Verfügung zu stellen, die sie heute im digitalen Zeitalter einfach haben muss“. Dirk Wiese (SPD) betonte, künftig wolle man klare Standards für eine adäquate Unterbringung und Bahnhofen. Diese Unterbringung sei bisher oft „in keiner Form akzeptabel“ gewesen. *Helmut Stoltenberg*

## 40 Jahre für Europa

Wir gratulieren dem Jahrbuch der Europäischen Integration zum Jubiläum!



Mit einem Vorwort von Wolfgang Schäuble

**Jahrbuch der Europäischen Integration 2020**  
Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld und Prof. Dr. Wolfgang Wessels  
2020, 616 S., brosch., 89,- €  
ISBN 978-3-8487-6721-2

#40JahreFürEuropa  
Teilen Sie mit uns Ihre Jahrbuchmomente der vergangenen Jahre auf Twitter!

Nomos eLibrary nomos-e-library.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei online unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Mit der Hoffnung auf eine Ende der Coronakrise kommt eine Diskussion über die Zukunft der Schuldenbremse in Fahrt.

Befeuert hat diese Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU), als er Ende Januar ein Aussetzen der Schuldenbremse über das laufende Jahr hinaus ins Gespräch brachte. Zwar hat er diese Aussage umgehend relativiert, aber das Thema ist seitdem präsenter denn je. So war es auch, als der Bundestag vergangene Woche einen Antrag der AfD-Fraktion (19/26549) debattierte, bevor er an den Haushaltsausschuss überwies wurde. In ihm fordert die Fraktion den Bundestag auf, den Bundeshaushalt 2021 wegen überhöhter Verschuldung für verfassungswidrig zu erklären und einen Gang vors Bundesverfassungsgericht zu befürworten. Der Bundestag hatte vor Verabschiedung des diesjährigen Haushalts eine außergewöhnliche Notsituation wegen der Coronapandemie festgestellt und damit eine Aussetzung der Schuldenbremse ermöglicht.

Der AfD-Abgeordnete Peter Boehringer sagte dazu, der Bundestag habe es versäumt, die Asyrlückklappe zur Abwendung einer solchen Notsituation einzusetzen. „Man kann nicht zugleich Rücklagen haben und Notkredite aufnehmen.“ Dies verstoße gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot des Grundgesetzes und die Bundeshaushaltsordnung. Boehringer bestritt auch, dass überhaupt eine außergewöhnliche Notsituation vorlag. „Zu keinem Zeitpunkt gab es eine Überlastung des Gesundheitssystems, die Sterblichkeitsrate lag in Deutschland 2020 entgegen der Propaganda nicht über dem Erwartungswert“, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion und Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Erst die staatliche Überreaktion habe die Wirtschaftskrise herbeigeführt. Damit sei der Eintritt der wirtschaftlichen Not nicht der staatlichen Kontrolle entzogen gewesen, was jedoch Voraussetzung für die Aussetzung der Schuldenbremse sei. Nun sei zu befürchten, dass die Notlage dauerhaft gemacht werden solle, bis 2022 und darüber hinaus, fuhr Boehringer fort. Kanzleramtsminister Helge Braun sei nur ehrlich gewesen, als er dies gefordert habe.

Der CDU-Haushälter Eckhard Rehberg erwiderte darauf, eine gesundheitliche Notlage sei nur deshalb nicht gegeben, „weil wir gehandelt haben“. In dieser Situation aber sei das Aussetzen der Schuldenbremse absolut gerechtfertigt. „Was soll denn noch eine außergewöhnliche Notsituation sein, wenn nicht diese“, fragte Rehberg. An die linke Hälfte des Plenarsaals gewandt plädierte er aber auch dafür, so schnell wie möglich zur Einhaltung der Schuldenbremse zurückzukehren. Rehbergs Fraktionskollegin Antje Tillmann (CDU) erinnerte an die Arbeit der Föderalismuskommission, der sie angehört hatte und in der die Schuldenbremse vorbereitet worden war. Niemand, so wies sie die Argumentation Boehringers zurück, habe damals verlangt, dass der Staat erst die Kontrolle verlieren muss, bevor die Schuldenbremse ausgesetzt werden kann. „Wir wollten, dass der Staat die Kontrolle behält.“ Otto Fricke (FDP) stimmte der AfD-Fraktion in einigen inhaltlichen Kritikpunkten

# Geldsorgen

**HAUSHALT** Der Bundestag debattiert über die Schuldenbremse und die Definition einer Notlage



Er hat die Diskussion über die Schuldenbremse angestoßen: Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU).

© picture-alliance/Michael Kappel

am Haushalt 2021 zu, aber nicht in ihrer Forderung nach einem Gang vors Bundesverfassungsgericht. Zurecht wiesen Verfassungsrechtler darauf hin, dass das oberste Verfassungsorgan in der Krise nicht die Exekutive sei, sondern die Legislative, das Parlament. Der AfD-Antrag verschiebe aber die Entscheidung auf die Judikative, und „da kann ein Parlament nach meiner Meinung nicht mitmachen“. Karsten Klein (FDP) bezeichnete das Aussetzen der Schuldenbremse in der jetzigen Situation als richtig, sonst wäre der Staat „in dieser Krise nicht so handlungsfähig gewesen“. Klein wachte sich aber ausdrücklich gegen ein längeres Aussetzen der Schuldenbremse. Über „Nachjustierungen“ der Schuldenbremse nach Überwinden der akuten Krise sei er jedoch bereit zu reden.

Dennis Rohde (SPD) verwies darauf, dass infolge der Pandemie auch in den nächsten Jahren die Staatseinnahmen geringer ausfallen würden. Gleichwohl stünden Aufgaben an, die man nicht negieren könne. Rohde nannte den Kampf gegen den Klimawandel, die Digitalisierung, aber auch den Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens. Zudem wäre es ein fataler Fehler, jetzt das soziale Sicherungssystem zusammenzubrechen. Man müsse daher fragen: „Wo kommen diese Milliarden eigentlich her?“ Deshalb müsse man jenseits der Frage „Schuldenbremse ja oder nein“ über deren Anwendung und Ausgestaltung in den nächsten Jahren diskutieren. Hier vertrat Gesine Lötzsch (Linke) eine dezidierte Ansicht: „Die Schuldenbremse ist das falsche Mittel, sie muss weg.“ Sie

habe zu einem „un glaublichen Investitionsstau“ geführt und damit „unser Land um mindestens zehn Jahre zurückgeworfen“. Deshalb würden mit der Schuldenbremse auch nicht kommende Generationen ent-, sondern belastet. Ganz anders positionierte sich Anja Hajduk (Grüne). Sie stimmte der ursprünglichen Aussage von Kanzleramtsminister Braun zu und nannte diese „nicht skandalös, sondern schlicht ehrlich“. Man dürfe nicht massiv in den erhofften Aufschwung 2022 hineinsparen. Hajduk forderte die Union auf, darüber zu diskutieren. „Wir wollen die Schuldenbremse nicht abschaffen, wir wollen sie ergänzen und erweitern um eine Investitionsregel“, erklärte sie, „damit man im nächsten Jahrzehnt Zukunftsinvestitionen finanzieren kann.“ Peter Stütze

## Vorgaben zu Ladepunkten

**ELEKTROMOBILITÄT** Infrastruktur in Gebäuden geregelt

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche das seit langem geplante Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität (19/18962) in der vom Wirtschaftsausschuss geänderten Fassung (19/26587) verabschiedet. Der Koalitionsentwurf von CDU/CSU und SPD wurde mit der Mehrheit dieser Fraktionen gegen die Stimmen der AfD bei Enthaltung von FDP, Linken und Grünen angenommen. Bei Enthaltung von FDP und Grünen nahm der Bundestag zudem eine Entschleunigung an. Abgelehnt wurde hingegen ein FDP-Entschleunigungsantrag (19/26604), der nur die Umsetzung von Mindestanforderungen der EU-Richtlinie 2018/844 forderte.

Ziel der Gesetzes ist es, den Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in Gebäuden zu beschleunigen. Wohn- und

Nichtwohngebäude sollen mit größeren Parkplätzen ausgestattet werden, damit Ladepunkte geschaffen und Elektrofahrzeuge leichter aufgeladen werden können.

Geändert hatten die Regierungsfractionen zuletzt die konkreten Vorgaben. Wer ein neues Wohngebäude mit mehr als fünf Pkw-Stellplätzen baut (bisher zehn), soll künftig Leitungsinfrastruktur berücksichtigen müssen. Bei neuen Nicht-Wohngebäuden gilt die Pflicht ab mehr als sechs Stellplätzen, dann muss mindestens jeder dritte Stellplatz ausgestattet und zusätzlich ein Ladepunkt errichtet werden (bisher zehn und fünf). Aufgenommen wurde auch ein Quartiersansatz, also Leitungsinfrastruktur oder Ladepunkte für ein Viertel. Bauherren oder Eigentümer sollen so zusammenarbeiten dürfen, die grundsätzlichen Vorgaben bleiben bestehen. pez

## Corona-Steuerhilfen

**FINANZEN** Drittes Gesetz mit Hilfsmaßnahmen debattiert

Der Bundestag hat am Freitag über weitere steuerliche Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen beraten, die von der anhaltenden Corona-Krise betroffen sind. Der in erster Lesung diskutierte Entwurf von CDU/CSU und SPD für ein drittes „Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise“ (drittes Corona-Steuerhilfegesetz, 19/26544) wurde nach halbstündiger Debatte an den federführenden Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Um die Corona-Folgen weiterhin für Unternehmen abzumildern und zugleich die Binnennachfrage anzukurbeln, wollen Union und SPD eine Reihe von steuerlichen Maßnahmen umsetzen: Der ermäßigte Umsatzsteuersatz in Höhe von sieben Prozent für erbrachte Restaurant- und Ver-

pflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken soll über den 30. Juni 2021 hinaus gewährt werden. Diese Gewährung soll befristet bis zum 31. Dezember 2022 verlängert werden. Außerdem soll für jedes im Jahr 2021 kindergeldberechtigte Kind ein Kinderbonus von 150 Euro gewährt werden. Schließlich will die Regierungskoalition den steuerlichen Verlustrücktrag für die Jahre 2020 und 2021 nochmals erweitern und auf zehn Millionen Euro (20 Millionen Euro bei Zusammenveranlagung) anheben. Dies soll auch für die Betragsgrenzen beim vorläufigen Verlustrücktrag für 2020 gelten, heißt es in der Gesetzesvorlage weiter. Die Änderungen führten 2021 insgesamt zu Mehrausgaben in Höhe von zehn Millionen Euro. pez

## Kleine Post-Reform

**POST** Regeln für Umgang mit verdächtigen Sendungen

Der Bundestag hat am Freitag den vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf „zur Verbesserung der Strafverfolgung hinsichtlich des Handels mit inkriminierten Gütern unter Nutzung von Postdienstleistern sowie zur Änderung weiterer Vorschriften“ (19/20347) in geänderter Fassung beschlossen. Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD sowie AfD gegen die Stimmen von FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen votierten die Abgeordneten für das Gesetz, das unter anderem die Strafverfolgung beim Handel etwa mit Betäubungsmitteln erleichtern soll.

Künftig sollen demnach Beschäftigte von Postdienstleistern verpflichtet werden, verdächtige Sendungen bei den Strafverfolgungsbehörden vorzulegen. Dabei gehe es um Sendungen, bei denen Anhaltspunkte

dafür bestehen, dass mit ihnen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz, dem Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz, dem Arzneimittelgesetz, dem Antidoping-Gesetz, dem Waffengesetz oder dem Sprengstoffgesetz begangen werden. Oft fänden Beschäftigte in nicht zustellbaren Postsendungen Betäubungsmittel. Es sei eine Zunahme des Handelstreibens mit inkriminierten Gütern unter Inanspruchnahme von Postdienstleistern zu verzeichnen. Während Vertreter der Koalitionsfraktionen darauf abhoben, dass sich eine große Postreform vor allem auch coronabedingt in dieser Wahlperiode nicht mehr realisieren lasse, kritisierten Vertreter der überwiegenden Oppositionsfraktionen genau diesen Minimalcharakter, wengleich mit unterschiedlicher Stoßrichtung. pez

### KURZ NOTIERT

#### Grüne und Linke wollen Nutzhanf-Potenzial heben

Grüne und Linke wollen die Potenziale des Nutzhanfanbaus voll ausschöpfen. In einem gemeinsamen Antrag (19/25883) fordern die Abgeordneten einen Gesetzesentwurf, um Nutzhanf aus dem Anwendungsbereich des Betäubungsmittelgesetzes herauszunehmen. Der THC-Grenzwert für Nutzhanf soll auf mindestens 0,6 Prozent in der Trockenmasse angepasst werden, um eine Unterscheidung zwischen Nutzhanf und Hanf zur Gewinnung von Marihuana als Rauschmittel zu ermöglichen. Der Antrag wurde in der vergangenen Woche an den Landwirtschaftsausschuss überwiesen.

#### Bundesfonds für Forschung im ländlichen Raum

Die Bundesregierung soll einen Bundesförderfonds für Forschung und Lehre im ländlichen Raum auflegen. Das fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (19/26297), der in der vergangenen Woche in den Landwirtschaftsausschuss überwiesen wurde. Die Linke plädiert darin für einen zweckgebundenen ressortübergreifenden Förderfonds aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie aus Bundesförderprogrammen. eis

## Lob und Kritik für die Datenstrategie

**INNOVATIONEN** Opposition hält den Plan der Bundesregierung für zu spät und zu vage

Zahl der Neuinfektionen, Inzidenzwerte, Belegung der Intensivstationen: Spätestens die Corona-Pandemie hat den Wert und die Macht von Daten in den Fokus der breiten Öffentlichkeit gerückt. Die 117 Seiten starke Datenstrategie der Bundesregierung (19/26450, siehe Stichwort) mit mehr als 240 Einzelmaßnahmen kommt also zu einem Zeitpunkt, an dem Daten täglich eine wichtige Rolle spielen. Die Bundesregierung nennt das Papier eine „Innovationsstrategie für gesellschaftlichen Fortschritt und nachhaltiges Wachstum“ – bedeutet: Der Nutzen von Daten auf Basis europäischer Werte beim Datenschutz soll signifikant erhöht werden, Unternehmen und Behörden sollen etwa Daten bereitstellen, um diese gewerblich nutzen zu können.

**Fahrplan in die Zukunft** Während Digital-Staatsministerin Dorothee Bär (CSU) in der Beratung der Datenstrategie sowie eines FDP-Antrags (19/26538) diese „einen Fahrplan in die Zukunft“ nannte, sparte die Opposition nicht mit Kritik. Bär betonte, dass sich in der Pandemie datengetriebene digitale Geschäftsmodelle „wesentlich resilienter“ gezeigt hätten. „Daten retten Leben“, sagte sie mit Verweis auf das vergangene Mittwoch im Kabinett beschlossene bundesweite Krebsregister, durch das Daten der Bundesländer zusammenggeführt werden sollen. In der Strategie habe man einen Ansatz unter dem Motto „Datensätze sind Datenschätze“ gewählt: „Viele Daten werden bislang gar nicht oder nur einmal genutzt. Das muss sich ändern, wenn wir zukunfts- und wettbewerbsfähig bleiben wollen“, betonte Bär. Das betreffe vor allem Daten von mittelständische Unternehmen. Unterstützung bekam sie von der CDU-Abgeordneten Nadine Schön. Die

Strategie sei ein „wirklich großer, innovativer Start“ in die Datengestaltung der nächsten Jahre. Saskia Esken (SPD) betonte, Daten seien Macht, und der exklusive Besitz sei ein „heiß umkämpftes Privileg“. Diese Macht dürfe nicht in der Hand von Wenigen bleiben. Wissen verliere durch das Teilen nicht an Wert, vielmehr entstehe dadurch neues Wissen. Die Strategie, um die lange gerungen wurde, sei so von dem Ziel einer „Kultur des Teilens“ geprägt, wodurch Marktkonzentration durch Datenmonopole aufgebrochen werden könne, sagte Esken. Scharfe Kritik übte der AfD-Digitalpolitiker Uwe Schulz, der von bunten Broschüren, Internetsseiten und Worthülsen sprach. So sei die Datenstrategie bereits im Januar 2020 angekündigt worden, und es sei nun „mehr als fraglich“, was davon umgesetzt

werde. Sie enthalte zwar einige wichtige Punkte, es mangle ihr aber an einer transparenten Darstellung der zeitlichen und strategischen Maßnahmen und einer übergeordneten Vision.

**Schnelle Umsetzung** Auch der Vorsitzende des Digitalausschusses, Manuel Höferlin (FDP), fand wenig lobende Worte. Er kritisierte die Strategie als Dokument, das „250 zusammenhängende Maßnahmen“ zusammenführe – ähnlich wie bereits die Digitalstrategie. Das Daten ein Thema seien, das jeden betreffe, werde durch das Internet der Dinge noch um ein Vielfaches potenziert. Höferlin warb für den Antrag seiner Fraktion, der fordert, Maßnahmen noch in dieser Legislatur umzusetzen.

„Es ist ein Fortschritt, dass die Strategie endlich da ist, aber sie kommt zu spät und vertagt viele Maßnahmen“, monierte für die Linksfraction Anke Domscheit-Berg. Das Papier bleibe an vielen Stellen unkonkret, etwa beim fehlenden Bekenntnis zur Datenteilungspflicht. Appelle seien nicht ausreichend, es brauche mehr Verbindlichkeit. Wenn der Staat Vorreiter werden wolle, müssten aus öffentlichen Geldern auch öffentliche Güter werden – vor allem bei Daten, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden, sagte Domscheit-Berg. Auch Konstantin von Notz (Grüne) verwies darauf, dass die Strategie ein Minimumkonsens der Großen Koalition mit „vagen Absichtserklärungen und Prüfaufträgen“ sei. Dieser komme zu spät und sei zu dünn, sodass die Umsetzungschancen gegen Null tendierten, so von Notz. „Es ist gut, dass einige wenige Einzelfragen geklärt werden“, sagte er mit Blick auf das Thema Dateneigentum. Es brauche jedoch dringend verbindliche Regelungen und belastbare Gesetze für Rechtssicherheit. Lisa Brübler

### STICHWORT

#### Datenstrategie der Bundesregierung

> **Nutzung** Die Datenbereitstellung und Datennutzung in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft soll erhöht werden. Dies werde bislang in Deutschland und Europa „noch immer zu wenig genutzt“

> **Handlungsfelder** Neben leistungsfähigen und nachhaltig ausgestatteten Dateninfrastrukturen soll auch die Datenkompetenz erhöht und eine neue Datenkultur etabliert werden.

> **Vorbildfunktion** Der Staat soll zum Vorreiter der neuen Datenkultur werden.

## Aufsicht im Fokus

**WIRECARD** Untersuchungsausschuss befragt Staatsanwälte

Der Wirecard-Ausschuss knöpft sich nach und nach die verschiedenen Ebenen der Wirtschaftsaufsicht vor, um die Ursachen für das offensichtliche Behördenversagen zu rekonstruieren. Zentrales Thema vergangene Woche war eine Maßnahme der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) vom Februar 2019. Die Bafin hatte damals Wetten auf einen fallenden Kurs der Wirecard-Aktie (Leerverkäufe) verboten und den Unternehmen so einen Vertrauensvorsprung gewährt. Zahlreiche Zeugen hatten ausgesagt, durch das Bafin-Verhalten in ihrer positiven Haltung gegenüber Wirecard bestärkt worden zu sein. Der Ausschuss befragte nun zwei Münchner Staatsanwälte zu einer Nachricht ihrer Behörde an die Bafin. Eine Quelle hatte behauptet, die britische Zeitung „Financial Times“ und die US-Nachrichtenagentur Bloomberg hätten sich gegen Wirecard ver-

schworen, um dessen Aktienkurs zu drücken. Genau genommen habe ein nicht genannter Bloomberg-Mitarbeiter von Wirecard Geld gefordert – sonst steige er in die laufende Verschönerung ein und werde ebenfalls Falschmeldungen veröffentlichen. Dieser ungeheuerliche Vorwurf löste bei den Staatsanwälten zwar keine tiefgreifenden Ermittlungen aus – wohl aber die Nachricht an die Bafin, die dort wohl den Eindruck bestärkte, dass Erpresser und Spekulanten gegen Wirecard am Werk seien. Jens Zimmermann (SPD) sieht hier einen Grund dafür, dass sich das Unternehmen lange als Opfer darstellen konnte. Die Staatsanwälte wurden auch dazu befragt, warum sie zwar gegen die Presse, aber nicht früher auch gegen Wirecard ermittelt. Auch sah die Staatsanwaltschaft in der plötzlichen Ausreise von Wirecard-Vorstand Jan Marsalek auf die Philippinen kein Alarmzeichen. Die Unterstellung der Abgeordneten: Bayern war so stolz auf seinen angeblich besonders modernen Dax-Konzern, dass er dessen kriminelle Energie lange nicht wahrhaben wollte.

Auch die Handelsüberwachungsstelle der Frankfurter Wertpapierbörse (HÜSt) hatte der Bafin Argumente für das Leerverkaufsverbot geliefert. Sie hatte einen Bericht angefertigt, der ebenfalls die Glaubwürdigkeit der Medienberichte über Wirecard in Frage stellte. „Wir waren hinterher schockiert, wie falsch wir hier gelegen haben“, sagt Andreas Mitschke, der heutige Leiter der HÜSt. Der Ausschussvorsitzende Kay Gottschalk (AfD) fragte ihn, ob seine Fachleute eine „ernstzunehmenden Bedrohung für das Marktvertrauen in Deutschland“ registriert haben – das war die Begründung der Bafin für den folgenschweren Schritt. „Nein, basierend auf unseren Daten nicht“, sagte Mitschke. Finn Mayer-Kuckuk



Ex-Wirecard-Vorstand Jan Marsalek wird mit internationalem Haftbefehl gesucht

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





# AFRICAN CONTINENTAL FREE TRADE AREA CREATING ONE AFRICAN MARKET

#AfCFTA2018 | 17-21 March 2018 | Kigali, Rwanda



Um den innerafrikanischen Handel voranzubringen, unterzeichneten am 21. März 2018 in Kigali (Ruanda) 44 der 55 Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union das Übereinkommen zur Panafrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA). Die EU unterstützt das Vorhaben mit Millioneninvestitionen – auch weil Sicherheit und Entwicklung in Europa eng mit den ökonomischen Perspektiven des Nachbarkontinents verknüpft sind.

© picture-alliance/Xinhua News Agency/Gabriel Dusabe

# Verwobene Schicksale

**EU-AFRIKA** Die Pandemie hat die gemeinsamen Ambitionen ausgebremst. Die Folgen wird auch Europa spüren

Als der Südafrikaner Moeletsi Mbeki vor einiger Zeit in Mali war, wurde ihm das große Dilemma Afrikas beim Kaffeetrinken bewusst. In der Nähe des Restaurants grasten wohlgenährte Ziegen. Als der angesehene Ökonom aber nach Ziegenmilch für seinen Kaffee fragte, wurde ihm stattdessen ein aus Europa importiertes Milchpulver serviert. Für Mbeki steht der Vorfall wie eine Metapher für die noch immer oft kurzen Wertschöpfungsketten des Kontinents. „Wir haben enormen Reichtum“, sagt der Vizechef einer Denkfabrik, „aber wir nutzen ihn nicht.“ Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Afrika und der Europäischen Union (EU) könnten dieses Dilemma ändern, glaubt der Ökonom – mit gegenseitigem Nutzen. Schließlich ist Europa nach wie vor der wichtigste Handelspartner Afrikas, was angesichts der Investitions-offensive Chinas während der vergangenen Jahrzehnte etwas untergeht. Sowohl bei Exporten (36 Prozent), als auch Importen (33 Prozent) steht die EU nach wie vor deutlich an der Spitze.

**Große Pläne** Eigentlich sollte 2020 das Jahr sein, in dem die Partnerschaft der beiden Kontinente intensiviert wird wie selten zuvor. Die EU hatte versprochen, die Zusammenarbeit mit Afrika zum Schwerpunkt zu machen. Ursula von der Leyens erste Reise außerhalb Europas als EU-Kommissionspräsidentin führte sie auch aus symbolischen Gründen im Dezember 2019 nach Äthiopien, was sie als „starke politische Botschaft“ an den Kontinent zu werfen bat: „Ihr seid mehr als ein Nachbar.“ Noch im Februar waren zahlreiche EU-Kommissare in die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba gereist. Gedacht war die Gruppenreise als Startschuss für monatelange Verhandlungen, um im Oktober beim 6. EU-Afrika-Gipfel eine gemeinsame Agenda präsentieren zu können. Der Fokus sollte endlich weg von Hilfsleistungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, hin zur Förderung von Arbeitsplätzen und Investitionen auf dem Kontinent. Es war Bewegung in den Austausch gekommen.

Doch mit der Corona-Pandemie erfolgte die Vollbremsung. Der Gipfel wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Und von den ohnehin schleppend angelaufenen Programmen zur Wirtschaftsförderung, wie die einst von Deutschland angeschobene G-20-Initiative „Compact with Africa“ (CwA), sprach kaum noch jemand.

**Sinkende Investitionsbereitschaft** Zwar hatten sich dafür zwölf afrikanische Partnerländer gefunden, die in der Hoffnung auf ausländische Direktinvestitionen Anti-Korruptionsmaßnahmen, mehr Demokratie und wirtschaftsfreundliche Reformen versprochen. Aber die Pandemie hat die Investitionsbereitschaft deutlich reduziert. So befragte die „Jacobs University Bremen“ hundert deutsche Unternehmen, die in Afrika tätig sind. Anfang des Jahres wollten

noch 75 Prozent ihre Geschäfte ausbauen. Ende des Jahres waren es nur noch ganze 13 Prozent. Analyst Mbeki hofft, dass sich das bald wieder ändert. Nach Asien würden fast ausschließlich Rohstoffe exportiert, die vergleichsweise wenige Arbeitsplätze schaffen, sagt er. Der Anteil verarbeiteter Produkte mit entsprechend längerer Wertschöpfungskette liege bei Exporten nach Europa deutlich höher. „Wir brauchen mehr davon, nur das bringt Afrika nach vorne“, sagt Mbeki. Die Expansion von Firmen wie Volkswagen von Südafrika in Länder wie Ruanda und Kenia fördere zudem den kontinentalen Binnenhandel. Wichtiges Element der Zusammenarbeit bleibt natürlich auch das Thema Migration und Flucht. Es taucht im gerade vereinbarten, aber noch nicht ratifizierten Cotonou-Folgeabkommen (siehe Stichwort) zur Partnerschaft der EU mit 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) fünf Mal auf, die AKP-Länder werden zur besseren Kooperation bei Abschiebungen und dem Aufbau von Infrastruktur für die Sicherung der Grenzen verpflichtet.

Mbeki findet das durchaus legitim. „Dieses Thema betrifft nicht nur Europa, sondern auch Südafrika, das als relativ reiches Land

viele Menschen aus der Region anzieht“, sagt er. „Dieses Thema muss adressiert werden.“ Es liege in erster Linie an den politischen Eliten in Afrika, die Existenzgrundlagen für junge Menschen zu garantieren. „Es gibt viele Möglichkeiten, aber oft versickern sie wegen schlechter Regierungsführung.“ Zuletzt wurden diese Möglichkeiten aber von der Pandemie erheblich eingeschränkt, viele Millionen Menschen rutschten zurück in die Armut. Die Folgen dieser weltweiten Krise werden auch die Gewichte in Afrika verschieben, meint Jakkie Cilliers, Forscher der renommierten südafrikanischen Denkfabrik „Institute for Security Studies“ (ISS) – und dies nicht zugunsten Europas: „Der Handel Afrikas mit China wird wegen der Erholung der dortigen Wirtschaft wachsen, der mit dem überwiegend nach

innen fokussierten Europa und den USA eher schrumpfen.“ Investitionsflüsse nach Afrika würden weiterhin überwiegend von der chinesischen Regierung gesteuert, während sie im Westen überwiegend von privaten Investoren abhängen. „Der Appetit für Risiko ist entsprechend verschieden, zumal China angesichts seiner aggressiven Außenpolitik Afrikas Unterstützung dringend benötigt und dafür wirtschaftliche Verluste in

Kauf nimmt“, meint Cilliers. Den EU-Kurs, verstärkt private Investitionen in Afrika abzusichern, hält er für richtig – aber keineswegs für ausreichend: „In diese Richtung sollte weit mehr passieren.“ Gleichzeitig bedeute dies aber nicht, dass man Entwicklungszusammenarbeit runterfahren könne. Zumindest, wenn man die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDG) erreichen wolle. „Die absoluten Armutszahlen in Afrika werden in den kommenden zehn Jahren wachsen.“ Er betont, dass Investitionen selten in die ärmsten Länder fließen, sondern fast ausschließlich in afrikanische Nationen mittleren Einkommens.

**»Der Handel Afrikas mit Europa wird schrumpfen, der mit China wachsen.«**

Jakkie Cilliers, Denkfabrik ISS

**Investitionen in Freihandel** Afrikas Zukunft wird derweil wohl auch vom Erfolg des gerade angelaufenen afrikanischen Freihandelsabkommens „African Continental Free Trade Area“ (AfCFTA) abhängen. Die EU hat das Projekt zur wirtschaftlichen Integration in den vergangenen sechs Jahren mit 72,5 Millionen Euro unterstützt, weitere Zahlungen sind geplant. Bis zum Jahr 2034 soll über die Abschaffung fast aller Zölle der Binnenhandel um 60 Prozent steigen. „Wenn eine effektive Implementierung gelingt, wird der Konsumentenkreis größer, zugänglicher und damit auch für europäische Investoren attraktiver“, sagt Cilliers. Gleichzeitig müsste in Freihandelsabkommen mit Industrienationen aber weit mehr als bislang die Verpflichtung zur Einbindung lokaler Firmen festgeschrieben werden.

Ähnlich argumentiert auch der „Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft“, in dem rund 550 Firmen organisiert sind. „Sicherheit und Entwicklung hängen unmittelbar mit den ökonomischen Perspektiven unseres Nachbarkontinents zusammen“, so die Organisation. „Wir setzen uns dafür ein, diese in engem Schulterschluss mit der Wirtschaft weiter zu verbessern.“ Das gelte gerade in der Pandemie, die Jahrzehnte positiver wirtschaftlicher Entwicklung vieler afrikanischer Staaten und auch die positiven Entwicklungen der deutsch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen gefährde. Einige Länder hat die Pandemie sogar an den Rand der Zahlungsunfähigkeit getrieben. So kann Sambia seit November seine enormen Schulden nicht mehr bedienen. „Viele Länder stehen vor einem Scherbenhaufen“, sagt Robert Kappel, der ehemalige Präsident des Hamburger Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (IGRS). „Es sollte ein Schuldenmoratorium für die am schwersten betroffenen Länder angestrebt werden.“ Private Gläubiger und auch China müssten mit ins Boot geholt werden.

**Modernere Landwirtschaft** Im Mittelpunkt europäisch-afrikanischer Beratungen gehört laut Kappel auch die Entwicklung einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik, darunter Maßnahmen zur Nahrungsmittelsicherung. Da es sehr unwahrscheinlich sei, dass die EU ihre Agrarsubventionspolitik grundlegend ändern, müs-

sen nach neuen Lösungen gesucht werden. Er hofft auf Unterstützung bei der Modernisierung der Landwirtschaft in Afrika und mehr Exportmöglichkeiten für afrikanische Produzenten.

**Impfstoffverteilung** Nicht erst in diesen Tagen, aber dafür deutlich wie selten, wird klar, wie eng die Schicksale Afrikas und Europas miteinander verbunden sind. Analyst Cilliers bringt es auf den Punkt: „Wir

können das Coronavirus nicht besiegen, wenn wir es nicht auf allen Kontinenten in den Griff bekommen“, sagt er mit Blick auf die ungerechte globale Impfstoffverteilung, bei der Afrika bislang nahezu leer ausgegangen ist. Ähnlich verhalte es sich mit den Bemühungen um Fortschritt und Entwicklung in Afrika: „Das müssen wir gemeinsam angehen.“

Christian Putsch

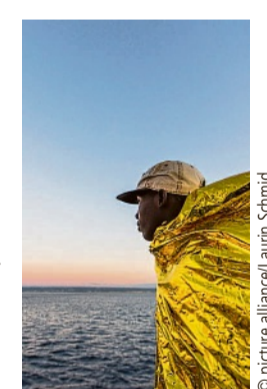
Der Autor ist freier Afrika-Korrespondent.

## STICHWORT

### EU-Afrika-Beziehungen

**> Gemeinsame Strategie 2007** als offizieller Kanal für die Beziehungen der EU zu den Ländern Afrikas ins Leben gerufen, wird sie durch befristete Aktionspläne umgesetzt. Schwerpunkte sind Klimawandel, nachhaltige Entwicklung, Digitalisierung, Frieden und Sicherheit sowie Migration (Foto).

**> Cotonou-Abkommen** Der Pakt regelt die Beziehungen der EU zu 79 Ländern, zu denen 48 subsaharische Länder Afrikas gehören. An seine Stelle soll ab Herbst ein neues Partnerschaftsabkommen treten, das vor allem auf Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung sowie eine engere Zusammenarbeit bei Migration, Klimaschutz und Bildung zielt.



© picture-alliance/Jaume Schmid

# Zarte Hoffnungen

**JEMEN** Unterstützung für neue Friedensbemühungen

Seit 2015 herrscht im völlig verarmten Jemen im Süden der Arabischen Halbinsel Bürgerkrieg. Ein von Saudi-Arabien angeführtes Militärbündnis kämpft an der Seite der Regierung gegen rund 200.000 schiitischen Huthi-Rebellen, ein militärischer Sieg scheint in weiter Ferne.

Nun hat der Iran einen neuen Vorstoß in Richtung Frieden gemacht. In einer Initiative, die der UN-Sonderbeauftragte Martin Griffiths vergangene Woche vorlegte, fordert er eine sofortige Waffenruhe, humanitäre Hilfe für die mehr als 20 Millionen Jemeniten, interne Verhandlungen zwischen den Streitparteien sowie demokratische Wahlen mit der Beteiligung aller politischen Gruppierungen. Die USA unter ihrem neuen US-Präsidenten Joe Biden kündigten ihrerseits eine neue Jemen-Politik an. Sie wollen ihre Unterstützung für Kampfhandlungen einstellen und diplomatischen Bemühungen verstärken.

**»Druck machen«** Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollte die Bundesregierung diese Friedensbemühungen nun intensiv unterstützen. Einen entsprechenden Antrag (19/26220) lehnte der Bundestag vergangenen Donnerstag jedoch mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der AfD, FDP und Die Linke ab. In der Debatte mahnte Omid Nouripour: „Bitte Druck machen auf den Iran, die Huthis nicht mehr zu unterstützen, Druck machen auf Saudi-Arabien, hu-

manitäre Hilfe ins Land zu lassen.“ Wie Frank Schwabe (SPD) sprach er sich für ein Ende der Waffenexporte an Staaten aus, die am Jemen-Krieg beteiligt sind.

Heike Hänsel (Die Linke) warf der Bundesregierung vor, seit Kriegsbeginn der saudisch geführten Koalition Waffenlieferungen im Wert von insgesamt über 5,5 Milliarden Euro genehmigt zu haben. „Es ist höchste Zeit für eine Wende Ihrer Jemen-Politik“, betonte sie.

**Rolle des Irans** Für die AfD nannte Anton Friesen den Vorschlag der Grünen, alle Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, „sinnvoll“. Es sei jedoch ein Widerspruch, zugleich zu fordern, die Konfliktparteien vor den Internationalen Strafgerichtshof zu ziehen. Bijan Djir-Sarai (FDP) verwies auf die Rolle Irans im Jemen-Konflikt. Dieser unterstütze die Huthi-Rebellen mit Waffen, Training und Milizen. Die Union unterstützte die Intention des Grünen-Antrags im Grundsatz. Jürgen Hardt (CDU) warf ihnen jedoch vor, die „Schuld“ gleichmäßig auf die Akteure zu verteilen. Dies werde der tatsächlichen Situation nicht gerecht.

Johanna Metz



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (links) im Dezember 2019 in Äthiopien mit dem AU-Vorsitzenden Moussa Faki Mahamat

© picture-alliance/AA/Minasse Wondimu Haile

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Polizisten drängen Protestierende in Moskau zurück (Bild links), die die Freilassung des Alexej Nawalny fordern. Wegen der Inhaftierung des Regimegegners sowie Tausender Demonstranten sprechen sich einige Fraktionen für Sanktionen gegen das Putin-Regime beziehungsweise einen Baustopp für die deutsch-russische Gas-Pipeline Nord Stream 2 (rechtes Bild) aus.



© picture-alliance/dpa/TASS/Sergei Savostyanov/ZB/Stefan Sauer

**KURZ NOTIERT**

**Bundeswehr soll weiter im Mittelmeer bleiben**

Die Bundeswehr soll sich ein weiteres Jahr an der Nato-Sicherheitsoperation „Sea Guardian“ im Mittelmeer beteiligen. Über einen entsprechenden Antrag (19/26558) der Bundesregierung debattierte der Bundestag erstmals vergangenen Donnerstag, bevor dieser zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Wie bisher sollen bis zu 650 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden können, um „auf und über See“ Lagebilder zu erstellen und den Seeraum zu überwachen. Der Einsatz soll einen Beitrag zum maritimen Kampf gegen Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels leisten.

**Bundeswehreininsatz bei UN-Mission im Südsudan**

Der Bundeswehreininsatz im Rahmen der UN-Friedensmission in der Republik Südsudan (UNMISS) soll nach dem Willen der Bundesregierung um ein Jahr verlängert werden. Über einen entsprechenden Antrag (19/26557), der weiterhin den Einsatz von bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten vorsieht, debattierte der Bundestag erstmals vergangenen Donnerstag. Die Bundeswehr soll Zivilpersonen schützen, förderliche Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe schaffen und die Umsetzung des Friedensabkommens unterstützen. Auch Untersuchung und Berichterstattung zu Menschenrechtsverletzungen und -verletzungen sowie Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht gehört zu ihren Aufgaben.

**Grüne und Linke fordern Stopp von Pestizidexporten**

Über einen gemeinsamen Antrag (19/23988) der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zum Stopp von „Pestizidexporten“ beriet der Bundestag am vergangenen Donnerstag, bevor die Vorlage an die Ausschüsse unter Federführung des Entwicklungsausschusses überwiesen wurde. Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung darin auf, internationale Abkommen zum Schutz vor Pestizidfolgen zu stärken und eine Verordnung auf Grundlage des Pflanzenschutzgesetzes zu erlassen, die den Export von Pestiziden untersagt, die in der EU oder in Deutschland aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht zugelassen sind. Für bereits produzierte Wirkstoffe soll eine Übergangsfrist von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung gelten.

**Nein zu Oppositionsanträgen zur atomaren Abrüstung**

Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sind vergangenen Freitag mit drei Anträgen (19/26172, 19/25811, 19/20065) gescheitert, in dem diese den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotvertrag sowie ein Ende der nuklearen Teilhabe durch den Abzug der US-Atomwaffen in Deutschland gefordert hatten. Erstmals beriet der Bundestag zudem über einen Antrag (19/26307) der Linksfraktion, in dem diese von der Bundesregierung verlangt, zum Gelingen der Überprüfungskonferenz zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (Atomwaffen-sperrevertrag) beizutragen, indem sie sich deutlich für das Ziel des Abkommens einsetzt. Über den Antrag wird der Auswärtige Ausschuss federführend weiterberaten.  *Johanna Metz*

# Ruf nach Konsequenzen

## RUSSLAND Abgeordnete fordern Schritte gegen immer autoritärer agierendes Putin-Regime

Nicht beachten, weiter arbeiten“. Derart unbeeindruckt kommentierte der in Litauen lebende leitende Mitarbeiter des Kremlin-Kritikers Alexej Nawalny, Josep Borrell nach Moskau vorvergangene Woche, mit der er die Freilassung Nawalny erwirken wollte. In einer auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anberaumten Aktuellen Stunde sprach sich vergangene Woche die Mehrheit des Bundestages für Konsequenzen gegen Russland aus. Abgeordnete von Union, Bündnis 90/Die Grünen und FDP plädierten für ein Moratorium gegen die umstrittene deutsch-russische Gas-Pipeline Nord Stream 2. Die SPD will hingegen die bereits bestehenden personenbezogenen Sanktionen ausweiten. Nach Ansicht von Manuel Sarrazin (Grüne) agiert das russische Regime „brutaler denn je“. Wer jetzt schweige, „wird sehr lange schweigen müssen.“

**»Wer jetzt schweigt, wird sehr lange schweigen müssen.«**

Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen)

Frage auf, wie der Westen auf das immer autoritärer agierende Putin-Regime reagieren soll. Die 27 EU-Mitgliedstaaten sind bislang uneins über neue Strafmaßnahmen (siehe Stichwort). Entsprechend erfolglos blieb die Reise des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell nach Moskau vorvergangene Woche, mit der er die Freilassung Nawalny erwirken wollte.

In einer auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anberaumten Aktuellen Stunde sprach sich vergangene Woche die Mehrheit des Bundestages für Konsequenzen gegen Russland aus. Abgeordnete von Union, Bündnis 90/Die Grünen und FDP plädierten für ein Moratorium gegen die umstrittene deutsch-russische Gas-Pipeline Nord Stream 2. Die SPD will hingegen die bereits bestehenden personenbezogenen Sanktionen ausweiten.

Nach Ansicht von Manuel Sarrazin (Grüne) agiert das russische Regime „brutaler denn je“. Wer jetzt schweige, „wird sehr lange schweigen müssen.“ Sein Fraktionskollege Oliver Krischer sagte, ein Baustopp für Nord Stream 2 ziele darauf, dem Putin-Regime den finanziellen Boden zu entziehen. Wütend hielt er einen vom „Spiegel“

veröffentlichten Brief hoch, in dem Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) den USA unter Ex-Präsident Donald Trump bis zu einer Milliarde Euro Importförderung für ihr Flüssiggas geboten haben soll, um US-Sanktionen gegen die Gas-Pipeline zu verhindern. Krischer sprach von einem „schmutzigen Deal“ zugunsten eines Projekts, welches das System Putin stärke. Auf Antrag der Grünen zitierten die Abgeordneten ins Plenum. Die Debatte wurde unterbrochen, bis der Minister – der im Bund-Länder-Gipfel zur weiteren Corona-Politik weilt – im Plenum eintraf.

»Kalter Krieg gegen Europa« Dort urteilte Alexander Graf Lambsdorff (FDP), ein Baustopp für Nord Stream 2 biete Moskau die Möglichkeit, seine Politik zu überdenken. „Russland bricht die eigene Verfassung und internationales Recht“ und führe einen „Kalten Krieg gegen Europa und unsere Werteordnung“. Sich dagegen zu positionieren, bedeute keine Einmischung in innere Angelegenheiten, wie es die AfD-Fraktion behaupte. Deutschland sei den mutigen Demonstranten in Russland ein Moratorium für Nord Stream 2 schuldig. Michael Brand (CDU) sprach sich ebenfalls für ein Moratorium aus, „bis geklärt ist, ob Russland uns als nützliche Idioten missbraucht“. Putin führe einen „unerklärten Krieg gegen die Demokratie und die Menschenrechte im eigenen Land“. Dem

müsse die Bundesregierung eine „unzweideutig klare Haltung“ entgegensetzen. Demgegenüber nannte der Co-Fraktionsvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, Sanktionen oder andere Strafen gegen Staaten, die westliche Werte nicht teilen, „kontraproduktiv“. So sei es auch falsch, auf eine „für uns und Russland nützliche Erdgasleitung zu verzichten, nur weil uns die Politik Russlands nicht passt“. Gregor Gysi (Die Linke) sagte, statt Sanktionen zu beschließen, sollte der Westen eine Politik des Wandels durch Annäherung anstreben. Andernfalls werde Russland sich immer

mehr gegenüber Europa abschnitten. „Manche reagieren auf Strafen bockig.“ Vor der Gefahr einer Isolation Russlands warnte auch Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD). Er forderte erneut die Freilassung Nawalny und kündigte für den 22. Februar Beratungen der EU-Außenminister über weitere Schritte an. Sanktionen, stellte er klar, müssten „an klare, umsetzbare Forderungen“ geknüpft werden und jene treffen, die das repressive Vorgehen der Staatsmacht verantworteten. Bestimmte Verhaltensmuster könne die EU nicht ohne Konsequenzen akzeptieren.  *Johanna Metz*

**> STICHWORT**

**Neue Sanktionen der EU?**

> **Verfahren** Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell will neue Sanktionen gegen Moskau vorschlagen. Diese müssten von den Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden. Auch muss die EU bei Sanktionen gegen Einzelpersonen immer Beweise in der Hinterhand haben. Sonst droht eine Anfechtung ihrer Beschlüsse vor Gericht.

> **Optionen** Kremlin-Kritiker Alexej Nawalny (Foto) fordert, die Vermögen russischer Oligarchen einzufrieren. Wegen seiner Vergiftung erteilte die EU Mitte Oktober sechs Russen Einreiseverbote und sperrte ihre Konten in der EU. Diese Maßnahmen könnten nun ausgeweitet werden. Polen fordert einen Baustopp für die deutsch-russische Gas-Pipeline Nord Stream 2.



© picture-alliance/AA/ Sefa Karacan

## Mehr Mittel für grüne Landwirtschaft

### ENTWICKLUNG Fraktionen sehen viel Luft nach oben bei Maßnahmen der Agrarökologie

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) will sich mehr im Bereich der Agrarökologie engagieren. Es habe zuletzt die Zahl seiner Vorhaben sowie die Mittel für diesen Bereich nahezu verdoppelt, um die „notwendige Transformation“ der globalen, nationalen und regionalen Landwirtschaft voranzutreiben, betonte die Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Maria Flachsbarth (CDU), vergangene Woche im Entwicklungsausschuss. Daraus hätten auch die Partnerländer zunehmend Interesse. „Wir wollen das politische Momentum nutzen“, erklärte sie und verwies auf einen Antrag (19/11022) der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der Agrarökologie, den der Bundestag im Sommer 2019 verabschiedet hatte. Flachsbarth räumte zugleich ein, dass es „noch Luft nach oben“ gebe. So hoffe sie, dass ihr Haus den angekündigten Aktionsplan Agrarökologie noch vor Ende der Legislaturperiode vorlegen werde.

Darauf pochte auch Stig Tanzmann von „Brot für die Welt“. Bei der Agrarökologie handle es sich um ein „wissenschaftlich fundiertes Konzept“, welches ökologische Prinzipien mit dem politischen Ansatz der Ernährungssouveränität und dem Recht auf Nahrung verbinde, betonte er. Ziel sei eine sozial gerechte und ökologische-nachhaltige Umgestaltung der Agrar- und Ernährungssysteme. Daher begrüße er die wachsende Bedeutung des Themas im BMZ. Doch seien mehr Mittel, eine bessere Planbarkeit und eine stärkere Koordination zwischen dem BMZ, dem Bundesumweltministerium und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft notwendig. „Agrarfragen sind nicht kurzfristig zu lösen“, mahnte Stigmann. Er appellierte an das BMZ, die seit einem Jahr ruhenden Gespräche mit der Zivilgesellschaft wieder aufzunehmen und ein eigenes Referat für das Thema zu schaffen.

»Mangelhafte Umsetzung« Union und SPD urteilten, der Antrag der Koalitionsfraktionen habe eine wichtige Dynamik ausgelöst. Doch sei die Umsetzung bislang mangelhaft. Die Bundesregierung müsse dem Bundestag den angekündigten Aktionsplan noch rechtzeitig vor der Wahl vorlegen, außerdem brauche das Thema eine

institutionelle Schärfung, etwa in Form eines eigenen Referats, forderten auch sie. Die AfD bezeichnete die Umstellung auf Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft als längst überfällig. Gerade in Afrika stehe die Agrarökologie jedoch in einem Spannungsfeld mit dem Bevölkerungswachstum, zudem verzerrten europäische Agrarsubventionen den afrikanischen Markt. Die Frage sei, wie die Agrarökologie vor diesem Hintergrund die zunehmenden Ernährungsprobleme lösen wolle. Ein Vertreter der FDP betonte, die Nahrungsmittelproduktion könne in Zukunft ohne industrielle Erzeugung nicht gesichert werden. Da Entwicklungsländer wie Mali oder Simbabwe trotz bester Voraussetzungen nicht in der Lage seien, sich selbst zu versorgen, sei die Agrarökologie außerdem keine Wunderwaffe im Kampf gegen den Hunger. Linksfraktion und Grüne sahen vor allem auch Landwirtschafts- und Umweltministerium in der Pflicht, sich mehr einzubringen. Die industrielle Landwirtschaft wirke sich nachweislich negativ auf die Klima- und Weltenergiebilanz aus, sagte ein Grünen-Vertreter. Eine Linken-Abgeordnete forderte zudem eine Handelspolitik, die unter anderem das Menschenrecht auf Nahrung berücksichtige.  *Johanna Metz*

## Drohende Eskalation

### MENSCHENRECHTE Bundesregierung fürchtet Verschärfung der Lage in Myanmar

Nach dem Militärputsch in Myanmar wächst auch in der Bundesregierung die Sorge vor einer weiteren Eskalation der Lage. Die Proteste der Bevölkerung gegen die Festnahme der De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi und anderer führender Politiker dauerten an, sagte ein Vertreter der Bundesregierung vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Angesichts eines zuletzt immer brutaleren Vorgehens gegen Demonstranten und der Verwüstung der Zentrale von Aung San Suu Kyis Partei rechne man mit einer Verschärfung des Konflikts. Mehr als 200 Menschen seien inzwischen in Myanmar unter „sehr fragwürdigen Anschuldigungen“ verhaftet worden. Neben hochrangigen Regierungsangehörigen und Mitgliedern von Aung San Suu Kyis Partei „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) befänden sich auch Aktivisten und Studentenführer unter den Inhaftierten. Den Vorwurf der Wahlfälschung wertete der Vertreter des Auswärtigen Amtes als vorgezogen, das tieferliegende Motiv sei wohl eher „Machtverlustängste“ nach dem klaren Wahlsieg der NLD bei den Parlamentswahlen im November. Die Ankündigung von Neuwahlen im kommenden Jahr wirke wenig glaubhaft, sagte er mit

Blick auf die Festnahmen und die zeitweise Sperrung von Internet und sozialen Medien. Offenbar habe die Armee den Widerstand der Bevölkerung unterschätzt. Bemerkenswert sei, dass die Ablehnung des Putschs sonst rivalisierende Gruppen in dem Vielvölkerstaat eine. Seit Tagen gehen Zehntausende in den Großstädten Rangun und Mandalay sowie am Sitz der Regierung in Naypyidaw für die Freilassung Aung San Suu Kyis und Präsident Win Myints auf die Straße. Dem von Aktivisten ausgerufenen Generalstreik



Die landesweiten Proteste gegen den Militärputsch dauern an.

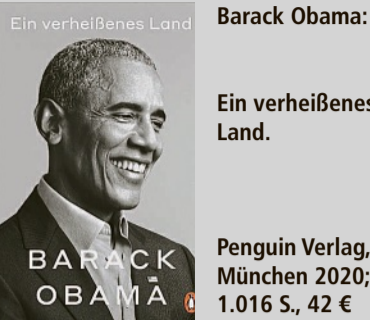
folgt Menschen im ganzen Land. Die Reaktion des Militärs fiele immer gereizter aus, so der Regierungvertreter. Es habe in mehreren Landesteilen das Kriegsrecht verhängt und setze neben Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen auch schärfere Munition gegen Demonstranten ein.

Neue Sanktionen? Deutschland, die EU und die Länder der G7 hätten den Militärputsch verurteilt. Auf Initiative der EU soll zudem der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen über die Ereignisse beraten. In der Frage weiterer Sanktionen zeigte sich der Außenamts-Vertreter jedoch zurückhaltend. Innerhalb der EU werde zwar diskutiert, die seit 2018 wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die muslimischen Rohingya verhängten Sanktionen – darunter Einreiseverbote und Vermögenssperren für 14 Armee-Angehörige sowie ein Waffenembargo – auszuweiten. Unter einem Entzug von Handelspräferenzen, die Unternehmen aus Myanmar die zollfreie Einfuhr von Waren in die EU ermöglichen, würde jedoch vor allem die Bevölkerung leiden. Sanktionen gegen die Führungsriege des Militärs würden zudem die Gefahr bergen, China in die Hände zu spielen.  *Sandra Schmid*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**KURZ REZENSiert**



**Barack Obama:**  
Ein verheißenes Land.  
Penguin Verlag, München 2020; 1.016 S., 42 €

Lange vor Donald Trump begann die Republikanische Partei, Fremdeindringlichkeit und paranoide Verschwörungstheorien zu verbreiten. Im Abgeordnetenhaus habe die Grand Old Party oft gegen alle parlamentarischen Traditionen gehandelt, bemerkt der 44. US-Präsident Barack Obama in seinen Erinnerungen. Der erste Teil seiner Autobiografie hält den Vergleich mit den großen historischen Werken Winston Churchills oder Konrad Adenauers stand. In einem gut lesbaren Stil schildert er die Zeitspanne von seiner Kindheit bis zum Ende seiner ersten Amtsperiode. Der Demokrat analysiert die amerikanische Wirtschaftspolitik während der Finanzkrise und berichtet über seinen Kampf für eine Gesundheitsreform. Ohne diplomatische Rücksicht beschreibt er seine internationalen Kollegen: Putin sieht er als Chef „von etwas, das ebenso sehr einem kriminellen Syndikat ähnelte“. Bei Merkel diagnostiziert er deren Abneigung gegen Demagogie als „gesunde Einstellung“. Großen Wert legt Obama darauf, seine Entscheidung für den Libyen-Krieg zu begründen. „Ich war verärgert darüber, dass Sarkozy und Cameron mir dieses Problem aufgehalst hatten, zum Teil deshalb, weil sie ihre innenpolitischen Schwierigkeiten lösen wollten, und ich verachtete die Heuchelei der Arabischen Liga“. Der US-Präsident musste entscheiden, sich aus den Unruhen in Libyen herauszuhalten oder dem Gemetzel an libyschen Zivilisten Einhalt zu gebieten. In diesem Moment sei er „vielleicht der einzige Mensch auf der Welt gewesen“, dies zu tun. Umgekehrt sah Obama im Fall des US-Verbündeten Bahrain den Massakern an Demonstranten tatenlos zu. Er habe „keine elegante Erklärung für diesen offenkundigen Widerspruch“, räumt er ein. Und nennt dann doch eine: Die Verteidigung der Menschenrechte gehöre zwar zu den höchsten Werten Amerikas. Dennoch stellte auch er sie nicht „in jedem Fall über andere Erwägungen“.

manu ||



**Joe Biden:**  
Versprechen am Rande des Abgrunds.  
C.H. Beck Verlag, München 2020; 250 S., 22 €

Im Mittelpunkt der Autobiografie von US-Präsident Joe Biden steht seine Amtszeit als Vizepräsident unter Barack Obama (2009-2017). Dabei vergisst er nicht, sich als Familienvater zu präsentieren, der mehrere Schicksalsschläge überstehen musste: Seine erste Frau und seine kleine Tochter starben nach einem Autounfall; und sein Sohn Beau, der als Soldat den Irak-Krieg überlebt hatte, starb mit 46 Jahren an einem Hirntumor. Anrührend beschreibt Biden den langen Abschied von Beau. Seit seinem 27. Lebensjahr steht Biden erfolgreich als Berufspolitiker im Dienst seines Landes. Anschaulich beschreibt er seine Reisen in den Irak und in die Ukraine, wo er sich für die Demokratisierung einsetzte. Scharf kritisiert Biden Putins „zynisches Vorgehen“. Der russische Präsident habe die politische Instabilität benutzt und mit Waffengewalt die Krim erobert. Biden habe in Kiew „zwei volle Tage“ investiert, um die Maidan-Revolution zu stützen. Aufhorchen lässt, was Biden über die Weigerung der EU-Staaten schreibt, Sanktionen gegen Russland zu verhängen: Keiner der Großen Vier – Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien – „war scharf darauf, sein politisches Kapital zur Rettung einer aufblühenden Demokratie zu verschwenden, deren Führungskräfte sich bislang eher durch Korruption, Vetternwirtschaft und selbsterstörerisches Verhalten hervorgetan hatten“. Dies führte dazu, dass Biden bei den Minsker Verhandlungen im Februar 2015 dem ukrainischen Präsidenten den Rücken stärkte, „damit Merkel klar war, dass die Vereinigten Staaten hinter ihm standen und die Grenzen seines Landes garantieren“. Die von Trump angestiftete Erstürmung des Kapitols am 6. Januar unterstreicht den Kontrast zwischen dem erfahrenen und verantwortungsbewussten Biden und dem 45. Präsidenten, der als politischer Scharlatan und gefährlicher Populist in Erinnerung bleiben wird.

manu ||



Dem Virus auf der Spur: Blick in ein Forschungslabor für einen Corona-Impfstoff. © picture-alliance/Zoonar/Robert Kneschke

# »Panikmache«

**FORSCHUNG** Die AfD bezichtigt das Innenministerium eine Corona-Studie politischen manipuliert zu haben

**W**ie wir Covid-19 unter Kontrolle bringen“, lautet der eher unverdächtige Titel eines 17-seitigen Papiers des Bundesinnenministeriums vom März 2020, das in der vergangenen Woche zumindest kurzfristig für einigen Wirbel sorgte. Für die AfD-Fraktion ist es nämlich der Beweis dafür, dass die Corona-Pandemie wohl doch nicht so gefährlich ist beziehungsweise ihre Gefährlichkeit mit Hilfe willfähriger Wissenschaftler vorsätzlich suggeriert wurde, um all die Corona-Maßnahmen zu ergreifen, die die AfD als unstatthafte Eingriffe in die Grundrechte ansieht. Anlass genug für die Fraktion, um im Bundestag am vergangenen Donnerstag eine Aktuelle Stunde zum Thema „Neutralität der Wissenschaft“ zu beantragen. Einen

Tag zuvor hatte sich bereits der Innenausschuss mit der Sache befasst. Im besagten Papier entwarfen Wissenschaftler im Auftrag des Ministeriums verschiedene Szenarien zum Verlauf der Corona-Pandemie. Dazu gehört auch das „Worst Case“-Szenario einer ungehemmten Durchsuchung der Bevölkerung mit bis zu einer Million Toten. Um dies zu verhindern, müssten der Bevölkerung die Konsequenzen dieses schlimmsten Falles deutlich vor Augen geführt werden. Auch, um die „die Akzeptanz und Sinnhaftigkeit von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen“ zu erhöhen, heißt es ganz offen. Ausgelöst hatte die Debatte um das Papier ein Artikel in der „Welt am Sonntag“. Diese berichtete unter Berufung auf den E-Mail-Verkehr zwischen dem Innenministerium und den Autoren des Papiers, dass das Ministerium ein Szenario bestellt habe, um

„Maßnahmen präventiver und repressiver Natur“ planen zu können. Erhellende Informationen für den Zuhörer beförderte die hitzige Debatte allerdings nur wenige. Aber sie gab erneut einen tiefen Einblick in die grundlegend vergiftete Atmosphäre zwischen der AfD und allen anderen Fraktionen im Bundestag. Den Auftakt im verbalen Schlagabtausch machte für die AfD machte deren Innenpolitiker Gottfried Curio. Ziel der Studie sei „eine Schockwirkung mit einem Horrorszenario“, um die Menschen in Panik zu versetzen. Die Regierung habe nicht nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gefragt, sondern eine Legitimierung für repressive Maßnahmen regelrecht bestellt. Ungeachtet des Umstandes, dass die AfD in den östlichen Bundesländern die größte Unterstützung von Seiten der Wähler erfährt, mochte Curio nicht auf den Hinweis verzichten,

dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die in der Corona-Pandemie die Grundrechte „mithilfe eines nicht verfassungsgemäßen Nebenparlaments“ – gemeint ist offenbar die Ministerpräsidentenkonferenz – abgeschafft hat, „bekanntlich in einer Diktatur politisch sozialisiert“ worden sei.

**Vorwurf der Heuchelei** Das Echo aus den Reihen der übrigen Fraktionen war einhellig: Die AfD sei die eigentlich „wissenschaftsfeindliche Partei“, die Befunde der Wissenschaft stets ignoriere, wenn sie ihr politisch nicht zusagten. Insofern sei ihre Sorge um die Neutralität der Wissenschaft „Heuchelei“, attestierte der Grünen-Bildungspolitiker Kai Gehring. Die AfD fordere die Abschaffung ganzer Disziplinen, Fakultäten und Institute, weil ihr Klimaforschung, Rassismuskritik, Geschichts- und Genderforschung „unbequem“ seien. In diesem Sinne argumentierte auch der sozialdemokratische Bildungspolitiker Karamba Diaby: Ausgerechnet eine Partei, die „engen Kontakt zu Verschwörungstheoretikern pflegt und ihnen sogar Zugang zu diesem Haus verschafft hat“, wolle den Eindruck erwecken, die Wissenschaftsfreiheit zu schützen. Die AfD betreibe einen „intellektuellen Lockdown“.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion, Petra Sitte, legte verbal nach: Die AfD, „dieses verbotene Kompetenzverbot“, verfare stets nach dem gleichen Schema: „Wenn die Wissenschaft unsere Sicht der Dinge nicht teilt, dann kann das nur daran liegen, dass sie korrupt ist oder von bösen Mächten finanziert wird.“ Nicht Virologen setzen die Welt in Angst und Schrecken, sondern die AfD „und der Rest der Verschwörungstheoretiker“, ängstige „das mulmige Gefühl, dass Bill Gates, Professor Drostens und dunkle Mächte das Ende der Welt herbeiführen wollen“. Wenn es nicht so „verdammend ernst“ wäre, käme „man aus dem Lachen nicht mehr raus“, befand Sitte. Die CDU-Bildungspolitikerin Astrid Mannes nannte weitere Beispiele: „Wir kennen das von der AfD: Vorwürfe gegen Lehrer, sie würden politisch einseitig die Schüler indoktrinieren, und als Reaktion darauf das Einrichten von Lehrermeldeportalen.“ Und weiter: „Der AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Rapp hat eine Meldeplattform eingerichtet und Studierende dazu aufgefordert, AfD-kritische Professoren zu melden.“ Ausgerechnet von der AfD werde jetzt suggeriert, die Wissenschaft werde durch die Politik der Bundesregierung beeinflusst und unter Druck gesetzt, stellte Mannes fest. In der Sitzung des Bildungs- und Forschungsausschusses habe der Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Gerald Gaug, bestätigt, „dass die Wissenschaft unabhängig und von der Politik beziehungsweise der Regierung unbeeinflusst arbeitet“, führte die Christdemokratin aus.

**Forderung nach Transparenz** Auch der FDP-Bildungspolitiker Thomas Sattelberger ging hart ins Gericht mit der AfD. Deren „demagogischen Versuche“ seien so „niederrichtig wie durchsichtig“. So ganz wohl dem Liberalen nach der Lektüre des „Welt am Sonntag“-Artikels aber auch nicht: Es gebe „Anlass zur Sorge“, was über das Gebahren von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und seines Staatssekretärs Markus Kerber zu lesen sei. Deshalb solle das Ministerium den kompletten E-Mail-Verkehr „ungeschwärzt“ offenlegen. Nur so ließen sich die Vorwürfe entkräften. Ob das Bundesinnenministerium der Aufforderung Sattelbergers nachkommen wird, bleibt abzuwarten. Die besagte Studie des Ministeriums ist allerdings für jedermann auf deren Homepage nachzulesen.

Alexander Weinlein ||

## Deutsche Welle sehr gefragt

**MEDIEN** Weltweit haben 2020 wöchentlich rund 249 Millionen Menschen die Informationsangebote der Deutschen Welle (DW) im Fernsehen, Radio und Internet genutzt. Dies teilt der Auslandssender in seinem „Entwurf der Fortschreibung der Aufgabenplanung 2018 bis 2021“ (19/26138) mit. Damit habe die DW das für 2021 angestrebte Ziel von 210 Millionen wöchentlichen Nutzerkontakten deutlich übertroffen. Der Sender habe die Zahl seiner wöchentlichen Nutzerkontakte gegenüber dem Vorjahr um 52 Millionen steigern können, dies sei eine Steigerung um 26 Prozent, heißt es in der Unterrichtung. Die DW führt den starken Anstieg vor allem auf die erhöhte Nutzung ihrer Online-Angebote zurück. Diese würden inzwischen von 89 Millionen Menschen wöchentlich genutzt und damit von 28 Millionen mehr als im Vorjahr. Um seinen Erfolg langfristig zu sichern, will der Auslandssender seine On-Demand-Strategie umsetzen und seine Präsenz in den Zielregionen ausbauen. In einem ersten Schritt seien dies asiatische Länder wie Indien und Indonesien, in einem zweiten Schritt kämen Länder in Subsahara-Afrika wie beispielsweise Nigeria hinzu. Dafür werde eine strukturelle Stärkung der betroffenen Sprachredaktionen angestrebt. So soll die Sprache Tamil aufgenommen werden, die von etwa 75 Millionen Menschen in Indien und Sri Lanka als Muttersprache gesprochen wird.

aw ||

**KURZ NOTIERT**

**Linke fordert 8. Mai als bundesweiten Gedenktag**

Der 8. Mai soll nach dem Willen der Fraktion Die Linke „als Tag der Befreiung“ gesetzlicher Gedenktag werden. In einem Antrag (19/26565) fordert sie die Bundesregierung auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Der Tag des Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 sei für Millionen Menschen ein Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur, der Hoffnung und Zuversicht gewesen. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen hätten den 8. Mai bereits als Gedenktag eingeführt.

**Linksfraktion will Ende des Kooperationsverbotes**

Nach dem Willen der Linksfraktion soll das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung vollständig aufgehoben werden. In einem Antrag (19/26564) fordert sie die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, um Bildung als umfassende Gemeinschaftsaufgabe in Artikel 91b des Grundgesetzes zu verankern. Damit soll der „chronischen Unterfinanzierung des Schul- und Hochschulwesens“ entgegengegewirkt werden. Gemeinsam mit dem Ländern soll der Bund gemeinsam mit den Ländern ein auf zehn Jahre angelegtes Förderprogramm starten, in dessen Rahmen der Bund jährlich 1,5 Milliarden Euro zweckgebunden für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen von Schulen und Hochschulen bereitstellt. Für Schulen und Hochschulen seien zudem einheitliche Standards für Hygiene, Digitalisierung und Inklusion zu definieren.

aw ||

## »Reichsminister« ade

**NAMENSRECHT** FDP-Vorstoß zu Doppelnamen abgelehnt

Einstimmig hat der Bundestag vergangene Woche einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Namensrechts (19/26177) verabschiedet. Damit wird das Namensänderungsgesetz von 1938 von „überholten sprachlichen Bezügen zum ursprünglichen Reichsrecht“ bereinigt, ohne das geltende Recht inhaltlich zu ändern. Thorsten Frei (CDU) verwies in der Debatte auf den antisemitischen Hintergrund des Gesetzes, das 1938 den Reichsinnenminister ermächtigt habe, per Verordnung dafür zu sorgen, dass Juden ihrem Vornamen den Namen Sara oder Israel beifügen mussten und so „gekennzeichnet, ausgegrenzt und entrechtet wurden“. Zwar sei der Inhalt des Gesetzes heute ein anderer als damals, doch fänden sich darin noch immer Begriffe wie „Reichsminister des Innern“. Dies sei nicht akzeptabel. Helge Lindh (SPD) äußerte „laute Scham“, weil man konzederen müsse, „dass dieses Gesetz jahrzehntelang, zumindest in der Form dieser Begriffe, Fortbestand hatte“. Mit der Verabschiedung des Gesetzes 1938 seien Juden „nicht mehr offiziell Individuen“ gewesen, sondern „hatten nur noch Kollektivnamen“. Keine Mehrheit fand dagegen ein FDP-Gesetzentwurf, der „echte Doppelnamen für

Ehepaare und Kinder“ ermöglichen sollte (19/18314). Katrin Helling-Plahr (FDP) sagte, viele Paare wünschten „einen gemeinsamen Namen, ohne dass ein Partner seinen Namen aufgeben muss“. Niemand verstehe, warum ihnen diese Option nicht eröffnet und auch für die Namen der Kinder erlaubt werde, damit zu deren Nachnamen beide Elternteile beitragen könnten. Die Bundesregierung wolle aber erst in der nächsten Wahlperiode über eine Reform des Namensrechts entscheiden. Gökyak Akbulut (Linke) begrüßte die FDP-Initiative, die aber nur ein Teilproblem des zivilrechtlichen Namensrechts löse. Katja Keul (Grüne) sagte, eine Reform könne „dazu beitragen, die immer noch überwiegende Dominanz des Mannes abzuschwächen“, doch für die vorgelegte „Insellösung“ gebe es von ihrer Fraktion nur eine Enthaltung. Beatrix von Storch (AfD) lehnte den FDP-Entwurf dagegen ab. Es gebe „gute Gründe“, warum ein Doppelname nicht als echter Geburtsname bestimmt werden sollte. Marc Henrichmann (CDU) fand es „einer intensiven Diskussion wert“, den Wunsch vieler Familien nach echten Doppelnamen zu berücksichtigen. Man wolle aber hier und heute „ein Zeichen gegen Antisemitismus setzen“, ohne gleichzeitig das Namensrecht zu reformieren.

sto ||

## Gewinner des Medienpreises

**BUNDESTAG** Die Journalisten Nico Fried und Boris Herrmann erhalten den diesjährigen Medienpreis Parlament des Bundestages für ihre in der „Süddeutschen Zeitung“ erschienene Reportage „Die da“. In der Reportage mit dem Untertitel „Wer den Bundestag und seine Abgeordneten kennen lernen will, sollte sich die Haushaltswoche ansehen“ thematisieren die Autoren die abschließenden Haushaltsberatungen für den Bundeshaushalt 2020. Die Jury wählte den Siegerbeitrag aus 51 eingereichten Bewerbungen aus. Das ausgezeichnete Stück sei eine außergewöhnliche und brillant verdichtete Darstellung der Haushaltswoche des Bundestages, lautet das Urteil der Jury. Damit erfülle die sowohl inhaltlich als auch sprachlich überzeugende Reportage von Fried und Herrmann die Kriterien des Preises in geradezu idealtypischer Weise. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble wird den mit 5.000 Euro dotierten Preis voraussichtlich am 24. März überreichen.

aw ||



**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**  
Jetzt auch als E-Paper.  
Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
fazit-com@intime-media-services.de  
Telefon 089-8585 3832



**AUFGEKEHRT**

**»Zu dumm sie sind!«**

In den vergangenen Wochen gab es mal wieder reichlich Futter für alle Verschwörungstheoretiker. Diesmal durften sich jedoch nicht die Apologeten der Corona-Diktatur, Widerstandskämpfer gegen das dunkle Bill-Gates-Impfimperium, trumpläufige QAnon-Jünger oder andere Aluhut-Träger aus den diversen Paralleluniversen freuen, sondern die guten alten Ufo- und Alien-Gläubigen. Gleich zwei ausgewiesene Experten erklärten uns Terranern, dass der kleine E.T. nämlich schon längst unter uns weilt. Okay, für Erich von Däniken und andere Area-52-Reiseführer war das nun keine ganz neue Erkenntnis, aber die Namen besagter Experten ließen dann doch aufhorchen. Es sind nämlich wirklich welche.

Da wäre zum einen Professor Haim Eshed, der verkündete, es existiere eine „Galaktische Föderation“, die in einem geheimen Pakt mit Washington eine unterirdische Marsbasis betreibt. Die Aliens wollten das geheim halten, weil die Menschheit noch nicht bereit sei, verkündete er. Nun ist der Mann nicht irgendwer, sondern war 30 Jahre lang Chef des israelischen Satellitenprogramms. Und da ist der renommierte Harvard-Wissenschaftler Avi Loeb, der den 2017 entdeckten Kometen 'Oumuamua in unserem Sonnensystem für Alientechnologie erklärte.

Jetzt gebe es zwei Erklärungen: Beide Männer haben unlängst ihre neuen Bücher publiziert. Also alles nur ein PR-Gag? Die andere Erklärung: Eshed und Loeb sind Israelis. Und jeder gute Verschwörungstheoretiker weiß, dass die Juden ja eh hinter allem stecken. Terranern, die dieser These anhängen, sei die galaktische Weisheit des kleinen grünen Jedi-Meisters Yoda attestiert: „Zu dumm sie sind!“

Alexander Weinlein

**VOR 60 JAHREN...**

**Aus für Adenauer-Projekt**

**28.2.1961: Verfassungsrichter sprechen Fernseh-Urteil.** Dass ihm die Berichterstattung der ARD zu regierungskritisch ist, daraus hat Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) nie einen Hehl gemacht. Den Rundfunk verstand er als „politisches Führungsmittel“. Als kurz nach dem Start der ARD 1954 der Wunsch nach einem zweiten Fernsehkanal aufkam, sah Adenauer seine Chance: Quasi als Gegengewicht wollte er mit



Konrad Adenauer (l.) und Justizminister Fritz Schäfer (r.) nach der Gründung der neuen Deutschland-Fernseh GmbH.

dem Deutschland-Fernsehen, einen Sender schaffen, der dem Bund unterstellt sein und keine eigenen Inhalte produzieren sollte. Ende 1958 wurde die Freies Fernsehen GmbH gegründet. Halterin der Sendelizenz sollte die 1960 gegründete Deutschland-Fernsehen GmbH sein, an der die Bundesländer mit 49, der Bund mit 51 Prozent beteiligt werden sollten. Von der Länderbeteiligung erhoffte man sich, die Länder von einer Klage vor dem Verfassungsgericht abzuhalten. Doch vier SPD-geführte Länder sahen ihre Kulturhoheit verletzt und zogen gegen das „Adenauer-Fernsehen“, wie es der Volksmund nannte, nach Karlsruhe. Am 28. Februar 1961 fiel das sogenannte Fernseh-Urteil: Die Bundesregierung habe kein Recht zur Gründung der GmbH gehabt, da die Organisation des Rundfunks Ländersache sei. Die Richter sahen einen Verstoß gegen das Grundgesetz, das vorschreibe, „dass der Rundfunk weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert wird“. Während Adenauer meinte, dass das Urteil „falsch ist“, betonte SPD-Fraktionschef Fritz Erler: „Der Bundesregierung wurde bescheinigt, dass sie versucht hat, einen Staatsrundfunk einzurichten und damit die Meinungsfreiheit zu verletzen.“

Benjamin Stahl



**ORTSTERMIN: 1.000 SITZUNG DES BUNDESRATS**



Zum zweiten Mal in der Geschichte sprach vergangene Freitag aus Anlass der 1000. Plenarsitzung mit Frank-Walter Steinmeier ein Bundespräsident im Bundesrat.

**»Oft abseits der großen Bühne«**

Er ist das zentrale Organ des Föderalismus. Und ein Unikat noch dazu: der Bundesrat. Über ihn vertreten die Länder ihre Interessen im Bund. Am vergangenen Freitag feierte er ein besonderes Ereignis, seine 1.000. Plenarsitzung. Einen „verfassungspraktischen Alleskönner“, nannte ihn Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der zur Jubiläumssitzung eine Rede hielt. Seit sieben Jahrzehnten stabilisiere der Bundesrat das Land. „Oft abseits der großen Bühne.“ Gerade in der Corona-Krise zeige sich, wie elementar Bund und Länder aufeinander angewiesen seien. „Und mittendrin“, sagte Steinmeier, „steht der Bundesrat, ein Bollwerk unserer arbeitenden Demokratie.“

Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit, so steht es im Grundgesetz. Im weltweiten Vergleich ist er eine starke Zweite Kammer, und sogar einzigartig: Als Gesetzgebungsorgan gehört er zur Legislative, besteht aber aus den Länderregierungen,

die wiederum Teil der ausführenden Gewalt sind. Das gibt es nirgendwo sonst. Zuständig sind die Länder etwa für Bildung, Kultur und Polizei. Dort können ihre Parlamente eigene Gesetze erlassen. Die überwiegende Zahl der Gesetze macht zwar der Bundestag, aber auch dabei gestaltet die Länderkammer mit. Bei manchen muss sie sogar ausdrücklich zustimmen, nämlich dann, wenn sie die Interessen der Länder berühren. Bei allen übrigen kann sie zwar Einspruch erheben, den kann der Bundestag aber überstimmen. Die meisten Gesetze gehen auf Initiativen der Regierung zurück, aber auch der Bundesrat kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Sacharbeit findet ebenfalls in Ausschüssen statt, wo alle Vorlagen diskutiert und die Entscheidungen vorbereitet werden. Cht es nicht gerade um strittige Themen, wird in den öffentlichen Plenarsitzungen dann meist nur noch förmlich beschlossen. Dazu trifft sich der Bundesrat in der Regel jeden dritten Freitag im

Plenarsaal des mehr als 100 Jahre alten Gebäudes in Berlin. Im Unterschied zum Bundestag nummeriert die Zweite Kammer ihre Versammlungen seit der ersten Sitzung am 7. September 1949 fortlaufend. Für sie gibt es keine Wahlperioden, schließlich wird sie nicht gewählt. Geleitet werden die Sitzungen vom Bundesratspräsidenten. Das Amt rotiert jedes Jahr am 1. November, angefangen mit dem bevölkerungsstärksten Land. Aktuell ist Reiner Haseloff (CDU) Bundesratspräsident. Er kam im Anschluss an die 1.000. Sitzung zum traditionellen Antrittsbesuch in den Bundestag zu Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble (CDU). Denn die beiden Legislativ-Organe verbindet viel: Beide zogen vom Geburtsort Bonn um die Jahrtausendwende nach Berlin. Keine zwanzig Minuten Fußmarsch trennen sie seitdem. Man tauscht sich aus, fragt den anderen nach seiner Meinung. Trifft man sich, wird schon mal gezankt. Aber ohne einander können die zwei auch nicht.

Irina Steinhauer

**LESERPOST**

**Zur Zeitung allgemein:** Mit Freude lesen wir immer wieder Ihre Ausgaben und möchten ein großes Lob und Anerkennung aussprechen. Nicht nur für uns Verwaltungsmitarbeiter, sondern insbesondere gerade auch für unsere jungen Lesern im Jugendkulturzentrum ist „Das Parlament“ mit seinen interessanten Inhalten, insbesondere auch in der Art der Aufmachung und Darstellung, eine begehrte und sehr gern gelesene Zeitung. Wir freuen uns daher auf die weiteren Ausgaben!

Uwe Zürker, Limburgerhof

sind. Allerdings sollten die Details stimmen. So schreibt der Autor: „39 souveräne Einzelstaaten, darunter mit Preußen, Österreich, Hannover, Württemberg und Bayern fünf Königreiche, existierten danach auf dem Gebiet des ‚Deutschen Bundes‘, einem lockeren Staatenbund ohne Zentralgewalt.“ Jedoch war Österreich ein Kaisertum und das Königreich Sachsen war ebenfalls Mitglied, während die Könige der Niederlande und Dänemarks in Personalunion das Großherzogtum Luxemburg und das Herzogtum Limburg bzw. die Herzogtümer Holstein und Lauenburg vertraten.

Hubert Thielicke, Ahrensfelde

**Zur Ausgabe 1-2 vom 04. Januar 2021, „Zweimal Einheit, aber anders“ auf Seite 3:** Es ist zu begrüßen, wenn detailliert auf historische Fragen eingegangen wird, die heute mitunter kaum noch im öffentlichen Bewusstsein

**Zur Ausgabe 3-4 vom 18. Januar 2021, Die Seuche wütet weiter“ auf Seite 1:** Selbst wenn die Corona-Pandemie vergleichbar lebensgefährlich wie das Ebolafieber oder

ehemals die Spanische Grippe, Cholera oder Pest wäre, einer seriösen Zeitung sollte m.E. eine derartig reißerische Schlagzeile fremd sein.

Alois K. Soller, per E-Mail

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:** Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

**Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 01. März.**

**PERSONALIA**

**>Helga Rock Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen** Helga Rock wird am 25. Februar 70 Jahre alt. Die Speditionskauffrau aus Siegen schloss sich 1979 den Grünen an und gehörte von 1989 bis 2014 dem Kreistag Siegen-Wittgenstein an. Im Bundestag wirkte Rock im Verkehrsausschuss mit.

**>Karl-Heinz Walkhoff Bundestagsabgeordneter 1969-1976, 1978-1980, SPD** Am 26. Februar wird Karl-Heinz Walkhoff 85 Jahre alt. Der Gymnasiallehrer aus Münster trat 1965 in die SPD ein und war von 1969 bis 1975 Vorsitzender des dortigen Stadtverbands. Walkhoff arbeitete im Bildungs-, im Familien- sowie im Petitionsausschuss mit. Von 1973 bis 1977 gehörte er dem Europäischen Parlament an.

**>Karl Weber Bundestagsabgeordneter 1969-1980, CDU** Karl Weber begeht am 26. Februar seinen 85. Geburtstag. Der Jurist aus Heidelberg trat 1956 der Jungen Union bei. Von 1965 bis 1999 war er Stadtrat in Heidelberg und von 1980 bis 1992 Mitglied des baden-württembergischen Landtags. Im Bundestag engagierte er sich im Verkehrsausschuss.

**>Helmut Rode Bundestagsabgeordneter 1983-1987, 1990-1994, CDU** Helmut Rode vollendet am 28. Februar sein 90. Lebensjahr. Der Kaufmann aus Wietzen/Kreis Nienburg wurde 1964 CDU-Mitglied. Von 1968 bis 1998 war er Kreistagsabgeordneter und von 1981 bis 1991 Landrat. Rode engagierte sich im Umwelt- sowie im Verkehrsausschuss.

**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 24. – 26.02.2021**  
Doppelbesteuerung bei Renten (Do.), Drittes Corona-Steuerhilfegesetz (Fr.)  
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die Tagesordnung und Debatten im Livestream

**PERSONALIA**

**>Peter Friedrich † Bundestagsabgeordneter 1998-2002, SPD** Am 20. Januar starb Peter Friedrich im Alter von 78 Jahren. Der Rechtsanwalt aus Altenburg trat 1990 der SPD bei. Von 1990 bis 1998 gehörte er dem Thüringer Landtag an und amtierte als dessen Vizepräsident. Im Bundestag wirkte Friedrich im Ausschuss für die Angelegenheiten der Neuen Länder mit.

**>Klaus Harries † Bundestagsabgeordneter 1987-1994, CDU** Am 27. Januar starb Klaus Harries im Alter von 92 Jahren. Der Lüneburger Oberkreisdirektor trat 1965 der CDU bei. Harries, Direktkandidat des Wahlkreises Lüneburg – Lüchow-Dannenberg, engagierte sich im Umwelt- sowie im Wissenschaftsausschuss.

**>Klaus Hübner † Bundestagsabgeordneter 1965, 1966-1968, SPD** Klaus Hübner starb am 29. Januar im Alter von 96 Jahren. Der Berliner Polizeipräsident von 1969 bis 1987 schloss sich 1952 der SPD an. Hübner engagierte sich im Innenausschuss. 1976 war er Mitbegründer des „Weißen Rings“.

**>Wilhelm Knabe † Bundestagsabgeordneter 1987-1990, Die Grünen** Am 30. Januar starb Wilhelm Knabe im Alter von 97 Jahren. Der Forstwirt, der 1959 aus der DDR floh und bis 1966 CDU-Mitglied war, gehörte 1979 zu den Mitbegründern der Grünen in NRW. 1980 zählte er zum Gründerkreis der Bundespartei und war von 1982 bis 1984 deren Co-Bundessprecher. Knabe wirkte im Umweltausschuss mit.

**>Klaus Bühler † Bundestagsabgeordneter 1976-2002, CDU** Am 3. Februar starb Klaus Bühler im Alter von 80 Jahren. Der Realschullehrer aus Bruchsal schloss sich 1962 der CDU an. Von 1968 bis 1976 war er dort Mitglied des Stadtrats. Im Bundestag engagierte sich Bühler im Verkehrsausschuss. Von 1987 bis 2003 gehörte er dem Europarat und der WEU an und war von 2000 bis 2002 Präsident der WEU.

**>Heribert Blens Bundestagsabgeordneter 1983-2002, CDU** Am 19. Februar begeht Heribert Blens seinen 85. Geburtstag. Der Richter aus Köln trat 1955 der CDU bei, war von 1969 bis 1987 Ratsherr und von 1975 bis 1987 Kölner Bürgermeister. Blens war von 1990 bis 2002 Vorsitzender des Vermittlungsausschusses und wirkte im Innenausschuss mit.

**>Heidi Wright Bundestagsabgeordnete 1994-2009, SPD** Heidi Wright wird am 20. Februar 70 Jahre alt. Die Rechtsanwaltsgehilfin aus Elsenfeld/Kreis Miltenberg trat 1983 der SPD bei und gehörte von 1991 bis 2016 dem Bezirksvorstand Unterfranken an. Von 1996 bis 2020 war sie Kreisrätin. Wright arbeitete im Landwirtschafts-, im Petitions- sowie im Verkehrsausschuss mit.

**>Alexander Gauland Bundestagsabgeordneter, seit 2017, AfD** Am 20. Februar vollendet Alexander Gauland sein 80. Lebensjahr. Der Jurist aus Potsdam, CDU-Mitglied von 1973 bis 2013, schloss sich danach der AfD an, zu deren Gründerkreis er gehört. Von 2017 bis 2019 war er einer der zwei Parteivorsitzenden und ist seit 2017 Co-Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion.

**>Carl Ewen Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD** Carl Ewen vollendet am 23. Februar sein 90. Lebensjahr. Der Rektor aus dem ostfriesischen Krummhörn trat 1959 der SPD bei. Von 1964 bis 1972 amtierte er als Landrat von Norden und von 1988 bis 2002 als Präsident der Ostfriesischen Landschaft. Ewen, von 1980 bis 1987 Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Bundestagsfraktion, arbeitete unter anderem im Finanz-, im Haushalts- sowie im Verkehrsausschuss mit.

**>Gustav-Adolf Schur Bundestagsabgeordneter 1998-2002, PDS** Am 23. Februar vollendet Gustav-Adolf Schur sein 90. Lebensjahr. Der Diplom-Sportlehrer, einer der bekanntesten Radsportler des Ostblocks, war das erste Sportidol der DDR. Schur trat 1959 der SED bei und saß von 1958 bis 1990 in der Volkskammer. Im Bundestag war er Mitglied des Sportausschusses.

**>Jutta Oesterle-Schwerin Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen** Jutta Oesterle-Schwerin wird am 25. Februar 80 Jahre alt. Die Innenarchitektin aus Ulm trat 1974 der SPD und 1983 den Grünen bei. Von 1975 bis 1980 und von 1984 bis 1987 gehörte sie dem Ulmer Gemeinderat an. Oesterle-Schwerin, 1989/90 Vorstandsmitglied ihrer Bundestagsfraktion, wirkte im Städtebauausschuss mit. *bmh*

**SEITENBLICKE**





Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

## Wir müssen ausdauernd und geduldig sein



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Es ist nun schon mehr als ein Jahr, dass wir in dieser Pandemie leben, mehr als ein Jahr, dass der größte Teil meiner Arbeit als Bundeskanzlerin, der Arbeit der Bundesregierung, der des Bundestages, der Landesregierungen, der Landtage, der Kreistage und Verwaltungen mit dieser einen Aufgabe zu tun hat: unser Land durch diese Katastrophe und wieder in bessere Zeiten zu führen.

Seit dem Ausbruch der Pandemie stemmen wir uns alle gemeinsam gegen das Virus. Es ist eine wirkliche nationale Kraftanstrengung, die jeden erfasst und die jeden betrifft: Alte wie Junge und Kinder, Stadt und Land, Politik, Verwaltung, Bildung, Wirtschaft, Kultur, Sport, Kirchen unser aller Leben und Zusammenleben.

Es ist ein Jahr, in dem wir gemeinsam gelernt haben, wie das Virus funktioniert und was gegen das Virus funktioniert. Lernen heißt, nicht von Anfang an immer alles richtig zu machen, auch Einschätzungen zu korrigieren, so wie wir es zum Beispiel bei den Empfehlungen für das Tragen von Masken getan haben. Aber gerade deswegen sage ich, auch wenn wir gerade in einer schwierigen Phase stecken und viele Menschen das Gefühl haben, das wirklich nicht mehr lange auszuhalten: Wir haben in diesem Jahr der Pandemie ein sehr großes Stück des so schweren Weges hinter uns gebracht. Und dabei hatten und haben wir das Ziel, unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Höchstbelastung der Menschen

und der Kapazitäten in der Intensivmedizin, ja, sie gab es und gibt es leider. Und wir können unseren Ärztinnen und Ärzten und Pflegerinnen und Pflegern gar nicht oft genug für all ihren Einsatz danken.

Aber eine Überlastung unseres Gesundheitssystems konnten wir vermeiden Gott sei Dank. Wer mit schweren Folgen einer Coronainfektion in die Klinik muss, der bekommt überall in Deutschland die Versorgung, die er braucht. Wir sehen an vielen Orten der Welt, wie wenig selbstverständlich diese Aussage ist, und wir können gemeinsam froh darüber sein.

Dabei weiß ich, dass das, was wir gemeinsam im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus erreicht haben, einen hohen Preis gekostet hat und unverändert kostet. Ich vergesse keinen einzigen Tag, was die notwendigen Maßnahmen für jeden Bürger, jede Bürgerin bedeuten: eine in der Bundesrepublik so nie erlebte zeitweilige gravierende Einschränkung der Freiheit, schwere persönliche Belastungen, Einsamkeit, wirtschaftliche Sorgen, Existenzängste. Das vergesse ich keinen einzigen Tag.

Alle Maßnahmen sind gemäß den Regeln unserer Demokratie beschlossen worden.

Das macht es rechtmäßig, aber ich weiß sehr wohl: Als Demokratie sind wir auch verpflichtet, diese Einschränkungen keinen Tag länger aufrechtzuerhalten als nötig und sie aufzuheben, wenn ihre Begründung entfällt.

Und genau das ist das Ziel der Bundesregierung und, ich weiß auch, des ganzen Deutschen Bundestages.

Meine Damen und Herren, ich sprach von dem, was wir gemeinsam erreicht haben. Dazu gehört, dass die erste Welle der Pandemie im Frühjahr 2020 Deutschland weit weniger hart getroffen hat als viele andere in Europa und weltweit. Dem folgte ein Sommer, in dem wir, im Rückblick gesehen,

wieder leichter leben konnten bei Inzidenzen, die heute traumhaft erscheinen: drei oder vier Ansteckungen über sieben Tage auf 100 000 Einwohner.

Dann und das müssen wir zu den Lehren zählen waren wir nicht vorsichtig genug und nicht schnell genug. Wir haben auf die Anzeichen der zweiten Welle und die Warnungen verschiedener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hin nicht früh genug und nicht konsequent genug das öffentliche Leben wieder heruntergefahren. Bei meiner letzten Regierungserklärung hier vor Ihnen das war am 26. November 2020 hatten wir Wochen dramatischen exponentiellen Wachstums der Infektionszahlen hinter uns. Dieses steile Wachstum haben wir schließlich beenden können. Aber noch bis in den Januar dieses Jahres hinein verbreitete sich das Virus viel zu schnell und viel zu unkontrolliert eine Folge, dessen bin ich sicher, von zögerlichem Vorgehen ausgangs des Sommers und im Herbst.

Heute stehen wir, was die Infektionszahlen anbelangt, weit besser da. Die notwendige Trendumkehr, die ich am 26. November erhofft hatte, ist gelungen. Die Zahl der Neuinfektionen geht seit geraumer Zeit zurück, ebenso die Zahl der aktiven Coronafälle und die Zahl der Coronapatienten in den Intensivstationen. Mit aller Vorsicht sage ich auch: Auch die schlimmste, die traurigste Zahl von allen, nämlich die der Menschen, die jeden Tag an Corona sterben,

scheint endlich wieder zu sinken; wenigstens werden keine neuen Höchststände mehr erreicht. Diese Verstorbenen es sind jetzt weit mehr als 60 000 Menschen, das sind unsere Mütter, Vä-

ter, Kinder, Verwandte, Freunde, die wir nicht bewahren konnten. Die Trauer um sie und mit ihren Hinterbliebenen steht immer im Raum, wenn wir Entscheidungen in dieser Pandemie treffen. Das sind wir ihnen schuldig.

Dann gibt es noch eine positive Entwicklung, auf die ich bei meiner letzten Regierungserklärung nur hoffen konnte, die aber keineswegs gewiss war: Die Impfstoffe sind da. Das ist ein Wendepunkt in der Pandemie. Er wurde dank der Arbeit fantastischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Rekordgeschwindigkeit erreicht.

Wir haben uns für den europäischen Weg der Verhandlung, der Beschaffung und der Verteilung der Impfstoffe und gegen Notzulassungen entschieden. Dazu stehe ich. In der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg halten wir Europäer zusammen politisch wie auch epidemiologisch.

Überall in der Europäischen Union wird jetzt geimpft. Kein kleines oder wirtschaftsschwächeres Land muss sich hinten anstellen. Der Einsatz europäischer Mittel wie auch die Abnahmegarantien, die Deutschland übernommen hat, hat im Übrigen BioNTech zum Beispiel den Einstieg in die Massenproduktion seines Impfstoffs ermöglicht.

Natürlich, meine Damen und Herren, verstehe ich, dass der Start der Impfkampagne in Deutschland gleichwohl zunächst viele Menschen enttäuscht hat; denn die Hoffnungen, die am Impfen hängen, sind riesig, und jeder von uns, auch ich, hat diese Hoffnungen auch ganz persönlich. Wenn dann am Anfang zwar in zugesagter Menge, aber gleichwohl nur verhältnismäßig wenige Dosen zur Verfügung stehen, müssen sehr schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden. Bei ihnen helfen die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission. Auf ihrer Grundlage haben wir entschieden, zuerst die Verletzlichsten und Gefährdetsten zu impfen: die alten Menschen in Pflege und sonstigen Einrichtungen sowie die Ärzte und Pflegekräfte, die sich um sie und um die Coronapatienten kümmern. Heute haben mehr als 80 Prozent aller Menschen in

Pflegeheimen und weit über 1 Million Menschen in Medizin und Pflege mindestens ihre erste Impfung bekommen. Das ist überaus wichtig; denn das bedeutet Schutz, wo er am Allernötigsten gebraucht wird.

Jede Woche, jeder Monat wird nun Millionen weiterer Impfdosen bringen, und immer mehr Menschen werden diesen Schutz bekommen, und bis zum Ende des Sommers jeder, der möchte. Dieses Ziel wollen wir angesichts der uns zugesagten Mengen an Impfstoffen und zwar an Impfstoffen von schon zugelassenen Produzenten, auch erreichen.

Es bleibt natürlich auch weiterhin ganz klar: So wie die Bundesregierung sich zu Beginn der Verhandlungen mit den Impfstoffherstellern finanziell engagiert hat, so werden wir sie auch weiterhin dabei unterstützen, wo immer das möglich ist, neue Produktionsstätten zu finden und die Produktion weiter hochzufahren, was von ganz besonderer Bedeutung auch mit Blick auf die Mutationen ist. Gestern hat BioNTech die Impfstoffproduktion in Marburg gestartet, und die Bundesregierung hat eine Taskforce gebildet zu den Fragen des Impfens, die auch beständig tagen wird.

Das Impfen kommt also immer mehr in Schwung. Die Infektionszahlen sind auf dem Weg nach unten, andere wichtige Indikatoren auch. Und wenn das das ganze Bild wäre, dann sähen Sie mich hier heute recht zuversichtlich, bei allen Schwierigkeiten. Da ist aber – zwar noch nicht ganz sichtbar, aber immer erkennbarer eine große Gefahr für diesen guten Weg, auf dem wir uns befinden. Das ist eine sehr reale Gefahr in Form von Mutationen des Virus, die sich gebildet haben, und zwar so gebildet haben, dass sie zu aggressiveren Virusvarianten geführt haben. Es war natürlich irgendwann damit zu rechnen, und es kann auch in Zukunft weitere unerfreuliche

**Wir haben in dem Pandemiejahr ein großes Stück des so schweren Weges hinter uns gebracht.**

**Alle Maßnahmen sind gemäß den Regeln unserer Demokratie beschlossen worden.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



Entwicklungen geben.

Jetzt haben wir es mit im Wesentlichen drei relevanten Mutationen zu tun: der englischen bei uns am weitesten verbreitet, der südafrikanischen und der brasilianischen. Noch ist nicht alles erforscht; aber wir tun gut daran, an den Annahmen vieler Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland nicht zu zweifeln, wenn sie uns erklären: Alle drei Mutationen sind deutlich aggressiver, also ansteckender, und übertragen sich leichter

als das Ursprungsvirus. Und wie es bei Viren ist: Die Mutanten setzen sich aufgrund genau dieser Eigenschaften früher oder später gegen die vorherige Variante durch. So ist es in einigen europäischen Ländern bereits geschehen, die daraufhin eine zeitweilig dramatische Zunahme an Infektionsfällen erlebten, mit allen katastrophalen Auswirkungen auf die Gesundheitssysteme.

Diese Mutationen sind inzwischen auch in Deutschland nachgewiesen worden. In der letzten Januarwoche nahmen sie einen Teil von 5,7 Prozent ein. Wir werden in den nächsten Tagen neue Daten bekommen. Am häufigsten kommt bei uns die englische Variante vor. Expertinnen und Experten erklären uns, dass es eben nur eine Frage der Zeit sei, bis diese Mutationen dann auch die Oberhand gewinnen und das Ursprungsvirus verdrängen. Darauf müssen wir uns einstellen. Trotz sinkender Inzidenzen, die wir im Augenblick haben, müssen wir einfach wissen, dass sich darunter eine neue Virusvariante aufbaut und dass wir sehr, sehr achtsam sein müssen, nicht wieder ins exponentielle Wachstum zu kommen.

Es mag ja sein, dass es Ihnen nicht gefällt; aber wir müssen ja mit der Realität leben und dann auch die richtigen Antworten finden. Was hilft uns dabei? Wir haben eine Situation, in der die Impfkampagne immer schneller anläuft. Aber sie wird uns in den nächsten Monaten noch nicht den Gemeinschaftsschutz bieten, sondern nur individuellen Schutz, den wir brauchen. Die Erwartung vieler Menschen ist natürlich, dass jetzt wieder die Zeit sei, einen klaren Weg von Öffnungen und Erleichterungen aufzuzeigen. Und wir wissen, dass die Gefahr der Mutationen uns die Erfolge wieder kaputt machen können, indem eben die höheren R-Werte uns in ein exponentielles Wachstum zurückfallen lassen.

Das ist die Ausgangssituation, vor der wir gestern zusammenge-

kommen sind: Bund und Länder. Wir haben alle gemeinsam diese schwierige, widersprüchliche Lage empfunden, und wir haben vor diesem Hintergrund Maßnahmen vereinbart, und zwar bis zum 7. März. Die allermeisten der beschränkenden Maßnahmen müssen konsequent beibehalten werden.

Es geht immer und immer wieder um die Reduzierung von Kontakten, indem wir private Zusammenkünfte auf den eigenen Hausstand und eine weitere Person beschränken, indem

wir medizinische Masken, die jetzt glücklicherweise ausreichend vorhanden sind, tragen, und zwar in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Geschäften, in Innenräumen wie hier im Deutschen Bundestag, und das gilt auch für die Arbeitswelt, sofern mehr als eine Person im Raum ist. Private Reisen und Besuche, auch von Verwandten, sind weiter zu unterlassen, und das Arbeiten im Homeoffice muss, wo immer möglich, durchgesetzt werden. Ich will noch einmal an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wirklich appellieren: Das ist ein probates Mittel, um Kontakte zu reduzieren. Die privaten Haushalte tragen viel zur Bekämpfung dieser Pandemie bei. Auch hier muss sozusagen die Wirtschaft da, wo es möglich ist, auf das Arbeiten im Homeoffice zurückgreifen.

Natürlich waren die Erwartungen an den gestrigen Tag weniger: „Was wird beibehalten?“, sondern: „Was wird verändert? Wir waren uns alle einig, dass Kinderbetreuung und Grundschulen Priorität haben; denn die Folgewirkungen von wochenlangen Schließungen der Einrichtungen sind natürlich da und spürbar, und die Anspannung der Eltern ist groß. Trotzdem hätte ich mir an dieser Stelle gewünscht, dass wir auch hier entlang der Inzidenz entscheiden.“

Aber ich habe auch akzeptiert, dass es eine eigenständige Kulturohne der Länder gibt, vielleicht das innerste Prinzip der Länder.

Deshalb werden die Länder sehr verantwortlich in eigener Hoheit entscheiden, wie sie das genau machen. Es werden einige Schulen vielleicht schon nächste Woche öffnen, die allermeisten am 22. Februar, aber immer nur die Kinderbetreuungseinrichtungen und die Grundschulen im Wechselunterricht mit vielen Hygienemaßnahmen; das will ich hier ausdrücklich sagen.

Meine Damen und Herren, wir haben dann über einen weiteren Öffnungsschritt gesprochen: Ab 1. März werden die Friseure öffnen. Wir haben für den 1. März die gute Aussicht, dass wir bundesweit eine Inzidenz von 50 erreichen können. Wir haben heute eine Inzidenz von 64,2 nach den Aussagen des Robert-Koch-Instituts.

Wir haben dann über die weiteren Öffnungsschritte gesprochen. Das ist natürlich das, was jetzt von größtem Interesse ist. Ich will hier ausdrücklich sagen, dass ich sehr unterstütze, dass wir uns bei diesen weiteren Öffnungsschritten auch mit Blick auf die Unsicherheiten der neuen Mutationen entschieden haben, nicht Daten zu nennen, sondern Infektionszahlen, also Inzidenzen, zu nennen. Da sagt manch einer: Na gut, das gibt mir doch keine Planungssicherheit.

Aber wir gehen sozusagen mit dem Virus in einen Kampf das ist unser Gegner, und das Virus richtet sich nicht nach Daten, sondern das Virus richtet sich nach Infektionszahlen und nach Fragen, wie sich die Infektion ausbreitet.

Deshalb haben wir den nächsten weiteren Öffnungsschritt für eine Inzidenz von 35 ins Auge gefasst. Manche sagen: Wo kommt denn diese Inzidenz nun wieder her? Sie wissen: 50 haben wir als einen Punkt in § 28a des Infektionsschutzgesetzes festgelegt, ab dem sehr, sehr weitreichende Maßnahmen beschlossen werden können, und bei 35 wenn man jetzt mal von unten kommt bereits weitreichende Maßnahmen.

Das heißt, der Punkt der 35er-Inzidenz ist der Punkt, an dem ich einen ersten Öffnungsschritt gehen kann. Hier haben wir gemeinsam beschlossen, dass das den Einzelhandel, Galerien, Museen und körpernahe Dienstleistungen umfassen soll.

Ich glaube, das ist ein richtiger und wichtiger Ausblick.

Dann kommt die Frage: Wie geht es weiter mit den nächsten Öffnungsschritten? Da muss ich Ihnen Folgendes sagen: Ja, Bund und Länder werden darüber beraten, und wir haben natürlich auch die verschiedenen Bereiche genannt. Da geht es dann immer um die Frage der Kontaktbeschränkungen im privaten Raum. Da wird es auch um die Frage der höheren Klassen in den Schulen gehen. Da wird es um die Frage gehen: Sport in Gruppen und Freizeitgestaltung? Dann: Gastronomie und Hotels?

Das wird ein stufenweiser Prozess sein, von dem heute noch nicht genau sagbar ist jedenfalls aus meiner Sicht, bei welcher Inzi-

denz wir was machen können, weil wir jetzt erst mal schauen müssen, wie weit wir die Kontaktnachverfolgung auch wirklich schaffen, wie weit wir mit der Corona-Warn-App, mit der Aufstockung der Gesundheitsämter, mit besseren Teststrategien all das liegt ja heute vor, wie weit wir auch mit unseren besseren Schutzmaßnahmen immer weitere Lockerungen zulassen können, ohne wieder ins exponentielle Wachstum zu verfallen.

Ich will Ihnen sagen: Mein Ziel ist, dass wir der neuen Welle, die kommen könnte, wenn das neue Virus Oberhand gewinnt, keinen Raum geben und nicht wieder einen solchen exponentiellen Anstieg von Fallzahlen haben, sondern dass wir alles tun, um die Kontrolle über die Kontaktnachverfolgung zu behalten, und keine große dritte Welle auslösen. Das bedeutet aber auch, dass wir achtsam sein müssen.

Ich glaube nicht, dass das Hin und Her einmal öffnen, einmal wieder schließen für die Menschen mehr Berechenbarkeit bringt, als ein paar Tage länger zu warten und sich den Überblick darüber zu verschaffen, dass man in einem kontinuierlichen Prozess wirklich auch öffnen kann.

Und das genau ist doch auch die Spannung, unter der wir alle leben. Die spüre ich genauso wie Sie; davon können Sie ausgehen. Wer möchte nicht gute Nachrichten verkünden? Jeder weiß ich habe es am Anfang gesagt, wie sehr die Menschen leiden. Und trotzdem, glaube ich, war es gestern richtig, sich auf die Schulen, die Friseure und dann den ersten Öffnungsschritt bei einer bestimmten Inzidenz zu konzentrieren, und so werden wir auch weitermachen.

Meine Damen und Herren, das, was wir gestern vereinbart haben davon bin ich überzeugt, ist geeignet, erforderlich und verhältnismäßig. Es gibt insbesondere auch weiterhin kein milderes Mittel als konsequente Kontaktbeschränkungen in allen genannten Bereichen, um das Infektionsgeschehen nachhaltig auf ein beherrschbares Niveau zu bringen und dort zu halten. Und ich glaube, am gestrigen Tag gab es noch eine wichtige Botschaft, die alle auch mit Interesse und Freude zur Kenntnis genommen haben; denn die sehnlichsten erwarteten Anträge für die Überbrückungshilfe III können seit gestern gestellt werden.

Schauen Sie: Ich weiß, wie viele Menschen auf das Geld warten. Ich weiß, welche Not ist und wie viele Menschen keine Liquidität mehr haben.

Ich weiß, wie der Einzelhandel leidet und andere auch. Aber eines will ich an dieser Stelle dann auch sagen: Der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister haben versprochen, dass im Februar die Anträge gestellt werden können und dass diese Anträge dann mit Abschlagszahlungen beantwortet werden, dass ab März die Auszahlungen durch die Länder erfolgen.

Wir haben heute den 11. Februar, gestern war der 10. Februar.

Das, was versprochen wurde, ist eingehalten, und trotzdem ist es für die Betroffenen eine wahnsinnig lange Zeit gewesen. Und ich bin froh, dass es jetzt so ist, wie es ist; das war ein wichtiger und sehnlichst erwarteter Schritt.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, dieser Winter ist hart, da draußen genauso wie in dem, was er mit unserem Leben macht.

Aber wir haben unser Ziel klarer vor Augen, immer klarer. Wir sind nicht mehr sehr weit von Infektionszahlen

entfernt, die uns Schritt um Schritt wieder Öffnungen und Freiheiten ermöglichen können, weil eben Infekti-

onsketten wieder nachverfolgt werden können und weil die Überlastung des Gesundheitssystems verhindert wird. All die Anstrengungen und Entbehrungen jetzt noch einmal bis zum 7. März fortzusetzen, um die Mutationen kleinzuhalten und hoffentlich deutlich unter die 7 Tage-Inzidenz von 50 zu kommen, das ist aus meiner Sicht die Anstrengung wert.

Es geht immer wieder darum, dass wir weiter deutlich sinkende Zahlen haben. Wir müssen ausdauernd sein, und wir müssen geduldig sein, und ich weiß, dass das an einem solchen Tag wie heute keine leichte Bitte ist. Aber die Menschen können auf einen Staat setzen, auf eine Bundesregierung, die alles, was sinnvoll und möglich ist, in Bewegung setzt, um denen zu helfen, die Hilfe brauchen, damit sie über diese so schwere Zeit kommen.

Am Ende das ist meine feste Überzeugung, und das ist auch mein Auftrag, den ich bis zum letzten Tag meiner Amtszeit erfüllen werde – können wir es gemeinsam schaffen, diese Pandemie zu besiegen und unser Land wieder in bessere Zeiten zu führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**In der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg halten wir Europäer zusammen.**

**Es mag sein, dass es Ihnen nicht gefällt; aber wir müssen mit der Realität leben.**

**Die sehnlichsten erwarteten Anträge für die Überbrückungshilfe III können gestellt werden.**



Dr. Alice Weidel, AfD:

## Kehren Sie zurück zu einer verfassungsgemäßen Politik



Alice Weidel (\*1979)  
Landesliste Baden-Württemberg

Das unwürdige Schauspiel geht in die nächste Runde.

Eine von der Verfassung nicht vorgesehene Kungelrunde beschließt im Hinterzimmer weitreichende Eingriffe in das Leben und in die Freiheit der Bürger. Die Kanzlerin legt vorher fest, was dabei herauskommen soll, die Ministerpräsidenten betreiben im Vorfeld PR in eigener Sache, spielen Opposition, letztlich fügen sie sich doch. Das Parlament jedoch, die Stimme des Souveräns, darf hinterher noch ein wenig darüber debattieren, wie heute, ist aber in die Entscheidungen nicht eingebunden. Was für eine peinliche Inszenierung, was für eine dreiste Zurschaustellung von Arroganz der Macht, sehr geehrten Damen und Herren!

Und was für eine offene Missachtung der Bürger, die unter Ihren einsamen Beschlüssen leiden und mit denen Sie umspringen wie mit Untertanen, über deren Leben, Rechte, Schicksale Sie nach Belieben verfügen zu können glauben! Was die Bundesregierung hier betreibt, ist verfassungswidrig.

Sie spielen mit der Zukunft unserer Kinder. Es ist nicht das Virus oder die Pandemie, die einer ganzen Generation von Schülern und Kindern die Bildungschancen raubt es ist Ihre falsche Politik, die nur Verbot und Zwang zu kennen scheint, die jungen und älteren Menschen, Familien und Berufstätigen, Selbstständigen und Unternehmern wertvolle Lebenszeit nimmt, sie in Depression, Einsamkeit und in den Ruin treibt.

Drei Monate Wellenbrecher Lockdown, und Sie wollen noch mal einen Monat dranhängen! Die Kollateralschäden Ihrer Methode von Einsperren und Dichtmachen wachsen ins Unermessliche. Die Deutsche Herzstiftung befürchtet einen massiven Anstieg der Zahl von Herztoten, weil ein-

geschüchterte Patienten nicht zum Arzt gehen. Ausgebliebene Vorsorgeuntersuchungen werden auch die Zahl der Krebstoten ansteigen lassen.

Auch auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt diese Lockdown Politik eine Spur der Verwüstung: eine halbe Million neuer Arbeitslose, Millionen Kurzarbeiter, 175 000 Unternehmer und Selbstständige, die vor der Insolvenz stehen, Gastronomen und Gewerbetreibende, deren Lebenswerk zerbricht, Einzelhändler, die ihre letzten Reserven längst verbraucht haben, die auf Bergen von unverkaufter Ware und Schulden sitzen, aber von den großspurig angekündigten Hilfen noch immer nichts gesehen haben das haben Sie ja eben zugegeben.

Ich frage mich: Wollen Sie den Mittelstand, das Rückgrat unseres Wohlstands, vernichten? Wollen Sie uns auf den Stand eines Entwicklungslandes bringen? Dann sagen Sie es bitte ganz offen. Die Leute wollen wissen, woran sie sind, wenn sie das nächste Mal zur Wahl gehen, sehr geehrte Damen und Herren.

Sie klammern sich an den wirtschafts und verfassungsfeindlichen Lockdown, als gäbe es keine intelligenteren Alternativen. Und statt den Bürgern eine verlässliche Perspektive für die Rückkehr zur Normalität zu bieten, verändern Sie laufend willkürlich die Parameter Verdopplungszeit, R Wert, 7 Tage-Inzidenz. Die für die 200er Inzidenz beschlossenen Maßnahmen einfach bis zu einem Inzidenzwert von 35 fortzuführen, ist ein erneuter Rechtsbruch; das muss man hier ganz klar sagen.

Die schnelle Impfung großer Teile der Bevölkerung, die Sie ebenfalls zur Zielgröße erklärt haben, hat Ihre Regierung grandios versiebt, weil Sie die Zuständigkeit unter Brechung des Subsidiaritätsprinzips nach Brüssel delegiert haben. Und jetzt sind es neu aufgetretene Virusvarianten Sie sagen „Mutanten“, das klingt bedrohlicher, die als Lockdown Rechtfertigung erhalten müssen.

Die Bürger haben dieses Hin und Her ich muss es Ihnen ganz klar sagen, diese Hinhaltepolitik satt. Sie wollen nicht länger für Politikversagen in Geiselhaft genommen werden. Sie fühlen sich mit Recht für dumm verkauft, wenn sie erfahren, dass Ihr Innenminister schon vor dem ersten Lockdown bei willfährigen Wissenschaftlern möglichst dramati-

sche Szenarien angefordert hat, um harte Einschränkungen einfordern zu können, oder wenn herauskommt, dass das Kanzleramt mit hastig hingeworfenen, bestellten Gefälligkeitsgutachten auf schnelle und lange Schulschließungen hingewirkt hat.

Wo Sie Ihre Günstlinge hinsetzen um es mal ganz klar zu sagen, da versagen diese: Herr Altmaier bei der Entschädigung der von Zwangsschließung betroffenen Gewerbetreibenden und Frau von der Leyen bei der Organisation der Impfstoffbeschaffung. Es ist schon atemberaubend, sich hinzustellen und zu behaupten, es sei im Großen und Ganzen nichts schiefgelaufen und die Bundesre-

**Die schnelle Impfung großer Bevölkerungsteile hat Ihre Regierung versiebt.**

gierung tue ihr Bestes. Ich will mir gar nicht vorstellen, was alles passiert sein muss, bis Sie endlich mal Fehler eingestehen. Unfassbar!

Die Coronapolitik in unserem Land muss grundlegend neu ausgerichtet werden. Wir brauchen den raschen und verbindlichen Ausstieg aus dem Lockdown. Der Weg dorthin muss öffentlich und unter Einbeziehung des Parlaments beraten werden. Dafür muss ohne Diffamierung und Ausgrenzung die gesamte Bandbreite der fachlichen und wissenschaftlichen Expertise gehört werden.

Ziel muss sein, die Hochbetagten und Vorerkrankten in öffentlichen Einrichtungen besonders zu schützen, allen anderen Gefährdeten selbstverantwortlichen Eigenschutz zu ermöglichen, genügend Impfstoff für alle Impfwilligen bereitzustellen, das Gesundheitssystem so zu stärken, dass es mit den unvermeidlichen Erkrankungen fertig wird, und allen Bürgern ein möglichst norma-

les Leben zu ermöglichen. Dafür zahlen sie nämlich Steuern, und dafür zahlen sie auch in das Sozialversicherungssystem ein.

Die Grundrechte müssen wieder in Kraft gesetzt werden. Sie werden von der Verfassung garantiert und nicht von der Regierung zugeteilt.

Eine Einschränkung ist begründungspflichtig und nicht ihre Wiederherstellung, sehr geehrte Damen und Herren.

Das ist natürlich nicht so leicht wie Drohen, Verbieten und Geldverteilen im Dauerausnahmestand, aber genau dafür sind Sie gewählt worden. Kehren Sie also zurück zu einer verfassungsgemäßen Politik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD Ulli Nissen (SPD): Kein Wort zu den Toten! Wie schäbig ist das denn? Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Mann, Mann, Mann! Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel (AfD): Was anderes fällt Ihnen nicht dazu ein? Gegenruf des Abg. Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Ihnen ist bei der Rede ja auch nichts eingefallen! Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel (AfD): Ihnen fällt sowieso nichts ein!)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

## Impfungen sind der Hebel zur Besserung



Rolf Mützenich (\*1959)  
Wahlkreis Köln III

Die letzten Wochen waren für alle extrem anstrengend. Viele sind an ihre Grenzen gekommen: Kinder und Jugendliche, Eltern, ältere Menschen, Pflege und Medizinkräfte, Beschäftigte in Industrie und Handel, Soloselbstständige und Ordnungskräfte. Alle haben ihr Bestes gegeben. Selbst wenn wir in wenigen Monaten die Pandemie eingegrenzt haben sollten: Die Auswirkungen werden bleiben, egal ob wir erkrankt waren oder nicht. Einige von uns haben Angehörige verloren oder Freunde, andere wissen von häuslicher Gewalt oder haben sie selbst erlebt. Wie-

der andere bängen um Bildungsabschlüsse oder ihren Arbeitsplatz. Vielen wird die Rückkehr zur scheinbaren Normalität schwerfallen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund sind die gestern beschlossenen Maßnahmen eine weitere Last. Ja, man hatte nach all den Anstrengungen auf anderes gehofft. Gleichwohl sind die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz angemessen, notwendig und gut begründet. Sie erfordern nochmals große Strapazen und Disziplin; dass wissen wir. Die Erfolge sind sichtbar, aber zerbrechlich. Durch neue Mutationen wächst die Gefahr eines noch strengeren Lockdowns. Aber selbst wenn bei dieser Gratwanderung eine Perspektive erforderlich ist und sie ist es, dann geht es darum, die Frage zu stellen, wann Lockerungen möglich sind; und diese Fragen sind unerlässlich. Die Rückkehr zu einem weniger beschränkten Alltag muss anhand dynamischer und nachvollziehbarer Kriterien nach und nach entstehen. Durch Anpassungsfähigkeit und Transparenz können wir neue Freiräume schaffen. Angesichts der sozialen Bedeutung

müssen davon zuerst Kinder und Jugendliche profitieren.

Gleichzeitig bitte ich aber auch die Länder, die Kinder und Jugendhilfe nicht zu vergessen. Auch hier brauchen junge Menschen Zuwendung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten in der Pandemie Außerordentliches. Auch ihnen gilt unser großer Dank.

Im Rückblick wird erneut offensichtlich, wie verantwortungslos diejenigen waren, die die vorhersehbaren Folgen kleingeredet, gar mit der Zahl von Verkehrstoten verglichen haben.

Das war an Zynismus nicht zu überbieten. Sie haben dazu beigetragen, dass manche Gefahren verkannt wurden. Sie haben sich schuldig gemacht. Und wenn jemand gegen die Verfassung in diesem Haus verstößt, dann sind Sie es. Dabei verkennen wir nicht, dass Entscheidungsprozesse und Abwägungen öffentlich stattfinden müssen. Ein Streitbarer, pluraler und fairer Austausch von Argumenten ist unverzichtbar, um Einsichten zu schaffen. Gerade wir Parlamentarierinnen und Parla-

Fortsetzung auf nächster Seite



mentarier müssen dafür sorgen, dass Einordnungen stattfinden. Absolute Wahrheiten gibt es auch in dieser existenziellen Krise nicht.

Meine Damen und Herren, solange wir die Pandemie nicht erfolgreich eingegrenzt haben, muss der Staat immer wieder die individuelle und gesellschaftliche Sicherheit herstellen und gleichzeitig Freiheiten schützen. Fundamental bleibt dabei, soziale Stabilität und wirtschaftliche Zuversicht zu schaffen. Wir sind überzeugt: Nur ein starker und sozialer Staat kann diese Herausforderungen bewältigen. Das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der letzten Monate, und es ist die Grundüberzeugung meiner Partei von Anfang an.

Dabei war es richtig, mit aller Kraft und finanziellem Engagement einzugreifen. Heute können wir feststellen, dass die deutsche Wirtschaft angesichts großer Hilfen besser durch die Krise kommt als andere Volkswirtschaften. Auch deswegen erwarten wir, dass weitere Wirtschaftshilfen jetzt endlich ankommen. Wir haben genügend Geld dafür bereitgestellt.

Die finanziellen Hilfen sind wichtig, aber ohne Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Familien ist alles

andere vergeblich. Deswegen hat meine Fraktion von Anfang an dafür gestritten, dass das Kurzarbeitergeld nicht nur gewährt wird, sondern dass damit auch Perspektiven verbunden sind. Ich kann mich erinnern: Manche Diskussion im Koalitionsausschuss war

nicht leicht gewesen, Frau Bundeskanzlerin, und ich bin froh, dass wir Sozialdemokraten uns bei der letzten Entscheidung dafür eingesetzt haben, dass ein zusätzliches Kinderkrankengeld gewährt werden kann eben

für die Eltern, die keine verlässlichen Betreuungsangebote haben. Das war wichtig in dieser Krise, weil auch das Perspektiven schafft. Gleichzeitig will ich daran erinnern wir bringen es in dieser Woche auf den Weg, dass ein zusätzliches Kindergeld gewährt wird. Das ist angemessen angesichts der steigenden Ausgaben, aber ich glaube auch, dass es, wenn es gewährt wird, zusätzlich als Konjunkturimpuls wirkt. Auch dass Leistungsbezieher in der Grundsicherung jetzt einen einmaligen Beitrag bekommen, ist wichtig. Gleichzeitig

hätten wir uns gewünscht, nicht nur den erleichterten Zugang bis zum 31. Dezember dieses Jahres zu gewähren, sondern auch, dass eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, gerade aus der Pandemie zu lernen. Das sage ich nicht nur vor dem Hintergrund der Ent-

scheidung des Bundesverfassungsgerichts, sondern das ist auch ganz klar die Grundüberzeugung meiner Partei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Impfungen bleiben der entscheidende Hebel zur Besserung. Wir können stolz

sein: Früher brauchte man Jahre, um einen sicheren Impfstoff herzustellen. Wir haben es wesentlich schneller geschafft. Großer Erfolgegeist war notwendig, und die Einsicht wächst, dass vieles möglich ist, wenn Menschen ihre Potenziale gemeinsam mobilisieren und nicht an Ländergrenzen Halt machen. Offenheit, Pluralität und Bildung sind die besten Antworten bei der Lösung komplexer Probleme. Auch das zeigt diese Pandemie.

Mittlerweile wissen die meisten, dass die Fragen, die wir vor eini-

gen Wochen zur Impfsituation gestellt haben, berechtigt waren, zumal es uns immer um Fortschritte ging. Heute haben wir eine überzeugendere Perspektive, und alle konzentrieren sich endlich auf noch bessere Bedingungen und Sicherheiten. Dass wir die Impfstoffherstellung weiter steigern können, ist ein hoffnungsvolles Zeichen. Der Deutsche Bundestag wird hierbei wieder ein entscheidendes Wort mitreden, auch durch ein neu zu schaffendes Gremium, welches unseren Sachverstand bündelt und die Arbeit der Fachausschüsse stärkt. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass wir trotz aller Probleme zuversichtlich in das noch junge Jahr starten können. In wenigen Wochen wissen wir, ob Geimpfte das Virus noch übertragen. Dann können wir Freiheitsrechte nach und nach zurückgewinnen. Wer heute mehr verspricht, handelt fahrlässig.

Was die Mehrheit der Menschen gemeinsam mit uns schaffen, ist jedoch mehr als nur die Bekämpfung der Pandemie. Es ging von Anfang an auch um die Verteidigung unseres demokratischen Gemeinwesens. Wie verletzlich Demokratien sind, zumal auch ältere, zeigt der Blick in andere Regio-

nen der Welt: In den USA hat ein ehemaliger Präsident einen Staatsstreik angezettelt. Es waren verwirrende Bilder bei der Amtseinführung, dass ein Parlament durch Militär geschützt werden musste. Und immer noch ist es wahr: Ein leichtfertig herbeigeführter Brexit lässt nur Verlierer zurück. Wenn ich nach Italien schaue, bin ich zwar froh, dass man hoffen kann, dass ein Ende der Regierungskrise absehbar ist, aber dass in Demokratien so fahrlässig gehandelt wird, ist eine große Last, die auf uns liegt.

Deswegen: Ja, Demokratien sind empfindsamer als andere politische Ordnungen. Das macht sie angreifbarer. Gleichwohl ist die Anziehungskraft demokratischer Ideale ungebrochen; schauen wir nach Minsk, Budapest, Hongkong, Moskau, Yankon und Kampala! Um die Kraft der sozialen Demokratie zu stärken, haben wir uns der Pandemie ebenso entgegen- gestemmt mit ganzer Verantwortung und Konzentration.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christian Lindner, FDP:

## Diese Regierungserklärung ist eine Enttäuschung



Christian Lindner (\*1979)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

**D**iese Regierungserklärung war dringlich; denn selten zuvor war die Politik der Regierung so erklärungsbedürftig.

Wesentliche Inhalte kannten wir aber bereits, nicht erst seit der Pressekonferenz vom gestrigen Abend oder der Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden; denn vorgestern bereits haben Medien berichtet über das, was das Bundeskanzleramt mit den Landesregierungen besprechen will. Während gestern das Parlament hier getagt hat und sich mit anderen Dingen

beschäftigt hat, war für die breite Öffentlichkeit die Entscheidungsgrundlage der Ministerpräsidentenkonferenz bereits im Internet zum Download verfügbar. Ich rate ab, Frau Merkel, diesen Umgang mit dem Parlament zur ständigen Staatspraxis werden zu lassen.

Aus gutem Grund haben drei Fraktionen dieses Hauses deshalb dazu geraten und dringend darum gebeten, dass Sie vor der Runde mit den Ländern den Deutschen Bundestag über Ihre Absichten und Grundlinien unterrichten. Damit haben wir nichts Unmögliches verlangt; denn im Vorfeld des Europäischen Rates entspricht das der Praxis der Regierung und entspricht dem Umgang der Regierung mit diesem Parlament. Das hätte die Möglichkeit geboten, dass Sie Ihre Maßnahmenvorschläge darstellen. Es hätte die Chance eröffnet, auch die wissenschaftlichen Grundlagen zu hinterfragen. Und es wäre vor allen Dingen darum gegangen, alternative Strategien hier in die Debatte einzubringen. Sie haben diese Möglichkeit leider ausgeschlagen dabei wäre es eine Chance auch

für Ihre Regierung gewesen, um Verständnis und Vertrauen der Menschen zu werben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es unverändert mit einer gefährlichen Pandemie zu tun. Wer die Gefahren, die mit der Covid-Erkrankung verbunden sind, relativiert, der handelt fahrlässig oder gar vorsätzlich. Aber wir leben nun auch ein Jahr in und mit dieser Pandemie, wir haben, wie die Frau Bundeskanzlerin gesagt hat, gelernt. Die Infektionszahlen gehen zurück. Es gibt zu langsame und zu beschwerliche, aber immerhin gibt es sie Fortschritte bei den Impfungen. Deshalb und angesichts der großen Erschöpfung in unserer Gesellschaft waren die Erwartungen an die gestrige Runde groß.

Diese Hoffnungen sind enttäuscht worden; denn viele Menschen haben sich mehr erwartet als einen frischen Haarschnitt.

Der wesentliche Ansatz Ihrer

Strategie findet sich auch in dieser Vorlage ich zitiere:

Der Grundsatz „Wir bleiben zuhause“ bleibt das wesentliche Instrument im Kampf gegen die Pandemie ...

Zitat Ende. Wirklich? Auch nach einem Jahr noch? Trotz allem, was wir gelernt haben, handeln wir uns seit Oktober/November von einem Lockdown, von einem Gipfel zum nächsten, ohne eine klare Perspektive.

Das ist bestenfalls einfalllos; mit Sicherheit, Frau Merkel, ist das nicht alternativlos.

Christiane Woopen, die Vorsitzende des Europäischen Ethikrates, in diesem Haus von vielen sehr geschätzt und mit Sicherheit eine verantwortungs- bewusste und umsichtige Persönlichkeit, hat dieser Tage in einem Interview Folgendes gesagt ich zitiere:

Seit ... einem Jahr drehen sich diese Runden fast unverändert um das Gleiche: den Lockdown ... Ich halte es für dringend erforderlich ... eine Perspektive zu eröffnen, statt Durchhalteparolen zu verkünden.

Und weiter Frau Woopen:

Ich habe ... kein Verständnis mehr dafür, dass man vorhandene Technologien nicht nutzt.

Wir haben dafür auch kein Ver-

ständnis mehr, Frau Merkel.

Warum orientieren wir uns nicht an Kommunen wie Tübingen oder Rostock? Wo sind die wirksamen und hier im Hause oft genug angemahnten Strategien zum wirklichen Schutz der vulnerablen Gruppen, und zwar nicht nur in Alten und Pflegeheimen, sondern auch etwa durch die oft hier angemahnten exklusiven Zeitfenster für den Einkauf oder Taxigutscheine? Wo ist die breite Initiative, Luftfilter in die Praxis zu bringen? Wo setzen wir systematisch Schnelltests ein? Und warum wurde die Corona-Warn-App mit großen Erwartungen öffentlich vorgestellt und danach technologisch kein bisschen weiterentwickelt?

Deshalb bleiben wir hinter unseren Möglichkeiten zurück, und deshalb orientieren wir uns ausschließlich am Stillstand, statt auch mit der Bedrohung durch das Virus neue Möglichkeiten für gesellschaftliches Leben zu eröffnen. Und die werden wir brauchen; denn wir können uns nicht sicher sein, dass dies die einzige Zoonose ist, mit der die Menschheit in den nächsten Jahren umzugehen hat. Wir können uns noch nicht mal sicher sein, ob es nicht dereinst eine Mutation dieses Virus geben könnte, auf die die Impfung eben nicht mehr die wirksame Antwort ist, zumindest nicht mit den vorhandenen Impfstoffen. Also brauchen wir jetzt Me-

**Es gibt zu langsame und zu beschwerliche Fortschritte bei den Impfungen.**

**Es ging von Anfang an auch um die Verteidigung unseres demokratischen Gemeinwesens.**



thoden und eine Infrastruktur, mit der wir die Pandemie besser ausbalancieren mit dem Gesundheitsschutz, der notwendig ist, aber auch mit der Freiheit, die die Menschen auch leben müssen.

Über Monate haben wir uns bei den Inzidenzen an der Zahl 50 orientiert, obwohl sie eine politische Setzung ist, obwohl Oberbürgermeister, auch CDU Oberbürgermeister, sagen, selbstverständlich können sie auch mehr als 50 Infektionen pro 100 000 Einwohner in der Woche inzwischen nachverfolgen. Wir haben uns auf diese Zahl von 50 in Deutschland fixiert. Und nun wird sie in der zentralen Bedeutung ersetzt durch die 35, und wir wissen, dass im Kanzleramt auch schon über die 10 als Zahl gesprochen worden ist. Dadurch, dass die wesentliche Entscheidungsgrundlage ausgetauscht wird, ohne Vorbereitung, ohne klare Argumentation, gefährden Sie die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung insgesamt.

Wo ist die Berechenbarkeit? Im Infektionsschutzgesetz übrigens wird ausdrücklich auch ein regionaler Zugang angemahnt; im von der Großen Koalition beschlossenen Infektionsschutzgesetz wird angemahnt, regional zu differen-

zieren. Tatsächlich haben wir heute bereits eine Vielzahl von Landkreisen mit Inzidenzen von unter 50, gar unter 35. Und trotzdem gelten dort die gleichen Beschränkungen wie in den Hotspots mit Inzidenzen von über 200. Da ist bereits der Zweifel an der Verhältnismäßigkeit angelegt, Frau Bundeskanzlerin.

Es ist richtig, Kitas und Schulen zu öffnen. Aber auch in Ihrer Regierungserklärung hier haben Sie gerade deutlich gemacht, mit welcher inhaltlichem Widerstand aus dem Kanzleramt dies erfolgt. Herr Kretschmann hat das in der Runde dem Vernehmen nach gestern auch angesprochen. Warum stellt Frau Karliczek, finanziert mit öffentlichen Fördergeldern, in dieser Woche eine wissenschaftliche Studie zu der Frage vor, unter welchen Bedingungen, mit welchem Paket an Maßnahmen in der Pandemie die Förderung von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen möglich ist, wenn die eigenen Empfehlungen des Bundesbildungsministeriums im Bundeskanzleramt

nicht ernst genommen werden?

Sie öffnen die Friseure, obwohl das eine sogenannte körpernahe Dienstleistung ist und man sich nun wirklich sehr nahe kommt beim Haarschnitt. Das ermöglichen Sie, weil Sie sagen: Nun gut, da gibt es Hygienekonzepte, da wird die Maske getragen, und deshalb ist es verantwortbar, den Friseur zu öffnen. Das ist richtig. Aber gibt es solche Hygienekonzepte nur bei den Friseuren, nicht in gleicher Weise im Sport, in Fitnessstudios, die auch gesundheitspräventive Wirkung haben? Gibt es diese Gesundheitskonzepte nicht auch im Bereich der Kosmetik? Sind sie ausgeschlossen beim Handel? Gar in der Gastronomie sind solche Hygienekonzepte denkbar. Deshalb trägt die Entscheidung für die Friseure bereits den Makel einer nichtsystematischen Ausnahme. Was wir brauchen, ist eine Systematik klarer Regeln, weil nur das die Berechenbarkeit für die Menschen und übrigens auch für die Behörden bringt.

Diese Systematik in der Form ei-

nes Stufenplans war von Ihnen vor drei Wochen ja bereits auch angekündigt worden. Diese Arbeitsgruppe, falls sie tagte, hatte kein Ergebnis. Wir haben deshalb in dieser Woche einen Sieben-Stufen-Plan vorgelegt, mit dessen Systematik es möglich ist, regional zu öffnen.

Und dieser von uns vorgelegte Stufenplan

ist natürlich getragen von unseren Grundüberzeugungen. Vielleicht stärker als andere Fraktionen hier im Haus setzen wir Vertrauen in die Eigenverantwortung der Menschen, und setzen wir darauf, dass es für große Probleme auch innovative technische Lösungen gibt. Das muss nicht jeder teilen. Aber es gibt auch andere Stufenpläne: Innerhalb der Landesregierung von Rheinland-Pfalz mit Sozialdemokratie, den Grünen und FDP wird darüber nachgedacht. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein mit Union, Grünen und FDP war die erste, die einen solchen Stufenplan vorgelegt hat. Wem also unser hier vorgelegter Stufenplan, der liberalen Charakter hat, zu weitgehend ist, der findet mit Unterstützung der eigenen Kolleginnen und Kollegen in den Ländern auch politische Alternativen. Dass Sie als Bundesre-

gierung dennoch untätig gewesen sind und den einmal nicht erfüllten Arbeitsauftrag einfach in die Zukunft fortschreiben, das zeigt, dass Sie in Wahrheit gar kein Interesse an einem solchen Perspektivplan haben, so notwendig er auch ist.

Und deshalb, verehrte Anwesende, meine Damen und Herren, ist diese Regierungserklärung eine Enttäuschung. Sie ist bedauerlicherweise nur ein Weiter so.

Mein letzter Gedanke. Wenn Sie schon den Lockdown jetzt weiter verschärfen wer weiß, wie lange, dann passen Sie Ihre wirtschaftlichen Hilfen auch an. Es ist ein schweres Versäumnis, dass die Sozialdemokratie und Herr Scholz immer noch nicht ihren Widerstand gegen das unbürokratische, schnellste und wirksamste Instrument aufgegeben haben, Betriebe und Selbstständige zu unterstützen, nämlich den vollen steuerlichen Verlustrücktrag, und zwar auf die gesamten letzten Jahre seit 2017.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Es wird immer mehr! Gegenruf des Abg. Dr. Marco Buschmann (FDP): Sie machen auch immer längeren Lockdown, Herr Brinkhaus!)

Ralph Brinkhaus, CDU:

## Diese Pandemie wird nicht die letzte Katastrophe sein



Ralph Brinkhaus (\*1968)  
Wahlkreis Gütersloh I

Herr Lindner, die Zahl 50 und auch die Zahl 35 stehen im § 28a Infektionsschutzgesetz, hier im Deutschen Bundestag beschlossen, und sind insofern nicht willkürlich. Das zu Ihrer Behauptung, der Deutsche Bundestag wäre hier nicht beteiligt, meine Damen und Herren.

Wenn wir uns die Entwicklung der letzten Wochen und Monate angucken, dann muss man sagen: Der Lockdown wirkt. Wir kommen von Inzidenzen, von Neuinfektionszahlen von knapp 200, wir sind jetzt unter 65; das heißt,

die Maßnahmen haben gewirkt.

Und wir liegen übrigens auch im europäischen Vergleich mit unseren Neuinfektionen sehr, sehr gut, besser als viele, viele andere Länder, besser als viele Nachbarländer. Wir liegen auch insgesamt noch sehr gut bei der Anzahl der Infizierten auf 100 000 Einwohner und auch, ja, bei der Anzahl der Toten auf 100 000 Einwohner. Was schlecht ist das gehört zur Wahrheit leider auch dazu, ist die Anzahl der Toten bei den Hochbetagten. Das ist eine Sache, wo wir uns als Gesellschaft fragen müssen, ob wir dort alles richtig gemacht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Damen und Herren, das war jetzt sehr interessant. Jetzt sagt Herr Lindner: Da muss die CDU sich fragen.

Also, ich finde es schon sehr, sehr interessant, wie Sie mit dieser Krise umgehen, wie Sie versuchen, parteipolitisch Kapital zu schlagen, wie Sie versuchen, Wahlkampf in der schwersten Krise zu machen, die diese Republik hat.

Es ist erbärmlich, Herr Lindner. Und die Wählerinnen und Wähler

zeigen es Ihnen auch bei den Umfragen, dass das nicht verfängt, was Sie hier veranstalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind beim Impfen zu langsam, aber mittlerweile ins Rollen gekommen, und wir sind beim Thema Wirtschaftshilfen das muss man an dieser Stelle auch sagen viel, viel umfangreicher unterwegs als die meisten anderen Länder. Und ja, Herr Mützenich, dazu gehört auch das Kurzarbeitergeld. Dazu gehört ein vereinfachter Zugang bei Hartz

IV. Es ist ein Gesamtpaket, was wir im Bereich Wirtschaft auf den Weg gebracht haben, und es ist gut, dass die Überbrückungshilfe III jetzt auch ausgezahlt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und für all diejenigen, die jetzt sagen: Ja, aber in anderen Ländern ist es besser. Ja, andere Länder haben andere Umstände. Australien ist eine Insel, und wir können uns gerne mal die Repressionsmaß-

nahmen in China daraufhin angucken, ob wir die hier haben wollen. Und im Übrigen ist es so, dass andere Länder auch nicht so viele Hochbetagte haben wie wir. Aber eins ist auch richtig: Alle Länder, die besser durch die Pandemie gekommen sind als wir, hatten zuerst einen radikalen Lockdown und haben zuerst die Zahlen nach unten geknüpelt, nach unten geprägt.

Deswegen ist es auch richtig, was wir hier machen, dass wir sagen: Bevor wir in differenzierte Maßnahmen einsteigen, müssen wir erst die Zahlen nach unten kriegen.

Und das ist genau die Politik, die auch nach den Beschlüssen gestern in der Ministerpräsidentenkonferenz entsprechend weitergeführt wird. Diese Politik ist richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen ist es auch voll zu unterstützen, dass die Lockdown-Maßnahmen weitergeführt werden.

Sorgen bereitet mir allerdings, auch wenn es in unserem Grundgesetz so vorgesehen ist, dass die Länder individuell darüber entscheiden, die Schulen und die Kitas wieder zu öffnen. Ich habe da meine Zweifel, ob das in dieser Phase richtig ist.

**Ich glaube, wir haben im Bereich Schule sehr, sehr viel zu tun.**

Denn betrachten wir mal, von welchen Zahlen wir kommen. Die Bundeskanzlerin hat es gesagt: Wir kommen von Inzidenzen unter 10, unter 5, und da müssen wir auch wieder hin, um entsprechend die Öffnungen hinzukriegen.

Natürlich ist es sehr, sehr hart für die Schülerinnen und Schüler, für die Eltern, für die Familien, und wir erkennen auch an, dass es hart ist. Es ist eine Zumutung. Aber es ist auch eine Zumutung, dass mehr als 60 000 Menschen in diesem Land gestorben sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch das muss man immer wieder im Hinterkopf behalten, wenn man über Freiheitsrechte redet. Und ich bleibe dabei, Herr Lindner, was ich hier vor einigen Wochen gesagt habe: Freiheit ist auch immer die Freiheit der Schwachen und nicht nur die Freiheit der Starken.

Aber wenn wir mal nach vorne schauen, dann reicht es ja jetzt nicht, dass Ministerpräsidenten, dass das Bundeskabinett, dass wir hier uns klar darüber sind, wie es weitergeht, sondern es gibt eine Menge Dinge, die noch zu tun sind. Ich möchte Ihnen fünf Dinge nennen, an die wir jetzt ran müssen.

Das erste ist das Thema Schulen. Ja, es ist die Länderkompetenz. Aber trotzdem erwarte ich gerade vor dem Hintergrund, dass jetzt wieder Öffnungen auf den Weg



gebracht werden Teststrategien, Lüftungsstrategien, Logistikstrategien, sodass die Schulbusse nicht mehr so voll sind. Beim Thema Schulen erwarte ich, dass es eine Lernstandserhebung dazu gibt, was verpasst worden ist, dass es Konzepte dafür gibt, wie dieser Stoff über den Sommer hinweg durch Nachhilfe, durch Sommerakademien aufgeholt werden kann, dass es Konzepte dafür gibt, wie insbesondere die Kinder gefördert werden, die in benachteiligten Familien aufwachsen, wo nicht geholfen werden kann, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gehört nämlich auch dazu. Ich glaube, wir haben im Bereich Schule sehr, sehr viel zu tun.

Der zweite Bereich: Gesundheitsämter. Das Rückgrat unserer Pandemiebekämpfung sind die Gesundheitsämter. Ja, wir haben einen Pakt für das öffentliche Gesundheitswesen. Ja, wir haben mehr Geld bereitgestellt. Aber dieses Geld muss jetzt auch entsprechend umgesetzt werden. Die Softwarefrage muss schnell gelöst werden. Wir müssen die Prozesse analysieren, und wir brauchen eine Monitoringstelle, wo die Qualität der Gesundheitsämter auch tatsächlich kontrolliert wird; sonst können sie nicht das Rückgrat der Bekämpfung der Pandemie sein. Und ja, dazu gehört auch eine adäquate Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern.

Dritter großer Bereich: Altenheim. Wir haben jetzt viele Erfolge beim Impfen der hochbetagten Menschen erzielt, die in den Altenheimen wohnen. Wir brauchen aber eine weiterführende Strategie. Was ist mit den Menschen, die jetzt neu aufgenommen werden, die noch nicht geimpft sind? Wo gibt es da das Konzept, mit dem flächendeckend sichergestellt wird, dass derjenige, der neu in einem Altenheim aufgenommen wird, auch geimpft wird?

Wie führen wir die Teststrategien weiter? Es reicht ja nicht, jetzt zu sagen: Alle sind geimpft, und alles ist gut.

Vor allen Dingen müssen wir eins klären und das habe ich eben schon mal gesagt, und das ist das große Problem, das wir in dieser Pandemie gehabt haben: Warum sind so viele Menschen in den Alten- und Pflegeheimen gestorben? Was ist dort falsch gemacht worden? Diese Fragen müssen nicht beantwortet werden, um mit dem Finger auf irgendjemanden zu zeigen, sondern um die Dinge in der Zukunft besser zu lösen und vor allen Dingen eine höhere Sicher-

heit für die Menschen dort zu erzielen. Vierter Bereich: Impfen. Ja, wir beschaffen jetzt mehr Impfstoff. Das ist gut.

Wir brauchen eine zweite Sache, wir brauchen ein besseres Impfterminvergabemanagement. Was in einigen Bundesländern in den letzten Wochen passiert ist dass 80-Jährige und über 80-Jährige tagelang in Telefonwarteschleifen festgehalten haben, dass sie in Onlineschleifen festgesessen haben, das ist nicht akzeptabel, und das ist würde und respektlos gegenüber den alten Menschen in diesem Land.

Und wenn wir über das Thema Impfen reden, dann müssen wir uns auch darauf vorbereiten, dass diese Pandemie nicht vorbei ist, dass wir vielleicht nachimpfen müssen, dass wir noch mal impfen müssen, dass die nächste Pandemie kommt. Deswegen brauchen wir eine Impfstrategie 2022. Und eins haben wir gelernt: Bei aller Wertschätzung für globalisierte Wertschöpfungsketten brauchen wir eine Impfstoffproduktionsautarkie innerhalb der Europäischen Union. Wenn wir nicht in der Lage sind, unseren Impfstoff selbst herzustellen, dann werden wir immer von anderen Regierungen, von anderen Regionen abhängig sein. Dafür ist die Frage zu ernst.

Beim Thema Impfen, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich auf noch einen Punkt hinweisen. Wir tun hier immer so, als wenn alles zu langsam wäre und nicht schnell genug ginge. Das mag vielleicht auch richtig sein. Aber die meisten Länder in dieser Welt impfen noch gar nicht, insbesondere Schwellenländer, insbesondere Länder in der Dritten Welt. Ich glaube, wir haben die moralische Verpflichtung, dass wir Impfstoff auch weltweit zur Verfügung stellen. Wir sollten nicht nur an uns denken, sondern wir sollten auch an die Welt denken, wenn wir über das Thema Impfen reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch einen weiteren Punkt. Da können wir nicht warten, bis die Pandemie vorbei ist. Dabei habe ich sowieso die Befürchtung: Wenn die Pandemie vorbei ist, dann werden wir uns wieder anderen Dingen zuwenden und nicht den Katastrophen, nicht den Dingen, die auf uns zukommen können; denn diese Pandemie wird nicht die letzte Katastrophe sein. Sie wird nicht die letzte Pandemie sein. Die nächste Katastrophe kann im Cyberbereich stattfinden. Es können Klimafolgen sein wie Dürre, wie Hochwas-

ser und viele andere Sachen. Wir haben eigentlich die Mechanismen, dass wir eine Risikoanalyse machen. Ja, wir hatten auch eine Risikoanalyse zu Pandemien; aber wir haben sie nicht ernst genug genommen. Dementsprechend müssen wir uns intensiver mit einer Katastrophenvorsorge beschäftigen. Wir haben auch nicht die gesetzlichen Grundlagen. Ich bin der Meinung, dass der Deutsche Bundestag sehr gut und vernünftig mit der Sache umgegangen ist, dass wir gesetzliche Grundlagen in kurzer Zeit geschaffen haben. Aber wir müssen uns grundständig damit beschäftigen: Was ist denn bei nationalen Notständen? Wir haben eine Notstandsgesetzgebung im Wesentlichen für den Verteidigungsfall. Aber wir glauben doch alle nicht, dass die nächste große Katastrophe in diesem Land der

Verteidigungsfall sein wird, sondern das wird etwas anderes sein. Und ja, wir müssen das Verhältnis von Exekutive und Legislative auch klären und definieren, und zwar für alle Katastrophen und für alle nationalen und europäischen Notstände.

Wir müssen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eines machen: Wir müssen uns besser darauf vorbereiten. Wir haben super Katastrophenstäbe in den einzelnen Landkreisen und in den Städten. Wir sind regional super aufgestellt mit den Feuerwehren und den Hilfsorganisationen. Aber denken wir an die operative Bundesländer-Koordination bei Katastrophen: 24 Stunden, sieben Tage in der Woche ständige Katastrophenstäbe, Stäbe, die auch üben. Die Bundeswehr hat 70 Jahre für den Fall geübt, dass irgendwelche

Panzer an unserer Grenze stehen. Sie sind Gott sei Dank nicht gekommen. Wir müssen den Umgang mit Katastrophen üben. Wir müssen Automatismen schaffen, dass wir mit diesen Katastrophen besser klarkommen. Darum geht es jetzt, und das muss die Lehre aus dieser Pandemie sein. Insofern haben wir noch sehr viel zu tun. Wir sollten das angehen.

Wir müssen jetzt alles dafür tun, dass diese Pandemie aufhört. Aber, ehrlich gesagt, diese Krise wäre eine vergeudete Krise, wenn wir nicht daraus lernen würden. Wir müssen lernen. Einige Punkte habe ich Ihnen aufgezeigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

## Es muss Schluss sein mit Selbstgerechtigkeit



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Frau Bundeskanzlerin, es mag Sie nerven, aber ich will ausdrücklich festhalten: Für Die Linke bleibt es inakzeptabel, dass wir im Bundestag erst wieder nach einer Ministerpräsidentenrunde debattieren und nicht vorher.

In der Krise zeigt sich die Stärke der Demokratie und ihrer Institutionen. Der Bundestag gehört dazu.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind der Auffassung, dass im Großen und Ganzen nichts schiefgelaufen ist. Herr Brinkhaus hat sinngemäß eben den Satz gesagt: Selbst bei den Toten liegen wir gut.

Den würde ich noch einmal überprüfen.

Ich will festhalten, dass viele Menschen in unserem Land es anders sehen, wenn Sie meinen, nichts sei schiefgelaufen. Sie haben auch heute wieder null Selbstkritik geäußert, aber vergleichsweise viel Selbstgefälligkeit. Auch einer Bundeskanzlerin steht ein gewisses Maß, ein Mindestmaß an

Selbstkritik gut zu Gesicht, meine Damen und Herren.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben auf Vorschläge aus diesem Haus von uns, von den Grünen, von der FDP wenig gehört und im Sommer und im Herbst das Land nicht auf den Coronawinter entsprechend vorbereitet. Ich will nur ein Beispiel nennen: Im Herbst ist hier über ein Schutzkonzept für Heime gesprochen worden; auch viele Experten haben das eingefordert. Und täglich sterben weiter viele Menschen in Alten und Pflegeheimen, weil sie nicht geschützt werden und der Impfstoff fehlt. In Hessen zum Beispiel kamen im Januar 73 Prozent derjenigen, die an Corona verstorben sind, aus Alten und Pflegeheimen. Und Sie sagen, da ist nichts schiefgelaufen? Das Sterben in den Heimen ist vielleicht das dunkelste Kapitel der letzten Jahrzehnte. Dazu gab es übrigens nie einen Gipfel. Nicht dass wir als Opposition das alles besser gemacht hätten, darum geht es überhaupt nicht; aber diese Papsttätigkeit der Unfehlbarkeit ist in dieser Situation unangebracht, meine Damen und Herren. Deshalb: In einer historischen Ausnahmesituation, wo das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, über das wir alle sprechen, das höchste Gut ist, sollten Fehler zugegeben werden und nicht selbstgerecht vom Tisch gewischt werden. In den letzten Monaten ist vieles schiefgelaufen. Vom Pandemieweltmeister im Frühjahr sind wir abgestiegen in den Impfkeller Europas. Wir haben seit Wochen

leere Impfzentren, Millionen verzweifelte Bürger, die stundenlang in Warteschleifen stecken. Und Sie sagen, es ist nichts schiefgelaufen? Beim Impfen stehen wir hinter Rumänien, hinter Griechenland, hinter der Slowakei. Wir sind selbst in der EU weit abgeschlagen.

Frau Bundeskanzlerin, Deutschland hatte im vergangenen Jahr von Juli bis Dezember die Ratspräsidentschaft in der EU. Natürlich ist es richtig, dass europäisch bestellt wurde; das bestreitet doch von uns hier niemand. Aber überaus fraglich ist in der Tat, warum Sie eine frühere Ministerin damit beauftragt haben, die schon einmal an Verträgen gescheitert ist.

Frau von der Leyen nach dem Beraterskandal im Verteidigungsministerium den Ausweg nach Europa zu ermöglichen, war augenscheinlich ein Fehler, Frau Merkel.

Aber zurück zu Ihrem Krisenmanagement. In Deutschland wachsen die Unzufriedenheit, Verzweiflung und auch Wut. Das hat sich auch nach gestern nicht geändert, und das wissen Sie. Herr Brinkhaus hat die Länder, wo es nicht funktioniert, genannt. Aber in den USA, in Großbritannien, in Israel, in vielen anderen Ländern wird im Rekordtempo geimpft, und in Deutschland erleben die Menschen aktuell eben ein Impfdebakel. Das ist die Wahrheit.

Sie müssen drei Fragen den Bür-

Fortsetzung auf nächster Seite



gerinnen und Bürgern beantworten.

Erstens. Warum bestellte die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft den Impfstoff, den Deutschland mit viel Steuergeldern gefördert hat, vier Monate später als Großbritannien und die USA? Zweitens. Warum bestellte die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft weniger Impfdosen von BioNTech und Moderna, als möglich war? Und warum hat es Deutschland zugelassen, dass beim Preis gefeilscht worden ist? 520 Millionen Impfdosen weniger wurden zunächst bestellt. Andere Staaten haben nicht geknausert, als es um das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger ging.

Drittens. Warum haben sich die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft und die Bundesregierung selbst im Jahr 2020 nicht um die Ausweitung der Produktionskapazitäten gekümmert? Der Impfgipfel vergangene Woche war faktisch ein Placebo. Sie haben die Impfstoffentwicklung zu Recht gefördert, aber die Produktion bis heute verschlafen. Großbritannien und die USA agieren vergleichsweise komplett anders.

Nun sagen Sie immer: Das ist der Flaschenhals am Anfang. Aber das ist nicht der Fall. In den USA werden 1,5 Millionen Menschen täglich geimpft, und es werden

täglich noch mehr, die geimpft werden. Die Amerikaner haben eben sehr früh in der Operation Warp Speed 18 Milliarden Dollar in Forschung, Produktion und Impfstoffe investiert. Die EU hat darin nur 3 Milliarden Euro investiert. Was für ein Missverhältnis! Europa hat deutlich mehr Einwohner. Es ist kein Zufall, dass in drei amerikanischen Bundesstaaten inzwischen mehr geimpft worden ist als in ganz Europa. Sie sagen, Herr Brinkhaus, völlig zu Recht: Impfstrategie! Aber sorgen Sie einmal dafür, dass bei den Hausärzten jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die impfberechtigt sind, damit die zügig agieren können. 20 Millionen impfen die jedes Jahr gegen Grippe. Das muss man aber jetzt vorbereiten, damit das möglich wird.

Meine Damen und Herren, ich will eine Bemerkung machen: Die Pandemie ist weltweit, ja. Was ist eigentlich mit dem globalen Süden? Wann soll der impfen? Wir haben eine Sondersituation. Deswegen: Heben Sie die Patente auf! Es muss global produziert und geimpft werden. Patentschutz ist

eine Impfbremse und ein Mutationstreiber. Corona kann in veränderter Form zurückkommen, das erleben wir gerade.

Meine Damen und Herren, für Kinder, für Jugendliche, für Alleinerziehende wird der Zustand mit jedem Tag unerträglicher. Kinder dürfen aber nicht die Verlierer der Krise sein. Wie viel Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler waren eigentlich bei Ihren Beratungen dabei? Heute hören wir von einer Studie aus Hamburg: Ein Drittel der Kinder haben psychische Störungen durch die Pandemie. Es ist nicht nur das Virus, das krank macht; es

ist auch der Umgang mit dem Virus, der zunehmend Schäden anrichtet. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Infektionszahlen mit viel Selbstdisziplin und Solidarität nach unten gebracht. Ja, dazu gehört immer der Dank etwa an die Ärzte und Pfleger; da kann ich mich Ihnen anschließen. Aber sie haben das auch im Vertrauen auf die Politik gemacht, und das wurde vielfach enttäuscht. Sie haben heute darauf aufmerksam gemacht, dass Herr Altmaier das gestern schon auf die Seite gebracht

### Ein Drittel der Kinder haben psychische Störungen durch die Pandemie.

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

## Diese Pandemie wird uns noch lange beschäftigen



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

die Bundesregierung egal sein. Ist es mir aber nicht. Warum? Weil wir bei weniger Vertrauen eben auch erleben, dass die Maßnahmen weniger ernst genommen werden. Das ist das Problem, vor dem wir heute stehen.

Jetzt kann man einen Moment lang über die Sache mit den Frisuren lachen. Ich gönne jedem und jeder hier und anderswo eine Frisur.

Ich gönne übrigens auch den Friseurinnen die Einnahmen. Aber damit ist nichts anderes getan, als dass man das Gefühl hat, hier soll dem Volk ein Bömschen gegeben werden. Das ist aber keine Strategie. Das ist nicht langfristig. Das ist nicht klar. Das ist nicht eindeutig. Deswegen, sage ich, haben wir weiter ein riesiges Problem.

Ich will eindeutig sagen: Für mich heißen Perspektiven, Stufenpläne nicht, dass wir jetzt öffnen. Wir alle wissen doch, dass sich die Mutanten in Deutschland längst ausgebreitet haben und weiter ausbreiten werden. Es geht jetzt nicht ums Öffnen, sondern es geht

darum, dass wir allen in unserem Land klarmachen, woraufhin wir gemeinsam arbeiten. Dieses Woraufhin wir gemeinsam arbeiten weiterhin mit Vorsicht haben Sie gestern nicht geliefert.

Wenn das nicht funktioniert, wenn es in der MPK nicht funktioniert und wenn die Autorität eben nicht reicht, dann das sage ich hier in diesem Haus müssen wir es von hieraus tun, es in diesem Parlament beschließen, im Bundesrat beschließen. Dann haben wir eine transparente, eindeutige, gemeinsame Haltung, die diskutiert ist, die transparent ist, die von Alternativen lebt, meine Damen und Herren. Das wäre notwendiger denn je.

Es ist doch ganz klar: Wir als Abgeordnete sind gewählt, und die Menschen haben uns das Vertrauen gegeben, dass wir diese Dinge auch tatsächlich lösen und

hat. Am 10. Februar! Ich meine, die Novemberhilfen sind teilweise noch nicht ausgezahlt Novemberhilfen!; wir haben Februar. Das ist ein Skandal. Fragen Sie einmal Unternehmer und Handwerker, wie es denen geht. Da sagt Herr Altmaier auch, er sieht keine Fehler, und schiebt das auf die Länder. Also, wenn er keine Fehler sieht, dann muss er wirklich einmal zum Augenarzt gehen, meine Damen und Herren.

Hunderttausende Menschen bangen um ihre Selbstständigkeit und ihre wirtschaftliche Existenz. Warum gibt es kein unbürokratisches Selbstständigengeld, keinen Unternehmerlohn? Den Großen helfen Sie vergleichsweise unkompliziert, wie wir immer wieder sehen, und bei den Kleinen warten Sie monatelang.

Meine Damen und Herren, das Land treibt aktuell sozial weiter auseinander. Familien und Menschen in der Grundsicherung haben Sie nach dem Koalitionsausschuss jetzt 150 Euro gegeben. Ja, das ist richtig; aber, ehrlich gesagt, das ist natürlich viel zu wenig. 12,50 Euro im Monat sind das. Ich will einmal dazusagen: Am selben Tag am selben Tag! wird mit Stolz verkündet, dass die Ausgaben für Verteidigung nach NATO-Kriterien bei 53 Milliarden Euro liegen. Was ist denn das für

eine Relation? Und da sagen Sie noch „Stolz“. Ich sage: Das ist Wahnsinn. Uns bedrohen keine fremden Armeen, uns bedroht ein Virus und nichts anderes.

Mit Blick darauf, dass der Eigentümer der Supermarktkette Lidl sein Vermögen in der Krise von 22 Milliarden auf 36 Milliarden Dollar gesteigert hat, ist es obszön, wenn wir alle hier sagen: Den Coronahelden müssen wir danken. Bei denen ist bei den Arbeitsbedingungen, bei den Löhnen viel zu wenig passiert. Andere haben Milliardenzuwächse, und bei denen wird wirklich nur gekleckert.

Nein, meine Damen und Herren, aktuell kommt Deutschland als Ganzes eben nicht gut durch die Krise. Ihre Bilanz ist nicht gut weder bei der Pandemiebekämpfung noch im sozialen Bereich noch bei den Wirtschaftshilfen. Es muss Schluss sein mit Selbstgerechtigkeit. Wir brauchen Transparenz.

Wir brauchen möglichst eine Planbarkeit ja, völlig richtig; nicht an Daten, aber an mehreren Werten, damit Zuversicht in unserem Land steigt. Das ist das dringlichste Gebot: Zuversicht muss wieder wachsen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

regeln. Deswegen richte ich mich ausdrücklich an Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD. Sie haben in Ihren Fraktionen ganz offensichtlich wir haben es von der CDU/CSU Fraktion auch lesen können sehr viel Ärger mit der Bundesregierung gehabt. Das ist eine Auseinandersetzung, die ganz normal ist; darüber will ich mich auch gar nicht erheben. Es werden Fehler gemacht, und diese Fehler muss man thematisieren. Ich glaube, das ist total richtig. Aber es reicht doch nicht, hinter verschlossenen Türen, weil

### Diese 20er-Jahre könnten goldene 20er werden, wenn wir Krisen gemeinsam bewältigen.

etwas durchgestochen wird, darüber zu reden, sondern das muss genau hier passieren, damit wir es in Zukunft gemeinsam besser machen, meine Damen und Herren.

Das betrifft auch umso mehr die Wirtschaftshilfen. 100 Tage waren die Menschen ohne Hilfe und ohne einen Cent Einnahmen auf dem Konto 100 Tage! Es tut mir leid, ich kann heute nicht „Halleluja“ rufen, weil jetzt endlich einmal das Programm aufgelegt wird. 100 Tage ohne Hilfe! Und die Hilfe, die kommt, ist auch noch längst nicht ausreichend.

Sie bedeutet für viele Soloselbst-

ständige, für Künstlerinnen und Künstler, dass sie im Vergleich zu dem, was sie eigentlich brauchen, nicht existieren können.

Deswegen sage ich, meine Damen und Herren: Diese Wirtschaftshilfen sind ein riesiges Versagen der Bundesregierung, ein Hin und Herschieben zwischen Wirtschaftsminister und Finanzminister. Ich verstehe auch nicht, warum die SPD weiterhin nicht beim Unternehmerlohn mitmacht. Geben Sie sich einen Ruck, und helfen Sie den Menschen wirklich! Das hat auch mit Vertrauen zu tun. Das hat auch damit zu tun, wie wir aus der Krise wieder herauskommen.

Wir haben Monate gebraucht, bis es eine Regelung zum Homeoffice gab. Mir macht es Sorgen, dass wir einerseits darüber reden, wie wir es denn mit den Kindern schaffen ich komme gleich dazu, andererseits heute immer noch 20 Prozent mehr Menschen auf dem Weg zur Arbeit und nicht im Homeoffice sind als im März. Warum ist das so? Weil sie Sorge haben, dass sie in ihrem Unternehmen gedisst werden, aus ihrem Unternehmen womöglich entlassen werden, weil sie nicht mitmachen. Deswegen ist es auch eine politische Frage, ob wir klar und

Fortsetzung auf nächster Seite



eindeutig sagen: Homeoffice muss jetzt gemacht werden, auch damit Kinder in die Schule können und die Kitas geöffnet werden können.

Ich will genau dazu etwas sagen. Nach einem Jahr Pandemie können wir nicht mehr sagen: Schule auf oder Schule zu? Ich verstehe nicht, warum man sich darauf gestern nicht einigen konnte. Ich verstehe vor allen Dingen nicht, warum es nicht gemeinsame Voraussetzungen dafür gibt, dass in Schulen und Kitas Sicherheit für die Kinder, für die Erzieherinnen und für die Lehrerinnen herrscht.

Herr Brinkhaus, die erste Voraussetzung dafür müssten wir jetzt gemeinsam schaffen: dass es wirklich für alle Schnelltests gibt, dass es wirklich ein Luftfilterprogramm gibt, das auch ankommt; denn wir werden nicht davon ausgehen können, dass das alles doch im April vorbei ist. Aber beim anderen bin ich sehr bei Ihnen. Wo ist denn das große Programm mit einem Fonds, mit einem Bundesfonds, das dafür sorgt, dass wir jetzt herausfinden, welche Kinder besonders viel Hilfe brauchen?

Wo ist denn das Programm, mit dem wir tatsächlich feststellen,

welche Kinder besondere Hilfe brauchen? Wir haben die zum Teil ein Jahr nicht gesehen; die waren nicht in der Notbetreuung, die waren nirgendwo.

Deswegen sage ich Ihnen ganz eindeutig, Herr Brinkhaus: Bitte lassen Sie uns das zusammen machen, ohne uns gegenseitig anzumeckern.

Das haben die Kinder in diesem Land überhaupt nicht verdient. Das haben die Kinder in diesem Land nicht verdient! Ganz im Gegenteil. Was müssten wir eigentlich tun? Wir müssen doch jetzt sagen: Konzepte für die Schulen sind da, sodass man dort sicher arbeiten kann. Und dort, wo es in der Schule nicht geht und wo auch der Wechselunterricht noch nicht reicht, setzen Sie das, was an Fantasie schon längst da ist, um. In Lüneburg wird in einer Kirche unterrichtet, und in Waffenrod-Hinterrod, einem kleinen Ort an der thüringisch bayerischen Grenze, wird im Gemeindehaus unterrichtet, weil die Leute sagen: Wir können das mit Sicherheit hinbekommen. Deswegen: Bevor man sich auf die Friseurin einigt, bitte mit aller Kraft dafür sorgen, dass

Schule sicher für Schülerinnen und Schüler und für Eltern ist und Kitas für Erzieherinnen auch tatsächlich stattfinden kann.

Von dieser Anstrengung hängt sehr viel ab. Ich finde es sehr bemerkenswert, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie auch öffentlich gesagt haben: Ich konnte mich da nicht durchsetzen. Wo Sie sich aber hätten durchsetzen können, das ist bei der Bereitstellung der Voraussetzungen. Das halte ich nach wie vor für den zentralen Punkt.

Dazu gehört übrigens auch, dass wir sehr direkte Hilfe brauchen. Viele Kinder leiden jetzt am meisten unter der Pandemie, aber womöglich auch noch dann, wenn sie schon längst vorbei ist. Deswegen brauchen sie jetzt unmittelbare Hilfe, sei es ein Student, der Flüchtlingskindern hilft, die dann hinterher sagen können: „Ich will Ingenieurin oder Ärztin werden“, oder die Großmutter, die im Feuerwehrhaus erklärt, wie das mit den Kegeln und mit den Quadern ist. Ja, warum denn eigentlich nicht? Wir könnten sehr viel mehr, wenn wir mit sehr viel mehr Fantasie unterwegs wären. Die Künstlerinnen und Künstler

könnten am Ende sogar noch im Museum oder in der Galerie dafür sorgen, dass Kinder nicht einfach zu Hause sitzen gelassen werden. Vom Sitzenbleiben zu reden, ist jedenfalls der falsche Weg.

Diese Pandemie wird uns noch lange beschäftigen. Gleichzeitig sollten wir uns jetzt mit der Frage auseinandersetzen: Was kommt eigentlich danach? Nur dann werden wir es auch wirklich schaffen, das hier durchzuhalten. Also nach dem #Flockdown und dem Lockdown, wann kommt eigentlich Open-up? Das klingt ein bisschen nach Aufbruch, das klingt für manche sogar ein bisschen nach Tanzen. Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Aufbruch arbeiten.

Wir sehen in der Beschränkung, was uns etwas bedeutet: Begegnung, Nähe, Kontakt, Kino, Kultur, Klubs. Wir sehen, was machbar ist, wenn gemeinsam gehandelt wird ja, das sehen wir tatsächlich, wenn sich alle gemeinsam anstrengen. Wir sehen, was möglich wäre. Wir haben nicht nur diese eine Krise. Die Klimakrise schläft weiterhin nicht, und die Artenkrise, die stillste von allen, auch nicht.

Wenn wir bei der einen sehr viel Geduld brauchen, ist es bei den beiden anderen so, dass wir sehr viel und sehr schnell handeln müssen, und zwar auch von diesem Ort aus.

Diese 20er-Jahre könnten goldene 20er-Jahre werden, wenn wir zeigen, dass wir Krisen tatsächlich gemeinsam bewältigen, mit allem, was uns zur Verfügung steht, mit aller Kraft und immer gemeinsam mit den Menschen, und zwar von hier aus und nicht Top-down, von hier aus mit demokratischer Beteiligung. Vielleicht können wir dann irgendwann gemeinsam darauf tanzen. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Bärbel Bas (SPD), Sebastian Münzenmaier (AfD), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Nadine Schön (CDU/CSU), Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen), Sabine Dittmar (SPD), Andreas Jung (CDU/CSU) sowie Gitta Connemann (CDU/CSU).

Beratung des Antrags der AfD zur Einhaltung der Schuldenbremse / 209. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 11. Februar 2021

Peter Boehringer, AfD:

## Schulden sind die Steuern von morgen



Peter Boehringer (\*1969)  
Landesliste Bayern

Rechtsverstöße werden nicht dadurch geheilt, dass man sie nur wenige Monate später erneut begeht. Im nunmehr dritten Haushalt reißt die Koalition auch 2021 die Schuldenbremse gemäß Artikel 115 Grundgesetz und rechtfertigt dies mit einer Notsituation. Das Covid-19-Problem kann aber per Definition nicht über Jahre anhalten. Darum müssen wir heute erneut einen

Antrag auf Rechtsnormenkontrolle einbringen. Die in unserem Antrag angeführten Fragen schreiben nach rechtlicher Klärung. Gerichte müssen gelegentlich auch Mehrheitsvoten eines Parlaments prüfen, wenn dieses seine Befugnisse missbraucht, was wir in der Klageschrift ausführlich darlegen.

Um die Entgegnung auf die absehbaren, aber falschen Vorwürfe der Nachredner vorwegzunehmen: Das Begehren einer Klärung der Verfassungskonformität ist ein völlig rechtsstaatlicher Vorgang und ein demokratisches Minderheitenrecht. Und doch hörten wir bei vergleichbaren Normenkontrollanträgen der AfD – so vor zwei Wochen und auch schon im Jahr 2020 – Sätze wie: Sie bekommen doch keine Mehrheit. – Das kam vom SPD-Kollegen Franke. Nun, das ist die Arroganz der Macht. Mit dieser Einstellung spricht man der Opposition jedes Werben um eine Mehrheit oder auch nur um ein 25-Prozent-Quo-

rum gemäß Artikel 93 Grundgesetz ab. Das ist parlamentarisch sehr bedenklich, und ich fürchte, wir hören es gleich noch mal.

Wenn es danach ginge, wie groß die Chancen auf eine Mehrheit sind, dann dürfte die Opposition nach Ansicht der Koalition offenbar keinerlei Anträge mehr stellen.

Auch die Antragsformel, die wir gewählt haben – „Der Deutsche Bundestag begrüßt ...“ –, ist völlig normal und wurde bereits mehrfach bestätigt durch das zuständige Parlamentsreferat. Dies immer wieder ins Lächerliche zu ziehen, ist nur Beleg für den mangelnden Willen der Altparteien, sich inhaltlich mit den Argumenten unserer Klageschrift auseinanderzusetzen.

Erstens. Die Regierung will 180

Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen; die gemäß Schuldenbremse zulässige Kreditaufnahme wird somit um 164 Milliarden Euro überschritten. Allein schon der Höhe nach ist diese Überschreitung nicht gerechtfertigt, da der Bund auch 2021 die Asylrücklage nicht nutzt. Man kann aber nicht zugleich Rücklagen haben und Notkredite aufnehmen. So verlangen es das Wirtschaftlichkeitsgebot gemäß Artikel 114 Grundgesetz und § 7 BHO.

Zweitens. Ich sagte hier schon im September 2020: „Herr Scholz wird die ... Schuldenmittel 2020 gar nicht ausgeben können. ... Es war auch gar nie geplant, weil man das Geld für das Wahljahr 2021 vorhalten wollte.“ So weit mein Zitat. Und genau so kam es dann auch. Das aber war rechtsmissbräuchlich. Kreditfinanzierte Rücklagenbildung über mehrere Jahre ist verboten. Etwas Ähnliches passiert nun im Haushalt 2021, indem die Rücklagen sogar nochmals verstärkt werden. Das ist ein Verstoß gegen das Jährlichkeitsgebot nach Artikel 110 Grundgesetz und § 4

BHO.

Drittens. Gespart wird im Haushalt an keiner Stelle, und viele der Programme stehen gar nicht im Veranlassungszusammenhang mit Corona. Das aber wäre natürlich Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Ausnahmerechtsregel des Grundgesetzes. Eine durch eine Notsituation begründete Schuldenaufnahme darf nicht zur Umsetzung einer Politik genutzt werden, die ohnehin und unabhängig von der Notsituation verfolgt werden sollte.

Viertens. Eine gesundheitliche Notlage ist weiterhin nicht gegeben; zu keinem Zeitpunkt gab es eine Überlastung des Gesundheitssystems. Die Sterblichkeitsrate lag in Deutschland im Jahr 2020 entgegen der gegensätzlichen Propaganda nicht über dem Erwartungswert. Das von der Koalition seit Monaten vorgetragene Narrativ, wonach nur entschiedenes staatliches Handeln zur Begrenzung der Krankheitsfälle geführt habe, ist weiterhin völlig unbelegt, auch wenn es hier immer wieder wiederholt wird. Ganz im Gegenteil hat erst die seit April letzten Jahres anhaltende staatliche Überreaktion die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit herbeigeführt. Der Eintritt der wirtschaftlichen Not war im drit-

**Die zulässige Kreditaufnahme wird um 164 Milliarden Euro überschritten.**



ten Corona-Haushalt des Bundes damit ganz sicher nicht mehr der Kontrolle des Staates entzogen. Auch diese Voraussetzung im Grundgesetz für die Inanspruchnahme der Schuldsonderregel ist daher 2021 nicht mehr gegeben.

Der wahre Grund der Schuldenorgie ist dieser: Nur so kann Minister Scholz die Lockdown-Folgen noch bis zur Bundestagswahl abfedern. Das Grundgesetz wird hier zum uferlosen Schuldenmachen missbraucht. Es steht nun sogar zu befürchten, dass Sie die Notlage dauerhaft machen – bis 2022 und vermutlich sogar darüber hinaus. Genau dies hat das Kanzleramt gefordert, auch wenn es sofort dementiert wurde; das

stimmt. Aber am Ende war Kanzleramtsminister Braun einfach nur ehrlich. Er sagte: „Die Schuldenbremse ist in den kommenden Jahren ... nicht einzuhalten.“ Und er behält damit leider sogar recht, wenn man denn nicht spart. Nur mit Sparen wäre die Schuldenbremse einhaltbar, und das vor allem nur bei sofortigem Ende des Lockdowns. Das ist die *Conditio sine qua non*.

Da man das aber CDU-seitig beides nicht will, fordert Herr Braun dann – aus seiner Sicht logisch – eine Grundgesetzänderung. Er will die Schuldenbremse ganz aus dem Grundgesetz streichen und damit jede Haushalts-solidität dauerhaft abschaffen. Ja, ich weiß, dass es dementiert wur-

de. Aber er war halt ehrlich. Er will das nicht mehr in dieser Legislatur tun, denke ich, aber dann in der nächsten, wenn sich problemlos eine Mehrheit gegen jede Finanzseriosität finden wird – die ganz große Koalition der Schuldenfans von Dunkelrot über Rot über Grün bis Schwarz.

Spannend wird es zuvor noch beim Eckpunkteentwurf zum Haushalt 2022. Offiziell will die Regierung im Jahr 2022 zur Schuldenbremse zurückkehren. Doch aus dem Finanzministerium klingt es bereits jetzt anders. Die Union sei mit den Braun'schen Ansichten gegen die Schuldenbremse – Zitat – „endlich in der Realität angekommen“. Der Testballon ist zwar zunächst einmal geplatzt. Inzwi-

schon sagt sogar Herr Braun in einem spektakulären Ansichtenwechsel: „Ich liebe die Schuldenbremse.“ Das ist ungefähr so glaubhaft wie Erich Mielke 1989.

Jenseits allen Staatsschauspiels mit Stabilitätsheuchelei sind sich die vereinigten Blockparteien sehr einig: Es regiert sich viel besser auf Pump. – Doch Schulden sind leider die Steuern von morgen.

Vermutlich wird man mit diesem Staatsschauspiel auch noch die Bundestagswahl erreichen. Danach werden leider Insolvenzen und Massenarbeitslosigkeit überhandnehmen. Auch schuldenfinanzierte Dauersubventionen werden das dann nicht mehr verhindern können. Darum müssen wir nun eine Linie einziehen; das ist

verfassungsrechtlich und ökonomisch geboten.

Falls Sie, liebe Kollegen, das anders sehen, dann fordere ich Sie als gute Rechtsstaatler trotzdem und erst recht auf: Bringen Sie den Kasus zur Klärung nach Karlsruhe. Das widerspricht sich doch nicht. Machen Sie das 25-Prozent-Quorum heute voll. Unsere Antragsbegründung ist bereits fast identisch mit der Klageschrift; es ist also alles vorbereitet. Wenn Sie sich Ihrer Sache so sicher sind, dann haben Sie in Karlsruhe ja nichts zu verlieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Eckhardt Rehberg, CDU:

## Ist wirklich all das Geld notwendig?



Eckhardt Rehberg (\*1954)  
Wahlkreis 17

Eine gesundheitliche Notlage ist nicht gegeben, Kollege Boehringer, weil wir gehandelt haben – deswegen ist sie nicht gegeben.

Wenn wir nicht gehandelt hätten, dann hätten wir sie. Das haben doch die Monate September, Oktober, November mit dem exponentiellen Wachstum der Infiziertenzahlen gezeigt. Und: Was wäre denn, wenn wir heute ein sofortiges Ende des Lockdowns beschließen würden, das heißt, alles wieder aufmachen würden – AC/DC-Konzerte, 80 000 Zuschauer bei Borussia Dortmund gegen Schalke 04 usw. usw.? Dann würden Sie sich Wochen später hierhinstellen und uns die Schuld dafür geben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern im Haushaltsausschuss hat sich deutlich gezeigt, was Ihre Strategie ist, als es um die Freigabe von 6,2 Milliarden Euro für Impfstoffe ging. Das haben Sie abgelehnt mit zwei Begründungen. Die erste Begründung war, dass die Impfstoffe von BioNTech und Moderna Nebenwirkungen

haben. Die zweite Begründung war, dass der Staat das alles finanziert. – Nein, Sie wollen – das ist der Grund für Ihre Hetze gegen das Impfen und gegen unsere Politik –, dass Deutschland im Chaos versinkt. Das Ergebnis Ihres Tuns wäre, dass noch viel mehr Menschen sterben und sich noch viel mehr Menschen infizieren würden.

Gestern ist im Haushaltsausschuss ganz klar und deutlich geworden, was Ihr Ziel und was Ihre Strategie an der Stelle ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll denn eine außergewöhnliche Notsituation sein, wenn nicht diese? Hier werden ja immer Vergleiche gezogen. Der Bundesfinanzminister beispielsweise zieht einen Vergleich zum Jahr 2010. Ja, die Staatsschuldenquote war damals höher; sie lag bei gut 80 Prozent, sie ist heute auf gut 70 Prozent gesunken. Aber das Entscheidende, um aus den Schulden wieder herauszukommen, ist die Kreditfinanzierungsquote von damals und von heute. Damals war die Kreditfinanzierungsquote des Bundes nur halb so hoch wie heute; sie liegt bei 15 Prozent. Wir haben heute 30 Prozent. Auch Ihre Einlassung, dass die Gesamtsumme der Schulden damals deutlich höher war als heute, stimmt nicht; das ist falsch. Wir hatten damals, in den Jahren 2008 bis 2014, eine Gesamtverschuldung von rund 160 Milliarden Euro. Allein im letzten Jahr haben wir rund 130 Milliarden Euro Schulden gemacht, und in diesem Jahr werden es – so ist es jedenfalls prognostiziert – 190 Milliarden Euro sein.

Deswegen wird es im Wesentlichen darauf ankommen – das ist der Punkt –, dass wir im Bundeshaushalt aus den Schulden herauswachsen. Ganz nebenbei: Allein die 310 Milliarden Euro, die in der Finanzmarktkrise in die Bad Banks gepackt worden sind, entsprachen 12 Prozent der Verschuldung aus dem Jahr 2010. Also, für mich ist das eine völlig andere Situation. Zumal damals nicht das gesamte gesellschaftliche Leben betroffen war; es waren Teilssegmente. Wir sind auch sehr schnell wieder herausgekommen. Damals hatten wir Zinsminderausgaben – Kollege Lindner von der FDP hat das auch immer gesagt –, und wir hatten die

Rendite der Hartz-IV-Reformen, ja. Unsere Herausforderung im kommenden Jahrzehnt ist außerdem der demografische Wandel. Deswegen sind aus meiner Sicht diese beiden Situationen nicht vergleichbar. Meine Prognose ist, dass es deutlich schwieriger wird, jetzt wieder herauszuwachsen, als das im Jahr 2009 ff. war. Nebenbei bemerkt – im Folgenden redet ja für uns eine Zeitzeugin der Föderalismuskommission, Antje Tillmann –: Das, was damals in den Jahren 2006, 2007, 2008 und 2009 unter dem Vorsitz von Peter Struck und Günther Oettinger gemacht wurde – ein Ergebnis war ja im Zuge der Finanzkrise auch die Schuldenbremse – war, finde ich, gelebter Föderalismus.

Gestern haben die Länder sehr

viel Wert darauf gelegt, dass sie die Kultushoheit haben. Wenn ich mir dann aber allein die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz von vor drei Tagen angucke – fünf Punkte; alles Hoheit der Länder –, dann wundere ich mich schon; denn auch für die Schulbusse soll jetzt der Bund aufkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, so geht es nicht.

Gestern darauf zu beharren und zu sagen: „Wir haben die Kultushoheit; wir haben das Sagen, wann Kitas und Schulen wieder geöffnet werden“, und gleichzeitig, wenn es darum geht, der Finanzverantwortung angesichts der föderalen, formalen Zuständigkeit gerecht zu werden, auf den Bund zu verweisen, geht nicht. Ich muss sagen: Da fehlt mir jedes Argument, um das für

vernünftig und gut zu halten. Noch einmal zum Verhältnis Bund-Länder. Der Bund hatte im letzten Jahr eine Kreditfinanzierungsquote von 30 Prozent, die Länder hatten nicht einmal eine Quote von 10

Prozent; 9 Prozent genau. Wenn wir uns einmal die Einnahmesituation angucken, müssen wir feststellen: Die Gesamtheit der Länder hatte im letzten Jahr – Kassenstatistik – bereinigte Einnahmen von 430 Milliarden Euro. Im Jahr 2019 waren es nur 417 Milliarden Euro. Warum bereinigte Einnahmen?

Weil man natürlich die Dutzenden Milliarden Euro, die der Bund an Zuweisungen gibt, von Umsatzsteuer über Kosten der Unterkunft etc., an der Stelle natürlich mit dazurechnen muss. Der Bund, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat ein Defizit von gut 50 Milliarden Euro. Das heißt, die Länder tragen deutlich weniger Lasten in dieser Krise, und bisher sind sie auch deutlich günstiger durchge-

kommen. Ich hätte noch zu manch einem Land Anmerkungen zur Kassenstatistik, wie etwa zum Parken von Kreditaufnahmen in Sondervermögen; aber das lasse ich jetzt weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was bewirkt die Debatte „Die Schuldenbremse muss weg“ eigentlich beim Normalbürger? Was denkt der Normalbürger? Was denkt der Bürgermeister? Was denkt ein Landrat? Denkt man: „Schulden sind sexy, Schulden kann man mal einfach so machen“? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir müssen auch ein bisschen aufpassen, welches Signal ein „Weg mit der Schuldenbremse!“ in die gesamte Gesellschaft sendet. Ich sehe das hochkritisch.

Dazu kommt: Lieber Olaf Scholz, ich rede nicht der Spar- und Austeritätspolitik das Wort; das ist nicht mein Thema. Aber es muss noch gestattet sein, als Haushalter nachzufragen: Sind diese Mittel notwendig? Sind sie sinnvoll eingesetzt? Ich glaube, das muss noch erlaubt sein an dieser Stelle. Wenn man 90 Milliarden Euro weniger Kredit aufnimmt, dann ist die eine oder andere Frage berechtigt. Auch wenn wir in den letzten drei Jahren ein Aufwachsen der Ausgabereise von 15 Milliarden auf 22 Milliarden Euro im Bundeshaushalt hatten, muss dennoch die Frage gestattet sein: Ist wirklich all das Geld notwendig, was da ins Schaufenster gestellt wird? Ich weiß selber, es ist oft nicht mehr als ein Blick in die Glaskugel, weil alles etwas schwieriger ist in dieser Situation. Aber noch einmal: Gerade auch deswegen sehe ich die gesellschaftliche Auswirkung, wenn die Schuldenbremse einmal wegfallen würde, hochkritisch.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Wir müssen aufpassen, welches Signal in die gesamte Gesellschaft gesendet wird.**



Otto Fricke, FDP:

## Das ist eine Wette auf Kosten unserer Kinder



© Deutscher Bundestag - Thomas Trutschel

Otto Fricke (\*1965)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Eigentlich könnte man jetzt ohne Weiteres sagen: Der Kollege Rehberg hat recht. Nur, man fragt sich natürlich: Spricht der Kollege Rehberg für die CDU und auch für die Schwesterpartei aus Bayern? Jedenfalls für die Bundesregierung hat der Kollege Rehberg nicht gesprochen. Ich danke aber der AfD, dass sie das Thema der Schuldenbremse heute auf die Tagesordnung bringt. Ich will zum AfD-Antrag zwei Dinge sagen:

Erstens: die inhaltlichen Kritikpunkte am Haushalt. Zugestan-

den, das sind ganz viele Punkte, die viele hier im Hause haben, die auch viele Haushälter haben.

An der zweiten Stelle kann meine Fraktion Ihnen aber nicht folgen, nämlich bei der Frage des Gangs zum Bundesverfassungsgericht. Die Diskussion, die wir heute Morgen hier hatten, die Diskussionen, die wir über den Gesetzesvorbehalt hatten, all das, was wir in letzter Zeit dazu hatten, hat doch eines ganz deutlich gezeigt: Es geht um die Frage: Wollen wir politisch bei der Machtverteilung, bei der Frage Exekutive/Legislative/Judikative, eigentlich immer alles verlagern? – Da sage ich Ihnen beim Thema Haushalt – das können Sie auch an Ihrem eigenen Antrag sehen -: Ich will, dass dieses Parlament grundsätzlich weiterhin beim Haushalt einen eigenen Beurteilungsspielraum hat. Ich will nicht – selbst wenn ich politisch anderer Meinung bin, selbst wenn ich der Meinung bin, dass es falsch ist, was gemacht wird – jedes Mal nach Karlsruhe rennen, um mir von dort irgendetwas sagen zu lassen. Ich will, dass hier diskutiert wird. Ich will, dass

hier entschieden wird. Das gilt für den Haushalt, aber das gilt auch – das sage ich in Richtung Regierung und Koalition – für Infektionsschutzgesetze, für Impfreihenfolgen, für Pläne, für Stufen. Alles das muss hier stattfinden. Der Gang vor Gericht, das ist der äußerste Notfall. Zu diskutieren und zu entscheiden ist in einem Rechtsstaat die Aufgabe eines Parlaments; das müssen wir machen.

Ich will das auch noch mal so deutlich sagen, weil das einige immer wieder vergessen und viele meinen, in der Gewaltenteilung sollten sich das Parlament und diese Politiker ein bisschen zurücknehmen. Ich zitiere hier ganz einfach nur den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, der übrigens lange Zeit der CDU/CSU-Fraktion angehörte. Er sagt hier deutlich:

Krisen sind - in ihrem frühen Stadium - die Stunde der Exekutive. Das ändert nichts daran, dass

das oberste Verfassungsorgan nicht die Exekutive, - nicht die Exekutive! - sondern die Legislative ist.

Ein solcher Antrag, wie Sie ihn einbringen, der verschiebt es dahin, dass die Judikative es am Ende richten soll. Da kann ein Parlament nach meiner Meinung nicht mitmachen.

Zum letzten Teil meiner Rede: die Schuldenbremse. Ecki Rehberg, ich glaube ja, dass der CDU/CSU in der nächsten Legislatur mit dir jemand fehlen wird, der sie noch einmal daran erinnert, was es eigentlich heißt, wenn ein Parlament sich selbst verpflichtet, wenn man an der Regierung ist. Faktisch hat Braun Folgendes gemacht – das will ich noch mal deutlich sagen -: Er hat wieder mal

dem Finanzminister die Chance genommen, sich als den alleinigen großen Hinterfrager der Schuldenbremse darzustellen. Das hat die SPD auch sehr geärgert. Gleichzeitig bin ich mir aber sicher, dass der Kollege Rohde nachher erklären wird, warum man bei der Schuldenbremse etwas verändern wird, und die Grünen werden dem natürlich zustimmen, weil es wieder in einen Zusammenhang mit dem Thema Investitionen gestellt wird.

Eines will ich für die nächsten Wochen und Monate denjenigen, die behaupten, dass Schulden nicht so schlimm sind, weil die Zinsen ja so schön niedrig sind, ganz klar sagen: Wer sich hier in dieses Parlament stellt und den Bürgern erklärt, er wisse, wie die Zinsentwicklung in den nächsten Jahren ist, er wisse, wie das Vertrauen in die Rückzahlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren ist, der macht eine Wette auf Kosten unserer Kinder, auf Kosten der sozial Schwachen, auf Kosten unserer Transferleistungssysteme, auf Kosten unserer Wirtschaft, auf Kosten all dessen, was Zukunft ist.

Deswegen kann man weder als Kanzleramtschef noch als Finanzminister hier Anträge stellen, eine Schuldenbremse in irgendeiner Weise umzubauen. Da sollte man dann eher – und da sind wir uns dann wieder einig – fragen: „Auf was kann ich verzichten in einer Krise? Auf was muss ich verzichten in einer Krise?“, aber auch: Wo muss ich investieren? – Beides gehört dazu. Beides ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Der Gang nach Karlsruhe, wie die AfD es will, ist es sicher nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Wir sollten uns stattdessen fragen: „Auf was kann ich verzichten in einer Krise?“**

Dennis Rohde, SPD:

## Wir haben ein Loch im Staatshaushalt



© Susie Knöll

Dennis Rohde (\*1986)  
Wahlkreis Oldenburg-Ammerland

Wir haben den Bundeshaushalt 2021 sehr intensiv diskutiert. Allein 17 Stunden Bereinigungssitzung! Wir haben zwei ganze Sitzungswochen von Dienstag bis Freitag gehabt, um über die einzelnen Punkte des Bundeshaushalts zu diskutieren. Wir haben hier auch sehr intensiv über die Frage der Ausgestaltung von Artikel 115

Grundgesetz und die Ausnahme von der Schuldenbremse diskutiert. Ich hätte mir gewünscht, dass wir, nachdem dieser Bundeshaushalt nicht mal anderthalb Monate in Kraft ist, an einem Donnerstagvormittag in der Kernzeit im Deutschen Bundestag die Dinge diskutieren, die gerade zur Bekämpfung der Pandemie wirklich wichtig sind, statt uns hier zu einem Begrüßungskomitee für irgendwelche AfD-Wünsche degradieren zu lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin dem Kollegen Otto Fricke ausdrücklich dankbar, weil er noch mal klargestellt hat, dass wir natürlich unterschiedliche Vorstellungen zur Ausgestaltung eines Bundeshaushalts, auch in Krisenzeiten, haben, und noch mal dargestellt hat, dass wir als Sozialdemokraten im Kern sicherlich andere Vorstellungen haben als die FDP-Fraktion, dass die FDP-Fraktion im Haushaltsausschuss Dinge

beantragt hat, die ich aus vollster Überzeugung abgelehnt habe, und dass sie andersherum auch Dinge abgelehnt hat, die wir beantragt haben. Aber das ist nun mal die parlamentarische Demokratie, so wie sie gelebt wird, und hierhin gehört die Debatte und nicht zur Judikative, nicht nach Karlsruhe. Lassen Sie uns hier streiten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich will auch deutlich machen: Ich finde, es ist vollkommen zweifelsfrei, dass wir in einer außergewöhnlichen Notsituation sind, die sich der Kontrolle des Staates entzogen hat. Wir haben 2,3 Millionen mit dem Coronavirus Infizierte in Deutschland. Wir haben über 63 000 Menschen, die an diesem Virus verstorben sind.

Wir haben viel, viel mehr Menschen, die in Krankenhäusern gelitten haben, die beatmet wurden, die in Intensivstationen waren. Und es ist unsere Aufgabe als Staat, die Menschen vor diesem

Virus zu schützen. Wir haben keinen Einfluss auf das Virus, und deshalb können wir auch diese Pandemie nicht einfach händeln, wie man vielleicht andere Herausforderungen im Staatswesen händeln kann.

Weil wir diese außergewöhnliche Notsituation haben, mussten wir intervenieren, mussten wir eingreifen. Wir haben das gemacht, was Jurastudenten im ersten Semester lernen, nämlich Grundrechte gegeneinander abgewogen und dafür gesorgt, dass jedes Grundrecht möglichst gut noch zur Geltung kommt. Das nennt man in der juristischen Lehre „praktische Konkordanz“.

Wir mussten einzelne Grundrechte massiv einschränken – ja -, damit wir das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und auf Leben schützen konnten, was auch in meiner Wahrnehmung in dieser Situation über allem steht.

Aber wir haben das immer, auch in einer sehr intensiven Debatte, finde ich, maßvoll getan. Man kann doch auch mal in andere Staaten gucken: In Spanien durften Kinder wochenlang die Wohnung nicht verlassen. In Frankreich durften sie nur in einem ganz begrenzten Umkreis um ihre Wohnung überhaupt noch

rausgehen. – Das, was wir gemacht haben, ist eben auch geschehen, um die Freiheitsgrundrechte möglichst zu schützen und sie auch möglichst schnell wieder zur Geltung kommen zu lassen.

Und – deswegen sage ich das an dieser Stelle – das hat uns, das hat das Staatswesen viel Geld gekostet, weil eine dieser Folgen eben war, dass wir wirtschaftliche Betriebe nicht mehr haben wirtschaftlich tätig sein lassen können, dass wir Unternehmen schließen mussten, dass wir dafür Sorge tragen mussten, dass Bürgerinnen und Bürger nicht so mobil sind und in Innenstädte gehen, um zu konsumieren. Um das aufzufangen, haben wir als Bundesrepublik viel Geld in zwei Haushalten in die Hand genommen.

Wir haben das nicht nur an einer Stelle getan, sondern wir haben wirklich breite, massive Wirtschaftshilfen, breite, massive Hilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angeschoben, damit die Unternehmen, die vor der Krise erfolgreich waren, auch nach der Krise erfolgreich sein können, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vor der Krise Arbeit hatten, auch nach der Krise wieder Arbeit haben.

Und eben weil das so teuer war



– das ist die zweite Voraussetzung für Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 –, haben wir auch eine starke Beeinträchtigung der Finanzlage dieses Staates, und damit liegen die Voraussetzungen für die Ausnahme-regelung der Verfassung nach meinem Dafürhalten zweifelsohne vor, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Was wäre die Konsequenz, wenn wir das nicht feststellen würden? Und was wäre die Konsequenz, wenn angewendet würde, was da von rechts gefordert wird? Das würde bedeuten: Streichung des Kurzarbeitergeldes. Das würde bedeuten: Streichung der Unternehmenshilfe. Das würde bedeuten, dass wir dem Versprechen des Sozialstaats nicht gerecht werden und die Menschen in diesem Land im Regen stehen lassen. Ich finde, das kann keiner ernsthaft wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nun wissen wir, dass eine Folge der Pandemie sein wird, dass die Staatseinnahmen auch in den nächsten Jahren hinter dem zurückbleiben werden, was wir vor der Krise einmal angenommen haben.

Wir wissen noch nicht, wann wir diese Pandemie bewältigt haben werden. Aber jetzt ist schon klar: Wir werden jedes Jahr ungefähr die Staatseinnahmen haben, die wir eigentlich mal für zwei

Jahre vorher kalkuliert haben. Wir haben also ein Loch im Staatshaushalt.

Gleichzeitig wissen wir, dass wir an einem Punkt sind, wo wir dieses Land fitmachen müssen für die 20er-Jahre, wo wir vor großen wirtschaftlichen Transformationsaufgaben stehen. Wir haben Missionen vor uns, zum Beispiel den klimaneutralen Umbau der Industrie, der nicht von alleine gelingen wird, wo wir als Staat werden unterstützen müssen, um auch unsere Klimaschutzziele einzuhalten. Wir haben die Mission vor uns, die Transformation zur Gigabitgesellschaft einzuleiten und die digitale Wertschöpfung in diesem Land zu stärken, und – ich glaube, das haben wir auch in der Pandemie erlebt – wir werden uns auch um den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärker kümmern müssen. Wir haben Aufgaben vor uns, von denen ich finde, dass man sie nicht negieren kann, und die uns Geld kosten werden. Wir werden also investieren müssen.

Gleichzeitig will ich folgende Fragen stellen, weil jetzt die Debatte darüber aufkommen wird – das wird, glaube ich, auch in den nächsten Monaten eine Kernaussage in der Wahlkampfphase werden; Otto Fricke hat das auch gesagt -: Woher soll das Geld kommen? Welche Prioritäten setzen wir? Ich will noch mal für meine Fraktion deutlich machen: Wir wollen nicht den Angriff auf die drei Sicherheiten, die wir den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land gewähren. Ich finde, es wäre ein fataler Fehler, jetzt das soziale Sicherungsnetz zusammenzuzerstreichen.

Denn am Ende wären die sozial Schwächsten die Leidtragenden dieser Krise. Ich glaube, das würde auch dazu beitragen, dass diese Gesellschaft zerbricht, und die Akzeptanz für Politik, für Rechtsstaat und Demokratie in diesem Land gefährden. Deshalb: Finger weg vom Sozialstaat! Ich finde, es wäre auch ein großer Fehler, jetzt bei der inneren Sicherheit zu sparen. Wir haben mit viel Anstrengung in den letzten sieben Jahren viele Stellen für Beamtinnen und Beamte bei der Bundespolizei, beim Bundeskriminalamt, bei den Diensten geschaffen, weil wir eben auch große Sicherheits Herausforderungen vor uns haben. Ich finde, es wäre ein fatales Signal, jetzt den Kolleginnen und Kollegen in den Sicherheitsdiensten sagen zu müssen: Die Kollegen, die ihr eigentlich

braucht, die kommen nicht, weil wir sie jetzt wegsparen. – Ich finde, das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe mit Interesse gelesen, was die Verteidigungsministerin auf sieben Seiten niedergeschrieben hat, was im Ergebnis ja besagt, dass sie in den nächsten Jahren Milliarden mehr für die Bundeswehr brauchen wird. Das zu postulieren, wenn man sich den Zustand der Bundes-

wehr anguckt, mag das ja auch nicht ganz falsch sein. Auch dann wird man die Frage beantworten müssen, liebe Kollegen: Wo kommen diese Milliarden eigentlich her? Diese Antwort ist sie schuldig geblieben. Dann sind wir am Ende bei der Debatte zur Schuldenbremse, bei der Einnahmedebatte oder bei der Streichungsdebatte. Was mich bei der Schuldenbremsendebatte stört, ist, dass sie von vielen zu so einer Schwarz-Weiß-Debatte gemacht wird: Wohl oder Wehe, ja oder nein? Aber de facto haben wir gerade zum ersten Mal den Anwendungsfall der Schuldenbremse.

Ich finde, Politik macht nicht immer alles hundert Prozent rich-

tig; das kann sie für sich nicht beanspruchen. Natürlich haben wir ein Recht darauf, zu gucken: Was funktioniert eigentlich, und wo muss man gegebenenfalls nachstellen? Ich will mal einige Punkte nennen:

Erstens. Ich finde, das, was Helge Braun aufgeschrieben hat, nämlich eine Antwort auf die Frage: „Ist diese Schuldenbremse eigentlich richtig ausgestaltet für die Jahre direkt nach der Krise, wenn Staatseinnahmen noch hinterherhinken, oder müssen wir da noch einen Mechanismus finden?“, ist etwas, was wir diskutieren müssen.

Zweitens. Ich finde, wir müssen darüber diskutieren, ob es von den Bundesländern so klug war, dass sie sich selbst überhaupt keinen Spielraum eingeräumt haben, obwohl er ihnen angeboten wurde. Ich habe mir sagen lassen, der heutige Bundesinnenminister habe das abgelehnt.

Das sind zwei konkrete Punkte in Bezug auf die Schuldenbremse, über die man jenseits der Schwarz-Weiß-Debatte diskutieren kann und, wie ich finde, auch diskutieren muss. Dieser Debatte sollten sich alle Fraktionen im Deutschen Bundestag stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

## Wir haben einen Investitionsstau in unserem Land



Gesine Löttsch (\*1961)  
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Ich will zu Anfang ganz klar sagen: Wir lehnen den Antrag der AfD ab; denn die Schuldenbremse ist das falsche Mittel. Das muss weg.

Meine Damen und Herren, mit der Schuldenbremse haben Union und SPD eine Investitionskrise ausgelöst. Unsere Kinder und Enkelkinder werden und wurden massiv ausgebremst. Es ist eine Folge der Schuldenbremse, dass es an Kitas, Schulen, Universitätsplätzen und bezahlbaren Woh-

nungen fehlt. Und darum sagen wir: Wer Zukunft will, der muss die Schuldenbremse abschaffen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich gefreut, dass die Bundeskanzlerin Frau Merkel ihren Kanzleramtsminister Helge Braun beauftragt hat, die Aussetzung der Schuldenbremse in die Diskussion zu bringen. Ich sage Ihnen aber auch: Besser ist es, die Schuldenbremse gleich auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen; denn sie hat unser Land um mindestens zehn Jahre zurückgeworfen.

Meine Damen und Herren, auch in dieser Debatte müssen wir die Frage stellen, wer eigentlich die Pandemierechnung bezahlen muss. Diese Frage hat bisher weder die Kanzlerin noch der Finanzminister ehrlich beantwortet. In der Fragestunde vom 16. Dezember hat die Bundeskanzlerin auf meine

Frage hin gesagt, sie will keine Vermögensabgabe, sie will keine Steuererhöhung, sie will keine Sozialkürzungen. Aber ihr war schon damals klar, dass das mit der Schuldenbremse nicht funktionieren kann. Sie hat es, glaube ich, verstanden, der neue CDU-Vorsitzende Laschet noch nicht. Aber ich werde es Ihnen noch einmal ganz einfach erklären: Wer die Pandemieschulden abbauen will, der hat nur drei Stellschrauben: Steuererhöhungen oder Sozialabbau oder die Schuldenbremse aussetzen und günstige Kredite aufnehmen. Man muss schon sagen, was man tun will, welche Politik man gestalten will, meine Damen und Herren.

Die Kanzlerin ist ja dafür bekannt, dass sie Götzen umwirft, wenn sie nicht mehr in ihr Konzept passen. Und als Physikerin weiß sie, dass zwei plus zwei vier

ist. Das hat sie schon in der ersten Klasse in der Grundschule gelernt, nämlich die Grundrechenarten, und nicht, wie augenscheinlich Herr Laschet, Malen nach Zahlen, meine Damen und Herren.

Die Vertreter der Union – auch der, der hier gesprochen hat, nämlich Kollege Rehberg – wollen augenscheinlich im Wahlkampf nicht auf die Schuldenbremse verzichten, weil sie meinen, das käme bei ihren Wählerinnen und Wählern gut an. Das werden wir ja dann sehen.

Die Verteidiger der Schuldenbremse führen alle Argumente an, die schon längst widerlegt sind:

Wenn Sie behaupten, dass wir jetzt zum Beispiel hohe Schulden aufnehmen könnten, weil wir zehn Jahre lang eisern gespart hätten, dann müssen wir doch mal einen Blick über unseren Teller rand werfen: Alle großen Industriestaaten haben sich in der Pandemie extrem verschuldet, ohne diesen Kürzungskurs mitgemacht zu haben. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

Ganz im Gegenteil: Der Sparkurs von Union und SPD hat dazu geführt, dass wir einen unglaublichen Investitionsstau in unserem Land haben. Die Bundesregierung hat die Digitalisierung verschlafen. Gesundheitsämter arbeiten mit Faxgeräten. In anderen Ländern – das hörte man schon – ver-

fügt man bereits über Computer und schnelle Datenverbindungen. Das muss endlich hier verbessert werden, meine Damen und Herren.

Das andere Argument – es kam ja gerade als Zwischenruf – ist die sogenannte Generationengerechtigkeit. Mit der Schuldenbremse werden die kommenden Generationen nicht entlastet, sondern belastet.

Denn jetzt werden die Generationen belastet, die eben nicht ordentlich digital unterrichtet werden können. Wir müssen nur in andere Länder schauen, nach Dänemark oder in die skandinavischen Länder. Dort ist das augenscheinlich möglich.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch ganz klar, was wir wollen, wie wir unsere Vorstellung umsetzen wollen, mit unser aller Geld gemeinsam besser umzugehen.

Es ist doch wirklich ein Hohn, dass in dieser Krise die Verteidigungsministerin ganz stolz verkündet, dass wir jetzt, nach NATO-Kriterien berechnet, 53 Milliarden Euro für Rüstung ausgeben. Das Geld ist falsch ausgegeben. Das dürfen wir uns nicht weiter leisten, meine Damen und Herren.

Fortsetzung auf nächster Seite

**Die Schuldenbremse ist ein ökonomischer und gesellschaftspolitischer Irrweg.**



Wenn man dazu mal ins Verhältnis setzt, wie lächerlich wenig Geld die Menschen bekommen, die wenig haben, die arm sind, die Familien, die Alleinerziehenden, die Empfänger von Transferleistungen, dann erkennt man eine Schiefelage, die wir uns in unserem Land nicht länger leisten können, meine Damen und Herren.

Ich will an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen, dass wir als

Linke die Initiative der Sozialverbände, die eine Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro fordern, unterstützen. Ich werde dafür, dass möglichst viele in diesem Land es genauso tun, meine Damen und Herren.

Die SPD hat nun wieder erklärt, dass sie Vermögende stärker besteuern will. Leider haben wir diese Worte, diese Forderung häufig nur im Wahlkampf gehört. Links

blinken, rechts abbiegen – das ist, glaube ich, keine gute Politik.

Und darum sagen wir zur SPD: Blinken Sie nicht nur links, handeln Sie auch links! Dabei unterstützen wir Sie gerne.

Meine Damen und Herren, nach dem Corona-Lockdown sollte auch die SPD endlich den politischen Lockdown verlassen und den Koalitionsstecker ziehen. Denn mit der Union ist keine Ver-

mögensumverteilung von oben nach unten zu machen.

Diese Erfahrung sollten Sie doch in den letzten Jahren gemacht haben, meine Damen und Herren.

Die Linke will eine solidarische, gerechte Gesellschaft mit Chancen für alle. Die Schuldenbremse ist ein ökonomischer und gesellschaftspolitischer Irrweg. Das ist übrigens nicht nur unsere Über-

zeugung, sondern inzwischen auch die vieler renommierter Ökonomen. Sie muss aus dem Grundgesetz gestrichen werden – für die Zukunft der jüngeren Generationen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Sehr gut!)

Anja Hajduk, Bündnis 90 / Die Grünen:

## Wir wollen eine nachhaltige Finanzpolitik



Anja Hajduk (\*1963)  
Landesliste Hamburg

Die Debatte heute um die Schuldenbremse finden wir gut, auch wenn wir den Antrag der AfD klar ablehnen. Wir Grüne haben das richtig und gut begründet gefunden, dass die Notfallklausel für den Haushalt 2021 in Anspruch genommen wurde. Wir haben also eine beträchtliche Neuverschuldung schon in 2020 und auch in 2021. Aber schließlich wissen wir auch heute: Die Wirtschaft ist im Jahr 2020 um 5 Prozent eingebrochen, die Steuereinnahmen sind um 53 Milliarden Euro zurückgegangen, die Coronapandemie ist eine außergewöhnliche Katastrophe, und insofern ist das begründet.

Aber bemerkenswert war auch, dass

der Kanzleramtsminister Helge Braun vor gut zwei Wochen mit seinem Vorstoß den Mut hatte, die finanziellen Herausforderungen zu thematisieren, vor denen wir definitiv in den kommenden Jahren stehen. Und deswegen war das Zugeben von Helge Braun, dass die Schuldenbremse möglicherweise auch in 2022 nicht eingehalten werden kann, nicht skandalös, sondern schlicht ehrlich.

Auch Sie, Herr Bundesfinanzminister Scholz, haben ja letzte Wo-

che deutlich gemacht: Wir werden auf den Pfad der Einnahmewicklung vor der Krise jetzt nicht kurzfristig zurückkehren können. – Dennis Rohde hat das auch gerade ehrlich zugegeben. Insofern hat Herr Scholz uns doch gesagt: Es kommt mit dem Eckwertebeschluss Mitte März, in einigen Wochen, zur sogenannten Stunde der Wahrheit.

Der uns bekannte normale gesetzliche Spielraum der Schuldenbremse, das Defizit von 0,35 Prozent des BIP, des Bruttoinlandsprodukts, wird aller Voraussicht nach für den Haushalt 2022 eben nicht reichen; außer – das schlägt die AfD vor; aber ich gehe mal davon aus, dass die CDU/CSU das nicht will – man will massiv in den erhofften Aufschwung 2022 hineinsparen. Das kann doch niemand wollen. Wenn man dann sagt: „Na gut, dann ziehen wir eben die Option der Notfallsituation für 2022 wieder“ – es deutet sich an, dass die Regierung quasi notfallmäßig diesen Weg wählt -, dann macht man das, obwohl

man im Jahr 2021 eigentlich ein dreiprozentiges Erholungswachstum erwartet; so die eigenen Zahlen der Bundesregierung. Ist das ehrlich? Ist das die ehrliche Debatte, die die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes verdient haben? – Ich finde, nein.

Ich sage ganz klar für uns Grüne: Wir sind überzeugt: Wir brauchen ein verlässliches Zukunftsinvestitionspaket für die ganzen 20er-Jahre mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro. – Das sagen nicht nur wir Grüne, das hat auch das Institut der deutschen Wirtschaft gesagt, und die sind sicherlich nicht verdächtig, irgendwie einem stramm linken Lager zuzugehören. Auch hier redet man von Investitionen in einer Grö-

ßenordnung von 450 Milliarden Euro für das nächste Jahrzehnt, und da kann man nicht einfach auf die laufenden Investitionen verweisen oder darauf, dass Investitionsmittel leider nicht abfließen.

Es geht hier um die Umstellung unserer Wirtschaft hin zu einer grünen Wasserstoffwirtschaft. Es geht um die Transformation vor dem Hintergrund des Klimawandels und um die Digitalisierung der Wirtschaft. Liebe Union, es geht um eine riesige Zukunftsherausforderung. Diesen Investitionsbedarf sollten Sie nicht kleinrechnen. Da machen Sie einen Riesenfehler. Um das verlässlich zu finanzieren, finde ich das Angebot, das Dennis

**Die Pandemie ist eine außergewöhnliche Katastrophe, insofern ist das begründet.**

Rohde gemacht hat, gut. Lassen Sie uns doch mal ehrlich und intelligent über die Schuldenbremse diskutieren!

Wir Grüne sagen im Unterschied zur Linken ganz klar: Wir wollen die Schuldenbremse nicht abschaffen. Das ist nicht unser Anliegen. Wir wollen eine nachhaltige Finanzpolitik. Unsere Haltung zur Schuldenbremse ist: Sie ist sogar richtig und wichtig, und wir wollen sie auch beibehalten, insbesondere für die konsumtiven Ausgaben.

Das wird schwer genug mit den laufenden Ausgaben, wenn wir die Sozialgarantie, das heißt, dass die Lohnnebenkosten bei höchstens 40 Prozent liegen, halten wollen.

Auch das muss die Union wissen. Wenn wir jetzt die Schuldenbremse zur Diskussion stellen, dann wollen wir sie erweitern und ergänzen, und zwar gezielt um den Aspekt, den ich angesprochen habe, nämlich um eine Investitionsregel, damit man im nächsten Jahrzehnt kontinuierlich qualitativ und

quantitativ die Zukunftsinvestitionen finanzieren kann.

Es ist überfällig, dass wir eine ehrliche Investitionsrechnung in den Bundeshaushalt bringen. Deswegen plädieren wir Grüne für eine transparente und glaubwürdige Diskussion um die Schuldenbremse und für eine nachhaltige Finanzpolitik. Wenn wir einfach nur die Ausnahmetatbestände des Grundgesetzes ständig in Anspruch nehmen oder nachher nur darüber reden: „Wie legen wir das Grundgesetz aus?“, dann kommen wir in einen intransparenten Hickhack. Das ist unnötig und unverantwortlich. Deswegen hoffe ich, dass sich auch die Union dieser Diskussion öffnet.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Wir brauchen ein verlässliches Zukunftsinvestitionspaket für die ganzen 20er-Jahre.**



Die Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Diese Regelung ist in Artikel 109 Grundgesetz verankert. © picture alliance / ZB | Z6944 Sascha Steinach

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Antje Tillmann (CDU/CSU), Karsten Klein (FDP), Svenja Stadler (SPD) sowie Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU).



leicht  
erklärt!

# Der Bundes-Rat

## Was ist das?



### Jubiläum im Bundes-Rat



Letzte Woche hatte der Bundes-Rat sein 1000. Treffen.

Der Bundes-Rat ist eine Gruppe von Politikern.

Sie entscheiden in Deutschland über wichtige Dinge mit.

Im folgenden Text werden unter anderem die folgenden Fragen beantwortet:

- Was ist der Bundes-Rat?
- Welche Aufgaben hat der Bundes-Rat?
- Wie erledigt der Bundes-Rat seine Aufgaben?

### Achtung!

Im folgenden Text taucht neben dem Wort „Bundes-Rat“ auch das Wort „Bundestag“ auf.

Diese Wörter lassen sich leicht verwechseln.



Darum schreiben wir „Bundestag“ immer ohne Binde-Strich und „Bundes-Rat“ immer mit einem Binde-Strich.

Dann lassen sie sich etwas besser unterscheiden.



### Der Bund und die Bundes-Länder

Deutschland besteht aus 16 Bundes-Ländern.

Sie heißen:

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen





### Unterschied: Bundes-Ebene und Länder-Ebene



In der Bundes-Republik Deutschland gibt es eine Regierung, die für ganz Deutschland zuständig ist.

Man nennt sie auch Bundes-Regierung.

Geleitet wird sie vom Bundes-Kanzler oder von der Bundes-Kanzlerin.

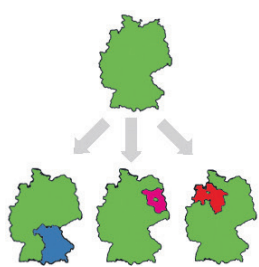
Im Moment ist das Angela Merkel.

Und es gibt eine Gruppe von Politikern, die die Bürger in ganz Deutschland vertreten.

Diese Gruppe ist der Bundestag.

Alle Dinge, die ganz Deutschland betreffen, nennt man auch: Bundes-Ebene.

Oder man sagt: „Etwas wird vom Bund geregelt.“



In jedem Bundes-Land gibt es ebenfalls eine Regierung.

Diese Regierung nennt man dann Landes-Regierung.

Und in jedem Bundes-Land gibt es auch eine Gruppe wie den Bundestag.

Also Politiker, die die Menschen in ihrem Bundes-Land vertreten.

Die Gruppe nennt man dann Landtag.

Die Landes-Regierung und der Landtag kümmern sich nur um die Dinge, die ihr eigenes Bundes-Land betreffen.

Zum Beispiel:

- Schulen und Unis
- Polizei
- Museen und Theater

Man sagt dazu auch:  
„Das ist Länder-Sache.“  
Oder: „Das wird auf Länder-Ebene geregelt.“



### Was ist der Bundes-Rat?

Die Bundes-Länder können also eigentlich nur für sich selbst Entscheidungen treffen.

Aber: Auch Dinge, die der Bund regelt, sind für die Bundes-Länder wichtig.

Sie wollen auch auf der Bundes-Ebene mitentscheiden.

Und genau dafür ist der Bundes-Rat zuständig.

Der Bundes-Rat ist die Versammlung der Bundes-Länder von Deutschland.

Jedes Bundes-Land schickt Politiker in den Bundes-Rat.

Diese Politiker sind in ihrem Bundes-Land Mitglieder in der Landes-Regierung.



Jedes Bundes-Land darf eine andere Zahl an Politikern in den Bundes-Rat schicken.

Das hängt davon ab, wie viele Menschen in einem Bundes-Land leben.

Jedes Bundes-Land darf mindestens 3 Politiker in den Bundes-Rat schicken.

Die größten Bundes-Länder dürfen 6 Politiker in den Bundes-Rat schicken.

Insgesamt hat der Bundes-Rat deswegen im Moment 69 Mitglieder.

### Welche Aufgabe hat der Bundes-Rat?



Der Bundes-Rat ist dafür zuständig, dass die Bundes-Länder ihre Wünsche gegenüber dem Bund vertreten können.





Die Mitglieder aus einem Bundes-Land setzen sich dafür ein, dass es ihrem eigenen Bundes-Land gut geht.

Und gemeinsam können die Bundes-Länder dann Einfluss auf den Bund nehmen.

## Wie macht der Bundes-Rat das?



Der Bundes-Rat hat verschiedene Möglichkeiten, bei der Politik für ganz Deutschland mitzureden.

Im Folgenden werden die wichtigsten Möglichkeiten beschrieben.

### Mitarbeit bei Gesetzen



Gesetze werden in Deutschland vor allem auf der Bundes-Ebene gemacht.

Das bedeutet:

Der Bundestag beschließt die Gesetze.

Dann gelten sie für ganz Deutschland.

Die Bundes-Länder können nur in ganz wenigen Bereichen eigene Gesetze machen.

Zum Beispiel, wenn es um Schulen und Unis oder um die Polizei geht.

Trotzdem können die Bundes-Länder bei den Gesetzen, die der Bund macht, mitbestimmen.

Dafür ist der Bundes-Rat zuständig.



In Deutschland wird kein Gesetz beschlossen, ohne dass der Bundes-Rat sich vorher damit beschäftigt hat.

Das kann auf unterschiedliche Art passieren.



Über bestimmte Gesetze muss der Bundes-Rat abstimmen. Sonst gelten sie nicht.

Diese Gesetze kann der Bundestag also nicht ohne den Bundes-Rat beschließen.

Man nennt diese Gesetze: Zustimmungsgesetze. Denn: Der Bundes-Rat muss zustimmen.



Dann gibt es Gesetze, die der Bundestag allein beschließen kann.

Aber: Der Bundes-Rat kann dagegen Einspruch erheben.

Die Politiker vom Bundestag können dann gegen den Einspruch stimmen. Dann gilt das Gesetz trotzdem.

Gesetze, bei denen der Bundes-Rat Einspruch erheben kann, nennt man: Einspruchs-Gesetze.

### Gesetze vorschlagen



Der Bundes-Rat hat auch das Recht, neue Gesetze vorzuschlagen.

Das kann in Deutschland sonst nur noch der Bundestag und die Bundes-Regierung machen.

Wenn der Bundes-Rat ein Gesetz vorschlägt, gilt es aber noch nicht.

Dennoch kann der Bundes-Rat so einen großen Einfluss auf die Gesetze in Deutschland ausüben.

### Weitere Aufgaben

Der Bundes-Rat hat auch noch andere Rechte und Aufgaben.

Er bestimmt zum Beispiel einen Teil der Richter im Bundes-Verfassungs-Gericht.

Das ist das höchste deutsche Gericht.







Er kann auch bei der Vergabe von bestimmten Ämtern auf der Bundes-Ebene mitsprechen.

Und er hat noch weitere Rechte und Aufgaben.

An neuen Gesetzen mitzuarbeiten ist aber die wichtigste Aufgabe vom Bundes-Rat.

### Das 1000. Treffen vom Bundes-Rat

Den Bundestag gibt es seit dem 23. Mai 1949.

Das ist der Tag, an dem die Bundes-Republik Deutschland gegründet wurde.

Der Bundes-Rat trifft sich ungefähr alle 3 bis 4 Wochen.

Deswegen hat er sich seit seiner Gründung 1000-mal getroffen.

Dieses Jubiläum wurde letzte Woche ein kleines bisschen gefeiert.



Frank-Walter Steinmeier hat eine Rede gehalten.

Er ist der Bundes-Präsident von Deutschland.

Der Bundes-Präsident ist das Staats-Oberhaupt von Deutschland.

Er hat also das höchste Amt im Land.

Eine Rede von ihm ist also eine besondere Sache.



Nach der Rede haben die Politiker vom Bundes-Rat ihre normale Arbeit gemacht.

Sie haben zum Beispiel über neue Gesetze gesprochen.



### Kurz zusammengefasst

Der Bundes-Rat ist eine Gruppe von Politikern.

Diese Politiker werden von den Bundes-Ländern in den Bundes-Rat geschickt.

Die Aufgabe vom Bundes-Rat ist folgende:

Er vertritt die Wünsche der Länder gegenüber dem Bund.

Das macht er zum Beispiel, indem er über Gesetze mitbestimmt.

Den Bundes-Rat gibt es seit dem Jahr 1949.

Letzte Woche haben sich die Politiker vom Bundes-Rat zum 1000. Mal getroffen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa / Bernd von Jutrczenka. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 7-8/2021  
Die nächste Ausgabe erscheint am 1. März 2021.